

Preussische Allgemeine



Nr. 40 · 2. Oktober 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

30 deutsche Geschichten

Am 3. Oktober begehen die Deutschen den 30. Jahrestag ihrer staatlichen Einheit. Schlaglichter einer alles in allem erfolgreichen Geschichte **Seiten 2 und 3**



FOTOS: IMAGO IMAGES/PA (MONTAGE), BRUNICKY RADEK, SEPP/ANG IMAGES

SED-STAAT

Deutsche wollen weitere Aufarbeitung

Auch 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung lehnt die große Mehrheit der Deutschen es ab, einen „Schlussstrich“ unter die Aufarbeitung des SED-Unrechtsregimes zu ziehen. Laut einer Forsa-Umfrage sprechen sich 83 Prozent dafür aus, sich etwa in öffentlichen Diskussionen oder im Schulunterricht mit diesem Teil der deutschen Vergangenheit zu beschäftigen.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatte die Umfrage in Auftrag gegeben, zu der Bürger ab 14 Jahren telefonisch befragt wurden. Die Befragung fand vom 15. bis 22. September statt.

Auffällig ist, dass gerade Jüngere Wert auf die Aufarbeitung legen. Bei den unter 30-Jährigen, die erst nach dem Ende der DDR geboren wurden, befürworten 93 Prozent eine intensive Beschäftigung mit dem SED-Staat. Mit 88 zu 80 Prozent sind westdeutsche Befragte der DDR-Aufarbeitung noch stärker zugeneigt als Befragte in den neuen Bundesländern.

Neben der stärkeren Verwurzelung der Linkspartei östlich der Werra mag zu Letzterem auch beitragen, dass es linken Politikern gelungen ist, bei einem Teil der Menschen in den neuen Bundesländern den Eindruck zu erwecken, die Aufarbeitung des SED-Staats richte sich gegen sie. In den neuen Bundesländern sind indes 72 Prozent nach wie vor der Meinung, dass das Trennende zwischen alten und neuen Bundesländern noch überwiege, während dies im Westen nur noch 44 Prozent glauben. **H.H.**

DEUTSCHLAND

Die Herrschaft des Souveräns ist in Gefahr

1989/90 errang das deutsche Volk Demokratie und Nationalstaat zurück. Heute steht beides zugleich wieder auf dem Spiel

VON HANS HECKEL

Das Verhältnis der Deutschen zu ihrem Nationalfeiertag bleibt bis heute, dem 30. Jubiläum, eher fade. Die Gründe dafür sind vielschichtig und wurzeln bereits in der Vorgeschichte des 3. Oktober 1990. Die politisch-mediale Funktionsebene der alten Bundesrepublik hatte die deutsche Einheit lange zuvor mehrheitlich abgeschrieben, ja, sie suchte längst immer neue Begründungen für die vermeintlichen Vorzüge der Zweistaatlichkeit. Die eigene Nation war verdächtig, ja manchen sogar verächtlich.

Dies zeigte sich schon im Frühsommer 1990, als Bundestag und Volkskammer mit großer Mehrheit einem Vertrag zustimmten, der die Oder-Neiße-Grenze ohne jede Bedingung, etwa was die Rechte der deutschen Volksgruppe im Osten oder eine wenigstens symbolische Entschädigung der Vertriebenen und Flüchtlinge betraf, anerkannte. Nicht nur das: Statt des Verlustes der Ostgebiete wenigstens mit einer Schweigeminute zu gedenken, brach in den Parlamenten Jubel aus nach der Abstimmung. Ein Stich ins Herz der entrechteten Ostdeutschen.

Im Jahr darauf zeigte das zähe Ringen um die Hauptstadtfrage, wie wenig die in Westdeutschland dominierenden Kreise bereit waren, sich auf einen deutschen Neuanfang in der Tradition unserer eige-

nen Geschichte einzulassen. Nachdem Berlin jahrzehntelang im stillen Einvernehmen als Hauptstadt eines neu vereinten Deutschland festzustehen schien, wäre die Abstimmung über den Regierungssitz beinahe zugunsten Bonns ausgegangen.

Hernach gingen dieselben Funktionsebenen umgehend daran, den wiedererlangten Status eines deutschen Nationalstaats so schnell und gründlich wie möglich zu untergraben. Mit dem Maastrichter Vertrag sollte das Aufgehen Deutschlands in einem europäischen Bundesstaat endgültig („irreversibel“, wie Kanzler Kohl es nannte) festgezurrt werden. Erst das Bundesverfassungsgericht stoppte diesen Prozess 1993 („Maastricht-Urteil“) zumindest formal, indem es den Ewigkeitscharakter Deutschlands als Staat herausstrich.

Doch was formal gescheitert war, sollte nun faktisch dennoch erreicht werden. Die europäische Einheitswährung soll den Bundesstaat auf einem Schleichweg gleichsam erzwingen. Wolfgang Schäuble, der den Einigungsvertrag 1990 für die Bundesrepublik unterschrieb, ist der einzig übrig gebliebene Spitzenpolitiker unserer Tage, der den gesamten Prozess von Anfang an in vorderster Position mitbestimmt hat. Er ließ erst kürzlich verlauten, dass die Corona-Krise eine ideale Gelegenheit biete, EU-Gemeinschaftsschulden durchzusetzen, was sonst kaum zu vermitteln gewesen sei.

Das ist ein weiterer Schritt zum EU-Bundesstaat. Was aber ist so schlimm daran? Das Wesen der EU selbst gibt paradoxerweise den Kritikern Recht in deren Überzeugung, dass Demokratie letztlich nur im Nationalstaat gedeihen kann, denn die EU ist und bleibt kaum demokratisch. Statt dass vom Volk gewählte Parlamente den Kurs bestimmen, geht die Macht in immer größerem Maße an die EU-Kommission und die sie umgebenden Lobbyisten über, die kein Volk je gewählt hat. Dieses Gremium ist nur mäßig einem EU-Parlament verpflichtet, dessen Zusammensetzung ebenfalls kaum als demokratisch zu bezeichnen ist (die Stimme eines Luxemburgers wiegt rund zwölf Mal so viel wie die eines Deutschen), und dessen Rechte arg begrenzt sind.

Die Bundesregierung spielt ein perfides Spiel: Sie verweist Entscheidungen nach Brüssel an die von den EU-Regierungen zusammengekungelte Kommission, von wo sie dann zurück an die nationalen Parlamente gesandt werden, welche die Vorgaben der EU nur noch abnicken. Damit ist das demokratische Prozedere praktisch ausgehebelt, Wahlen werden zunehmend bedeutungslos. So erscheint der Erfolg, welchen die Deutschen als Volk 1989/90 erlangen konnten, wie eine historische Chance, die ihre politische Klasse nicht schnell genug und mit voller Absicht wieder verspielen will – und verspielen wird, wenn das Volk es zulässt.

IN DIESER AUSGABE

Ausland

Krieg um Bergkarabach: Jetzt zündelt Erdoğan im Kaukasus **Seite 6**

Geschichte

Vor 75 Jahren wurde das Stuttgarter Schuldbekenntnis verkündet **Seite 11**

Das Ostpreußenblatt

In Memel soll die St. Johanniskirche wiedererstehen **Seite 13**

HINWEIS

Beilage Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des „Personalschops“ bei



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Bilanz Am 3. Oktober 1990 wusste niemand, wie lange der deutsch-deutsche Vereinigungsprozess dauern würde. Die folgenden Beispiele blicken schlaglichtartig auf die letzten 30 Jahre. Sie erzählen von den Leistungen der Bürger in Ost und West – und zeigen, dass der Jahrestag trotz mancher Probleme ein Grund zum Feiern ist

30 deutsche Geschichten

VON RENÉ NEHRING

Das grüne Band

Was tun mit dem ehemaligen Todesstreifen aus Stacheldraht und Minen, der jahrzehntelang das Land teilte? Diese Frage stellte sich nach dem 3. Oktober 1990, als die Grenzanlagen zwischen Bundesrepublik und DDR abmontiert wurden. Die Antwort: Das fast 1.400 Kilometer lange Gelände wurde der Natur überlassen. So entstand das „Grüne Band“ – ein Biotopverbund, der in 150 Naturschutzgebieten rund 600 bedrohten Tier- und Pflanzenarten eine Heimat bietet. Und zudem eine dauerhafte Erinnerung an die mörderische Teilung unseres Landes ist.

Sachsen-Anhalt

Als Zentrum des Mitteldeutschen Chemiedreiecks wurde Sachsen-Anhalt in der DDR systematisch heruntergewirtschaftet. Die Industrieruinen von Wolfen, Bitterfeld und Leuna prägen den Ruf der Region bis heute. Dabei hat kein Bundesland so viele Stätten des UNESCO-Weltkulturerbes zu bieten wie Sachsen-Anhalt: Seit 1994 Stiftskirche, Schloss und Altstadt von Quedlinburg in die Welterbeliste aufgenommen wurden, kamen 1996 das Bauhaus und seine Stätten in Weimar und Dessau sowie die Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg hinzu. Im Jahre 2000 wurde das Gartenreich Dessau-Wörlitz in den Kreis des Weltkulturerbes aufgenommen. Als vorerst letzte Welterbestätte kam 2018 der Naumburger Dom hinzu. So ist Sachsen-Anhalt ein wahrhaftes Kernland der deutschen Geschichte.

Wege und Rohre

Kaum etwas in der DDR war 1989/90 so marode wie die technische Infrastruktur. Auf den Straßen reihte sich Schlagloch an Schlagloch, das Trinkwasser war fast überall ungenießbar und Telefonanschlüsse wurden knapp gehalten, um diese besser überwachen zu können. Dank Investitionen in Höhe von hunderten Milliarden Mark (und später Euro) verfügen die Regionen zwischen Rügen und Thüringer Wald heute über die modernsten Straßen, die saubersten Wasserleitungen und die schnellsten Telekommunikationsnetze.

Herrenhäuser

Unter der Parole „Junkerland in Bauernhand“ wurde 1945/1946 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) eine Bodenreform durchgeführt, in deren Verlauf Grundbesitz von mehr als 100 Hektar Fläche entschädigungslos enteignet wurde. Die Herrenhäuser, zuvor jahrhundertlang Sitze großer Familien, wurden zumeist sich selbst überlassen – und verfielen im Laufe der Jahrzehnte. Die Sanierung und Wiederherstellung von inzwischen einigen hundert Landsitzen gehört zu den großen Triumphen der Schönheit über die kulturelle Barbarei. Gerade in ländlichen Regionen sind die Schlösser und Gutshäuser in Alt Madlitz, Briest, Dalwitz, Döbbelin, Gusow, Ivenack, Liebenberg, Neuhardeberg, Proschwitz, Ribbeck, Ulrichshu-



Symbol der Einheit: Seit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 und der staatlichen Vereinigung am 3. Oktober 1990 ist das Brandenburger Tor der unumstrittene Mittelpunkt der Berliner Republik

Foto: Imago / Image Broker

sen und so weiter idyllische Mittelpunkte des öffentlichen Lebens. Oft kehrten mit den Häusern auch die alten Familien wie die Grafen Bassewitz, die Bismarcks, die Grafen Finckenstein und die Maltzahn wieder in ihre Heimat zurück.

Die Hauptstadt

Als der Bundestag 1991 über den künftigen Regierungssitz abstimmt, ging das Rennen zwischen Berlin und Bonn denkbar knapp aus: 338 Abgeordnete stimmten für die alte und neue Hauptstadt des deutschen Nationalstaats, 320 Abgeordnete für die alte Universitätsstadt am Rhein, die der Bundesrepublik über vier Jahrzehnte als provisorischer Regierungssitz gedient hatte. Und als 1998 Bundestag, Kanzleramt und die Leitung der Ministerien vom Rhein an die Spree zogen, fremdelten die „Bonner“ lange Zeit mit ihrem neuen Dienstsitz. 30 Jahre nach der Vereinigung ist von jenen „Geburtswehen“ nichts mehr zu spüren. Berlin ist die unangefochtene Hauptstadt der deutschen Republik

Angela Merkel

Böse Zungen bezeichneten den Einigungsprozess lange als „Anschluss“. Grund dafür war, dass die „Ossis“ nach 1990 unzählige Regelungen der alten Bundesrepublik übernehmen mussten, während die „Wessis“ sich lediglich an den festen Rechtsabiegepfel gewöhnen mussten. Andererseits werden die vereinten Deutschen seit 15 Jahren – und damit der Hälfte des Einigungsprozesses – von einer Frau, die bis 1990 in der DDR lebte, regiert. Von 2012 bis 2017 kam mit Joachim Gauck zudem auch der Bundespräsident aus den neuen Bundesländern – womit fünf Jahre lang die

beiden wichtigsten politischen Ämter des Staates von „Ossis“ besetzt waren.

Elbflorenz

Dresden gilt vielen Deutschen als eine der schönsten Städte ihres Heimatlandes. Angloamerikanische Bombenangriffe hatten jedoch die Stadt, die aufgrund ihres einstigen Zaubers „Elbflorenz“ genannt wurde, 1945 in Schutt und Asche gelegt. Zwar bemühte sich die DDR mit bescheidenen Mitteln um die Rekonstruktion einzelner Bauten wie des Zwingers und der Semperoper, jedoch fehlten dem Arbeiter- und Bauernstaat die Mittel für einen umfassenden Wiederaufbau der historischen Altstadt. Dies änderte sich mit der Einheit 1990. Die Wiederauferstehung der Frauenkirche aus einem Berg voller Trümmer wurde in den 90er Jahren zu einem weltweit beachteten Projekt. Es folgten die Rekonstruktionen der Residenz der sächsischen Kurfürsten und Könige mitsamt dem Grünen Gewölbe, des Taschenbergpalais, des Coselpalais (die teilweise schon in den 70er Jahren begonnen wurde), des Neumarkts und weiterer prägender Bauten. So ist Dresden heute wieder eine der schönsten Städte unseres Landes.

Harfouch, Liefers & Co.

Auf kaum einem Gebiet ist die Vereinigung von „Ost“ und „West“ so gelungen wie in der Schauspielkunst. Mit Corinna Harfouch, Leander Haußmann, Henry Hübchen, Charly Hübner, Jan Josef Liefers, Ursula Karusseit, Uwe Kockisch, Claudia Michelsen, Ulrich Mühe, Thomas Rühmann und vielen anderen stammen

zahlreiche der prominentesten Schauspieler der letzten Jahre aus der DDR. Ein wesentlicher Grund dafür sind Ausbildungsstätten wie die Berliner Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ (HfS), die Theaterhochschule „Hans Otto“ in Leipzig und die Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg.

Leipzigs Maler

1764 gründete Prinz Franz Xaver von Sachsen in Leipzig eine Akademie für Malerei. Aus dieser entwickelte sich im Laufe der Zeit die heutige Hochschule für Grafik und Buchkunst – die zur Lehr- und Ausbildungsstätte bedeutender Künstler wurde. Schon der Jurastudent Johann Wolfgang Goethe lauschte hier dem Zeichenunterricht des Gründungsdirektors Adam Friedrich Oeser. Bernhard Heisig, Werner Tübke, Wolfgang Mattheuer und Arno Rink begründeten hier in den 1950er Jahren als Maler, Graphiker und akademische Lehrer die „Leipziger Schule“. Nach 1990 sorgten ihre Schüler wie Neo Rauch, Rosa Loy und Hans Aichinger als „Neue Leipziger Schule“ für Furore. In zahlreichen Kunstmetropolen der Welt ist diese Marke heute ähnlich prominent wie altbewährte Größen der deutschen Industrie.

Wenderomane

Kurz vor seinem Lebensende klagte Marcel Reich-Ranicki zuweilen, dass es keine deutsche Literatur von Bedeutung mehr gäbe: keine großen Erzähler und keine literarischen Stoffe von Relevanz. Dabei übersah der 2013 verstorbene „Kritikerpapst“, dass außerhalb seines Blickfeldes längst ein eigenes Genre entstanden war, das in bewegender Weise deutsche Geschehnisse

reflektierte – der „Wenderoman“. Unter diesem Begriff werden Prosawerke zusammengefasst, die sich mit der Friedlichen Revolution 1989, dem Mauerfall und der deutschen Einheit auseinandersetzen. Prominente Beispiele dafür sind Monika Marons „Stille Zeile Sechs“ (1991), Erich Loests „Nikolaikirche“ und Thomas Brungs „Helden wie wir“ (beide 1995), Uwe Tellkamp „Der Turm“ (2008), Eugen Ruge „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ (2011) sowie Lutz Seilers „Kruso“ (2014) und „Stern 111“ (2020).

Gaucks Behörde

Als sich 1990 das Ende der DDR abzeichnete, stellte sich auch die Frage, wie mit den unseligen Hinterlassenschaften der Diktatur umzugehen sei. Für die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit war die Antwort schnell gefunden: Bereits am 4. Oktober 1990 wurde mit dem Rostocker Pfarrer Joachim Gauck ein Sonderbeauftragter für die Stasi-Unterlagen eingesetzt, der mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz vom 29. Dezember 1991 zum Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) ernannt wurde. Seine Aufgabe ist es – zusammen mit der ihm unterstellten Behörde –, die Stasi-Akten zu verwalten und zu erforschen sowie jedem Bürger Einsicht in die über ihn vorhandenen Dokumente zu gewähren. Auf Gauck folgte im Jahr 2000 die Bürgerrechtlerin Marianne Birthler, seit 2011 bekleidet der Journalist und DDR-Oppositionelle Roland Jahn das Amt. Im Laufe ihres Bestehens konnte die Behörde nicht nur tausende Stasi-Mitarbeiter enttarnen, sondern auch die Strukturen sowie Zersetzungs- und Unterdrückungsmethoden des kommunistischen Geheimdienstes freilegen.

Glashütte

1845 gründete Ferdinand Adolph Lange in Glashütte eine Uhrenmanufaktur. Schon bald folgten weitere Hersteller verschiedenster Präzisionschronographen, sodass Glashütte Ende des 19. Jahrhunderts als Zentrum der deutschen Uhren- und feinmechanischen Industrie galt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sämtliche Unternehmen verstaatlicht und im VEB Glashütter Uhrenbetriebe zusammengefasst. Dass das sozialistische Intermezzo dem Ruf des Ortes keineswegs geschadet hatte, zeigte sich nach der Einheit 1990, als zahlreiche alte Marken nach Glashütte zurückkehrten – und neue entstanden. So zeigen heute Uhren von „A. Lange & Söhne“, „Glashütte Original“, „Union Glashütte/Sa.“, „Nautische Instrumente Mühle“, „Nomos Glashütte“, „Bruno Söhnle“, „Kronseger“, „Tutima“ und „Moritz Grossmann“ stolz den Namen der sächsischen Kleinstadt auf dem Zifferblatt.

Oberhof

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts baute Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha die kleine Landstadt am Rennsteig zu einem mondänen Wintersportort aus. Seit den 50er Jahren ließ die DDR-Führung den einstigen Luxusort zu einem sozialistischen Urlaubs- und Sportzen-

trum umbauen (wofür zuvor einige alteingesessene Familien vertrieben wurden). Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die Stadt im Thüringer Wald zu einem der Orte mit der höchsten Dichte an Olympiasiegern der Welt. Egal ob Biathlon, Bobsport, Rennrodeln, Skilanglauf, Skispringen oder Nordische Kombination – stets kämpfen Sportler aus Oberhof um die Medaillen mit.

Elite-Fahrräder

Zu den großen Problemen des Einigungsprozesses gehörte, dass zahlreiche Traditionsbetriebe die Umstrukturierung nicht überstanden. Nicht so die Diamant-Fahrradwerke. 1885 in Reichenbrand bei Chemnitz gegründet, gehörten die Produkte der Marke „Elite Diamant“ schon bald zu den beliebtesten deutschen Zweirädern. Nach der Verstaatlichung in der DDR gelang es, die Traditionsmarke auch im vereinten Deutschland zu etablieren. Mit Preisen von um die 1.000 Euro und mehr zählt „Diamant“ heute wieder zu den Premium-Herstellern auf dem Fahrradmarkt.

Sammer, Ballack und Kroos

Während die Bundesrepublik im Fußball mehrfach Welt- und Europameister wurde, dümpelte die DDR oft im Mittelfeld. Um so erfreulicher, dass mit Matthias Sammer, Michael Ballack und Toni Kroos einige der wichtigsten Akteure der vereinten Fußballnation aus dem Osten der Republik stammen. Sammer führte die DFB-Auswahl 1996 zur Europameisterschaft und Borussia Dortmund 1997 zur Champions League. Ballack war „Capitano“ (Jürgen Klinsmann) der Nationalmannschaft beim „Sommermärchen“ 2006 im eigenen Land. Und Kroos war Mittelfeldlenker der Deutschen beim WM-Sieg 2014. Mit vier Siegen in der Champions League und fünf Siegen der FIFA-Klubweltmeisterschaft (jeweils für Bayern und Real Madrid) ist er inzwischen einer der erfolgreichsten Fußballer aller Zeiten.

Die Elbe

Zwischen Erzgebirge und Nordsee markiert die Elbe eine der unsichtbaren inneren Grenzen Deutschlands. Wie der Main zwischen Norden und Süden, so teilt der aus Böhmen kommende, insgesamt 1.094 Kilometer lange Fluss seit alters her das Land der Teutonen zwischen Ost und West. Auch während der deutschen Teilung markierte die Elbe die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten – allerdings nur entlang eines kleinen Abschnitts zwischen Dömitz und Lauenburg. Während der größte Teil des Stromes durch die DDR floss, lag die Mündung bei Cuxhaven im Westen. So verlor der östliche Teilstaat den Zugang zum größten deutschen Hafen Hamburg – und das im Westen gelegene Hamburg sein Hinterland am Oberlauf des Stromes. Seit der deutschen Einheit verbindet die Elbe nun wieder die Böhmen, Sachsen, Preußen, Lauenburger, Hamburger und Niedersachsen.

Halles Altstadt

Einen Glücksfall der besonderen Art bedeutete die Vereinigung für Halle an der Saale. Wurde der Stadt um 1900 noch nachgesagt, den schönsten deutschen Marktplatz zu haben, verfiel ihr Zentrum in der DDR dramatisch. In den 80er Jahren plante die Führung gar den Abriss des bedeutsamen Altbauensembles – und den „Wiederaufbau“ mit Plattenbauten. Die Einheit setzte diesem Bestreben ein Ende – und die mühevollen Sanierung der Bausubstanz konnte beginnen. Zu den sehenswerten Altbauten gehört unter anderem das Geburtshaus Georg Friedrich Händels.

Gerettet werden konnten auch die Franckeschen Stiftungen, die einst Mittelpunkt eines pietistischen Bildungs- und Missionswerks waren. Heute ist die Stadt an der Saale Sitz zahlreicher Kultur- und Bildungsstätten wie der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, der Kulturstiftung des Bundes, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Burg Giebichenstein Kunsthochschule.

Silicon Saxony

Dass Sachsen keineswegs nur eine große Geschichte zu bieten hat, sondern auch eine spannende Gegenwart, zeigt das „Silicon Saxony“. Mit diesem, an das kalifornische „Silicon Valley“ angelehnten Begriff wird die Ansiedelung von rund 350 Firmen aus Mikroelektronik, Halbleiter-, Photovoltaik- und Software-Branche bezeichnet. Den Grundstein dafür legte die EDV-Technik in der DDR. Ein wichtiger Meilenstein für das sächsische Wirtschaftswunder war 1996 die Ansiedelung des US-amerikanischen Chip-Herstellers AMD; weitere Unternehmen wie Infineon und Intel folgten, sodass heute etwa 40.000 Menschen in der Hochtechnologieproduktion arbeiten.

Pommerns Inseln

Hoch im Norden liegen – der Festlandküste der Ostsee vorgelagert – die Inseln Usedom, Rügen und Hiddensee. Jede von ihnen ist von eigenem Reiz. Während Hiddensee mit hügeligen Landschaften und langen Sandstränden lockt und zudem für den Autoverkehr gesperrt ist, fasziniert Rügen im Nationalpark Jasmund mit den Kreidefelsen der Stubbenkammer und den zum Weltnaturerbe der UNESCO zählenden Buchenhainen. Usedom ist vor allem für seine Bäderarchitektur berühmt – allen voran die Kaiserbäder Ahlbeck, Bansin und Heringsdorf. Allerdings gingen auch hier 40 Jahre Sozialismus nicht spurlos vorbei. Strandvillen verfielen ebenso wie Seebrücken oder Herrenhäuser und Kirchen im Binnenland der Inseln. Um so beeindruckender die Auferstehung nach 1990, die zur Wiederherstellung zahlreicher historischer Bauten führte. Eines der schönsten Beispiele hierfür ist der Wiederaufbau der Seebrücke von Sellin in den 90er Jahren.

Premium-Pils

Als die „Ossis“ 1990 mit der D-Mark die lange ersehnten Westwaren kaufen konnten, machten sie davon so umfangreich Gebrauch, dass ihre eigenen Unterneh-

men bald vom Markt verschwanden. Nicht so bei den Bieren. Hier hatten altherwürdige Marken wie Radeberger, Lübzer und Hasseröder nicht nur bei den Kunden einen hervorragenden Ruf. Auch zahlreiche Investoren aus dem In- und Ausland wussten um den Klang dieser Namen – und entwickelten die genannten und weitere Biere zu gesamtdeutschen Premiummarken.

Die Saale

Nach dem Zweiten Weltkrieg markierte die Saale in ihrem Oberlauf die Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik, weiter abwärts durchfloss sie das Mitteldeutsche Chemiesiedlungsgebiet – und wurde zu einem der am schlimmsten belasteten Fließgewässer Europas. Um so erfreulicher die Wiederkehr dieses vergessenen Idylls infolge der staatlichen Einheit und der Sanierung des einstigen Industriegebiets. Mit dem Naturpark Saale-Unstrut-Triasland und zahlreichen bedeutenden Städten wie Hof, Rudolstadt, Jena, Weißenfels, Naumburg, Merseburg und Halle sowie Burgen wie Saaleck, Rudelsburg, Giebichenstein und der Burg Wettin zählt die Saale heute wieder zu den großen Natur- und Kulturlandschaften unseres Landes.

Preußens großer Erzähler

Ein „Einheitsgewinner“ der besonderen Art ist Theodor Fontane. Im Westen nach der Zerschlagung des alten Preußen beinahe in Vergessenheit geraten, im Osten als Chronist der ungeliebten Welt der Junker vom offiziellen Kulturbetrieb nicht eben gefördert, erlebt der märkische Erzähler seit den 90er Jahren eine Renaissance. Als Autor von Romanen wie „Vor dem Sturm“ und „Der Stechlin“ sowie Verfasser der „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ erzählt Fontane alten und neuen Brandenburgern die Geschichten eines preußischen Kernlandes, das einerseits in der Geschichte versunken ist – andererseits nicht zuletzt dank seiner Erzählungen unsterblich bleibt.

Neue Messe Leipzig

An der Kreuzung der beiden bedeutendsten Fernhandelsstraßen des alten Reiches – der Via Regia und der Via Imperii – gelegen, entwickelte sich Leipzig seit 1165 zu einem der wichtigsten Messeplätze Europas. Auch die DDR lud alljährlich zweimal zu einer internationalen Warenausstellung. 1996 wurde die Alte Messe durch ein neues Gelände im Norden der Stadt ersetzt. Mar-

kantestes Gebäude der Neuen Messe ist eine 238 Meter lange, 80 Meter breite und 30 Meter hohe Glashalle, entworfen vom Architektenbüro von Gerkan, Marg und Partner. Wenngleich Leipzig noch weit von seiner einstigen Bedeutung als führender Handelsplatz entfernt ist, so fanden zuletzt immerhin jährlich rund 40 Messen, 100 Kongresse und andere Veranstaltungen mit insgesamt 10.000 Ausstellern und 1,3 Millionen Besuchen auf dem Gelände der Leipziger Messe statt.

Görlitz

Tief im Osten der Republik liegt das schlesische Görlitz. Als bedeutender Handelsplatz entstanden hier seit dem Mittelalter prachtvolle Bürgerhäuser im Stile der Spätgotik, der Renaissance und des Barock. Im Zweiten Weltkrieg unbeschadet, verfiel die Stadt in der DDR dramatisch. Schon bald nach 1990 lockte die erhaltene Bausubstanz zahlreiche Liebhaber an, die die leerstehenden Häuser sanierten und mit neuem Leben füllten. Möglich wurde dies auch durch die Hilfe eines anonymen Spenders, der über 20 Jahre lang insgesamt rund zehn Millionen Euro überwies, die zur Sanierung von denkmalgeschützten öffentlichen, kirchlichen und privaten Gebäuden verwendet wurden. Rund 1500 Projekte konnten so bezuschusst werden – wodurch Görlitz heute wieder zu den schönsten Städten unseres Landes gehört.

Museumsinsel

Eine Schatzkammer der Kultur ist die Berliner Museumsinsel. Seitdem Friedrich Wilhelm III. 1810 bestimmte, auf der Spreeinsel „eine öffentliche, gut gewählte Kunstsammlung“ anzulegen, entstanden hier das Alte Museum, das Neue Museum, die Alte Nationalgalerie, das Kaiser-Friedrich-Museum (heute Bode-Museum) und das Pergamonmuseum. Diese präsentierten bedeutende Exponate der Weltkultur wie die Büste der Nofretete oder den Pergamonaltar. Mit der deutschen Teilung war nicht nur die Hauptstadt in zwei Hälften geteilt, sondern auch die Berliner Sammlungen. Die Einheit von 1990 ermöglichte auch ihre Wiedervereinigung.

Gottes Häuser

Der ganze Reichtum einer Kultur zeigt sich zuweilen abseits der großen Wege und Plätze. An den Palais und Bürgerhäusern der kleinen Städte – oder an den Gotteshäusern draußen im Lande. Die deutsche Einheit ermöglichte auch die Rettung und Wiederherstellung zahlreicher Kirchen und Klöster, die in der DDR aus ideologischen Gründen oder aus Acht-

losigkeit einer gottlos gewordenen Gesellschaft verwahrlosten. In Helfta und Memleben, in Jerichow und in Küstrinchen sowie an vielen weiteren Orten bewahrten die Stiftung Kirchenbau, die Deutsche Stiftung Denkmalschutz und zahlreiche private Bürgerinitiativen unzählige Gotteshäuser vor dem sicheren Verfall.

Stralsund

Dass die Sanierung von Altstädten kein Selbstzweck ist, zeigt das Beispiel von Stralsund. Als in der Spätphase des real existierenden Sozialismus die Mehrzahl der Häuser in der Hansestadt verfallen war, blieben oft nur noch die Alten hier wohnen. Die Jungen suchten, wann immer sie konnten, woanders eine Bleibe. Dies änderte sich erst, als nach 1990 die schrittweise Sanierung der Bürgerhäuser zu Fülle der Kirchen St. Jakobi, St. Marien und St. Nikolai begann. Mit jedem abgeschlossenen Projekt zogen nicht nur Gewerbebetriebe in die Stadt, sondern auch junge Familien, zumeist mit Kindern. So entstand neues Leben in alten Häusern.

Himmlische Stimmen

Von allen großen Traditionen Mitteldeutschlands ist kaum eine so berührend wie der Leipziger Thomanerchor. Am 20. März 1212 bestätigte Kaiser Otto IV. die Gründung des Klosters St. Thomas mitsamt einer angeschlossenen Klosterschule. Die aufgenommene Knaben hatten als Gegenleistung für die ihnen gebotene Ausbildung Dienst im Gottesdienst zu verrichten – darunter den liturgischen Gesang. Aus diesen Anfängen entwickelte sich im Laufe der Jahrhunderte eines der bedeutendsten Kapitel deutscher Musikgeschichte – mit Johann Sebastian Bach im Amt des Thomaskantors als unumstrittenem Höhepunkt. Keine Naturkatastrophe und kein politischer Wandel setzten dieser Geschichte ein Ende. Und so stehen auch heute jeden Sonntag ein paar Knaben in der Thomaskirche, um zur Ehre Gottes ihre wahrhaft himmlischen Stimmen erklingen zu lassen.

Potsdam

Mit ihren Schlössern, Palais und Villen gehört die einstige preußische Residenzstadt seit Generationen zu den schönsten deutschen Städten. Ein furchtbarer alliierter Luftangriff in den letzten Kriegstagen und der „Wiederaufbau“ zu einer sozialistischen Musterstadt zerstörten das historische Flair scheinbar irreversibel. Hinzu kam die Lage an der Grenze zu West-Berlin, wodurch zu DDR-Zeiten insbesondere die idyllischen Wasserwege hermetisch abgeriegelt waren. Zum Symbol der Teilung an dieser Stelle wurde die Glienicke-Brücke. Mit dem Untergang der DDR erwachte auch Potsdam zu neuem Leben. Zahlreiche Villen und historische Bauten wie das Belvedere wurden aufwendig saniert, und im wiederaufgebauten Stadtschloss sitzt seit 2014 der brandenburgische Landtag.

Blühende Landschaften

Als die Rote Armee 1994 aus Deutschland abzog, hinterließ sie nicht nur zahlreiche marode Kasernen und Wohnhäuser, sondern auch schwer verseuchte Böden. Diesel und Kerosin, Munitionsreste und sonstiger Spermüll waren jahrzehntelang ungehindert im Erdreich versickert, beziehungsweise dort verscharrt worden. Die Beseitigung dieser Altlasten wurde in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, gehört jedoch zu den größten Erfolgen des Einigungsprozesses.



Auferstanden aus Ruinen: Die Rekonstruktion der Dresdner Frauenkirche mitsamt dem umliegenden Neumarkt ist das spektakulärste von zahlreichen Wiederaufbauprojekten seit 1990
Foto: Imago / Sylvio Dittrich

● MELDUNGEN

Verleumdung
der Polizei

Gelsenkirchen – Bei zwei Einsätzen gegen mutmaßliche Randalierer in Gelsenkirchen ist den Polizeibeamten eine „rechte Gesinnung“ vorgeworfen worden. Bereits am 19. September war einer Streife ein 41-jähriger Mann aufgefallen, der Passanten anpöbelte und dabei war, einen Müllbehälter zu demolieren. Als die Beamten ihn ansprachen, beleidigte er sie und warf ihnen mehrfach eine rechte Gesinnung vor. Gegen seine Festnahme wehrte sich der Mann so, dass er gefesselt werden musste. Auch bei einem Einsatz wegen häuslicher Gewalt bedrohte ein aggressiver 39-jähriger Mann Polizisten und warf ihnen eine rechte Gesinnung vor. Ein Sprecher der Polizei sagte, zwar gebe es Rassismus-Vorwürfe von Randalierern gegen Einsatzkräfte noch nicht in geballter Form, allerdings scheinen beide Vorfälle zu belegen, „dass nun der ein oder andere mit solchen Sprüchen reagiert“. N.H.

Buchenwald
sperrt AfD aus

Weimar – Die Leitung der Gedenkstätte Buchenwald hat drei Landtagsabgeordneten der Thüringer AfD die Teilnahme an einer Gedenkfeier untersagt. Die Parlamentarier Thomas Rudy, Torsten Czuppon und Karlheinz Frosch wollten am 19. September an einer Veranstaltung anlässlich der Einrichtung des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 in Buchenwald vor 75 Jahren teilnehmen. Da die Abgeordneten nicht bereit waren zu gehen, setzten Polizisten das Hausrecht durch. Bereits Anfang 2019 hatte die Gedenkstätte Buchenwald einen Beschluss gefasst, AfD-Vertretern generell den Zugang zu solchen Veranstaltungen zu verwehren. Der Landtagsabgeordnete Frosch teilte mit, für ihn habe die Zurückweisung einen besonders bitteren Beigeschmack, da sein Bruder das Schicksal der in Buchenwald Internierten teilen musste. Nach Angaben des Politikers war sein Bruder 1945 im Alter von 15 Jahren festgenommen worden und ist unter ungeklärten Umständen 1947 verstorben. N.H.

Plastik im Meer
kostet Geld

Berlin – Bei etwa 94 Prozent der an Stränden der Nordsee tot aufgefundenen Eissturmvögel wurde Kunststoff in ihren Mägen nachgewiesen. Die besondere Gefahr von Plastik- und Styropor-Bruchstücken sowie Folienfetzen für die Meereslebewesen besteht darin, dass See- und Küstenvögel sich in diesen verheddern können oder sie verschlucken. Bei 111 Erfassungen an den deutschen Stränden der Nordsee sind laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von 2011 bis 2017 gut 17.000 Plastikmüllteile gefunden worden, an den Stränden der Ostsee waren es von 2013 bis 2018 bei 475 Erfassungen knapp 22.000. Kunststoffe machen etwa 75 Prozent des aufgefundenen Mülls aus, gefolgt von Teilen aus Gummi, Metall, Stoff, Glas und Holz. Für die Müllbeseitigung und Strandreinigung werden laut Bundesregierung pro Jahr etwa 65.000 Euro pro Kilometer Strand aufgewendet. MRK



Gesundheit: In der kommenden kalten Jahreszeit werden Grippepatienten aller Voraussicht nach die Ausnahme bleiben

Foto: Mauritius

PANDEMIE

Viel weniger verschnupft

Kleiner Trost: Zwar rollt die zweite Corona-Welle auf uns zu, doch eine Grippewelle wird wohl ausbleiben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mit der Virusgrippe ist nicht zu spaßen: Im Gegensatz zu den banalen Erkältungen kann die Influenza zu erheblichen Komplikationen und damit auch zum Tod führen. Während der Grippezeit 2017/18 starben hierzulande geschätzte 25.000 Menschen an der Infektionskrankheit.

Noch höher lag die Zahl der Opfer in der Bundesrepublik 1995/96, 1969/70 und 1957/58. Nicht zu vergessen auch die Spanische Grippe, die von 1918 bis 1920 grassierte und 300.000 Deutsche das Leben kostete. Dahingegen verliefen die Grippewellen der vergangenen beiden Winter mit 954 und 541 bestätigten Todesfällen glimpflich – und nun mehren sich die Anzeichen dafür, dass es in den kommenden Monaten ebenfalls keine Influenza-Epidemie oder gar -Pandemie geben wird.

Auf der Südhalbkugel der Erde, auf der die Grippezeit von April bis August dauert, registrierte man in diesem Jahr auffällig wenige Infizierte. Das berichten Sonja Olsen und deren Kollegen von den US-Centers for Disease Control and Prevention (CDC). So wurden aus Australien

lediglich 33 Fälle von echter Influenza gemeldet und aus Chile zwölf sowie Südafrika sechs – bei immerhin 83.300 getesteten Personen. Zum Vergleich: Während der Jahre zuvor waren pro Saison durchschnittlich immer um die 25.000 Menschen in diesen drei Staaten nachweislich an Influenza erkrankt gewesen.

Historischer Tiefstand bei Influenza

Ähnliches wie in der CDC-Mitteilung steht auch im „Influenza Update 376“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom 14. September: In den 52 Ländern, in denen Anfang September 145.000 Personen mit Erkältungssymptomen auf Influenza A und B getestet worden waren, fanden sich nur 34 Infizierte, wobei diese zumeist das A/H3N2-Virus trugen. Das hatte 1968 die Hongkong-Grippe-Pandemie ausgelöst, weshalb die Influenza-Schutzimpfung seither auch gegen diesen speziellen Erreger immunisieren soll. Allerdings scheint der nun mutiert und somit resistenter gegen Impfstoffe zu sein.

Dass es im Sommer 2020 kaum Influenza-Fälle auf der Südhalbkugel gab, führen die Experten von WHO und CDC auf die Corona-Maßnahmen zurück. Da man Großveranstaltungen verboten und die sozialen Kontakte eingeschränkt sowie

eine Maskenpflicht eingeführt habe, sei auch die Verbreitung anderer Viren als SARS-CoV-2 deutlich erschwert worden.

Dieser mutmaßliche Corona-Effekt soll sich nun sogar in den USA zeigen. Laut CDC ergab die Auswertung der Daten von etwa 300 Labors in sämtlichen Bundesstaaten der USA einen historischen Tiefstand bei den sommerlichen Influenza-Fällen: Zwischen Mai und August seien gerade einmal 0,2 Prozent der entsprechenden Tests positiv ausgefallen, während sich die Werte im gleichen Zeitraum der Vorjahre stets im Bereich von 1,04 bis 2,36 Prozent bewegt hätten.

Rhino-Viren auf dem Vormarsch

Für Deutschland teilte die Arbeitsgemeinschaft Influenza (AGI) des Robert-Koch-Instituts (RKI) am 15. September sogar mit, die extrem geringe Zahl der bislang eingesandten Proben wegen Influenza-Verdachts erlaube überhaupt keine statistische Auswertung.

Bleibt das Niveau bei den Grippeinfektionen weiterhin so niedrig, was nach den bisherigen Beobachtungen zu erwarten ist, so dürfte das positive Auswirkungen auf die Corona-Situation haben. Eine Arbeitsgruppe um Matthieu Domenech de Cellès vom Max-Planck-Institut für In-

fectionsbiologie an der Berliner Charité fand Belege dafür, dass die verschiedenen Influenzaviren mit dem SARS-CoV-2-Erreger interagieren und so für ein bis zu 2,5-fach häufigeres Auftreten von Covid-19-Erkrankungen sorgen können.

Gleichzeitig bietet die momentan einzigartige Abwesenheit von Grippeviren aber keinen Anlass für Leichtsinns, denn andere Atemwegsinfektionen, welche weder im Zusammenhang mit der Influenza noch Corona stehen, sind in Deutschland derzeit wieder auf dem Vormarsch. Das ergibt sich aus dem letzten Monatsbericht der AGI über die epidemiologische Lage im Zeitraum vom 8. August bis 4. September. In 73 von 130 eingesandten Proben habe man Rhino-Viren gefunden.

Die Rhino-Erreger lösen zwar meist nur einen harmlosen Schnupfen aus, verursachen manchmal aber auch lebensgefährliche Symptome. Die Ansteckung erfolgt hierbei vor allem über Schmierinfektionen. Deshalb schützen die als Universalmittel angepriesenen Mund-Nase-Bedeckungen in diesem Fall nur sehr begrenzt bis gar nicht. Darüber hinaus lassen sich die Rhino-Viren kaum durch die jetzt üblicherweise allorts verwendeten alkoholhaltigen Desinfektionsmittel neutralisieren.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Das „Ländle“ wird Protesthochburg

Diesel, Corona, Wegfall von Arbeitsplätzen, Stuttgart 21: Im Südwesten begehren die Bürger auf

Als Anfang des vergangenen Jahres im Stuttgarter Stadtgebiet ein Dieselfahrverbot eingeführt wurde, organisierte der Kfz-Mechatroniker Ioannis Sakkaros dagegen Demonstrationen. Angesprochen auf den Zulauf zu seinen Dieseldemos lieferte Sakkaros die Antwort: „Sobald man dem Schwaben in die Tasche greifen will, steht er auf.“ Trifft diese Einschätzung zu, dann könnten dem wirtschaftlichen Schwergewicht Baden-Württemberg politisch unruhige Zeiten bevorstehen.

Durch die Pandemie bekommt der Südwesten Deutschlands die Strukturkrise der Automobilindustrie stark zu spüren. Im „Autoland“ stehen bei Daimler,

Bosch, ZF Friedrichshafen und dem Stuttgarter Autozulieferer Mahle Tausende gut bezahlte Arbeitsplätze auf der Kippe. Nach Angaben von Betriebsräten will etwa Daimler am Stammsitz Stuttgart-Untertürkheim in den nächsten Jahren von derzeit etwa 19.000 Stellen rund 4000 abbauen. Zuletzt warnten Daimler-Betriebsräte, dass Arbeit nicht allein durch Elektromobilität wegfällt, sondern auch, „weil das Unternehmen nicht mehr in Bereiche der herkömmlichen Antriebe investieren will. Und wenn überhaupt, dann in Polen oder Rumänien“.

Die Unternehmensführung hat die von den Betriebsräten genannte Zahl ge-

fährdeter Arbeitsplätze bislang nicht bestätigt. Vorstandsmitglied Markus Schäfer sagte aber, Daimler müsse generell an seiner Kostenstruktur und Wettbewerbsfähigkeit arbeiten.

Arbeitnehmersvertreter sehen auch bei Bosch die Gefahr, dass in Baden-Württemberg Arbeitsplätze gestrichen werden und die Produktion nach Osteuropa verlagert wird. In Bietigheim-Bissingen will der Konzern bis Ende 2021 ein Werk schließen. Davon profitieren könnten Standorte in Ungarn, wo Bosch bereits der größte industrielle Arbeitgeber ist.

Solche Nachrichten treffen speziell im Einzugsgebiet der Landeshauptstadt eine

Region, in der es eine lange Tradition von Massendemos, Sitzblockaden und Kundgebungen gibt. Gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 gehen mittlerweile seit über zehn Jahren Bürger auf die Straße. Vergangenes Jahr sorgten die Diesel-Demos in Stuttgart für bundesweite Aufmerksamkeit.

Derzeit gehört die Schwabenmetropole zu den Hochburgen der Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen. Der Historiker Wolfram Pyta spricht den Bürgern der Stadt ein „gewisses Selbstbewusstsein und einen störrischen Habitus“ zu: „Stuttgart hat durchaus ein aufmüpfiges Bürgertum.“ Norman Hanert

NEUSPRECH

Aus „illegal“ wird „irregulär“

Sprachleitfaden: Berliner Behörden sollen künftig „diversitysensibel“ formulieren

VON NORMAN HANERT

Ob es um Schlangestehen auf den Bürgerämtern oder um wochenlange Wartezeiten für einen Termin bei der Autozulassung geht, Berlins chronisch überlastete Verwaltung hat die Geduld der Bürger in den vergangenen Jahren häufig auf eine harte Probe gestellt. Künftig werden sich die Berliner bei Behördengängen aber wenigstens an einer „diversitysensiblen“ Sprache erfreuen können.

Als Teil eines Landesprogramms „Diversity-Landesprogramm“ hat der Senat kürzlich einen Leitfaden für „Mitarbeitende der Berliner Verwaltung“ mit dem Titel „Vielfalt zum Ausdruck bringen“ vorgelegt. Nach Selbstdarstellung der Verfasser wird dabei das Anliegen verfolgt, Schriftstücke und die Öffentlichkeitsarbeit im Land Berlin so zu gestalten, „dass sie der Vielfalt der Bevölkerung gerecht werden, niemanden ausgrenzen oder das Lesen bzw. Ausfüllen unnötig erschweren“.

Ein näherer Blick in den Leitfaden lässt beim Leser allerdings schnell Zweifel aufkommen, ob mit den vorgeschlagenen Formulierungen tatsächlich „möglichst viele Menschen erreicht werden“. Berlins Landesbediensteten können dem 44-seitigen Werk beispielsweise bemerkenswerte Wortschöpfungen wie „Rom*nja und Sint*zze“ als „geschlechterinklusive Selbstbezeichnung“ der Zigeunervölker von Roma und Sinti entnehmen.

Sogar der „Flüchtling“ soll weg

Aus dem Wortschatz der Landesbediensteten besser verschwinden sollen dagegen Formulierungen wie „schwarz fahren“. Als bessere Alternative wird „Fahren ohne gültigen Fahrschein“ vorgeschlagen. Auch auf das Wort „anschwärzen“ sollen die Mitarbeiter der Verwaltung lieber verzichten und dafür „nachsagen“, „melden“ oder „denunzieren“ verwenden. Laut dem Leitfaden handelt es sich bei schwarzen Menschen zudem nicht um die Beschreibung einer Hautfarbe, „sondern vielmehr um eine politische Selbstbezeichnung für Menschen, die Rassismuserfahrungen machen“.

Laut dem Leitfaden ist selbst der Begriff „Flüchtling“ aus „sprachlicher Hin-



„Vielfalt zum Ausdruck bringen“: „Diversity-Landesprogramm“ verwirrt die Sprache weiter

Foto: imago images/Christian Ode

sicht äußerst umstritten“. Der Begriff reduziere den Menschen auf einen Teil seiner Biografie und sei darüber hinaus „aufgrund der Instrumentalisierung politischer Gruppen, aber auch aufgrund von medialen Wortneuschöpfungen wie ‚Flüchtlingswelle‘, stark negativ besetzt“. Als Alternative schlagen die Macher des Leitfadens vor, Vokabeln wie „Geflüchtete“, „Schutzsuchende“ oder „geschützte Personen“ zu verwenden.

Auch die Bezeichnungen „Asylant, Asylant“ und „Asylbewerberin, Asylbewerber“ sollen nach Meinung der Verfasser nicht mehr verwendet werden. Die Wörter seien irreführend, „weil ein Grundrecht auf Asyl besteht: D. h. Menschen bewerben sich nicht um Grundrechte, sondern haben sie einfach.“ Vorgeschlagen wird stattdessen der Rückgriff auf Benennungen wie „Asylsuchende“, „Schutzberechtigte“ oder „geschützte Personen“.

Auf weniger Differenzierung läuft ebenso die Empfehlung zur Bezeichnung „illegale Migrantin, illegaler Migrant“ hinaus. Zumindest aus Sicht der Autoren ist es im gesellschaftlichen Diskurs inzwischen gängiger, von illegaler oder irregulärer Migration zu sprechen. Als weitere Alternative schlagen die Verfasser „irreguläre Einreise oder undokumentierte Migrantinnen und Migranten“ vor. Als „illegal“ wird also bloß noch „irregulär“.

Alte Menschen kaum erwähnt

Aufschlussreich ist der Leitfaden im Hinblick darauf, welche Schwerpunkte der rot-rot-grüne Senat bei seinem „Diversity und Personalmanagement“ offenbar setzt: Laut offizieller Statistik ist fast jeder fünfte Berliner 65 Jahre und älter. Das Problem der Diskriminierung aufgrund des Lebensalters wird in dem Leitfaden jedoch lediglich auf zwei Seiten, ganz am Schluss, abgehandelt. In dem ohnehin

schon knapp gehaltenen Kapitel gehen die Autoren nicht nur kurz auf die Diskriminierung älterer Menschen ein, sondern auch gleich noch auf eine angebliche Jugenddiskriminierung: Angeführt werden hierzu Mindest-Altersgrenzen, die jüngeren Menschen „den Zugang zu einer beruflichen oder ehrenamtlichen Position verwehren“. Sehr viel ausführlicher, nämlich auf insgesamt 13 Seiten, beschäftigt sich der Neusprech-Leitfaden mit Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung.

Herausgegeben wurde der Leitfaden von der „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“. Die Dienststelle ist beim Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dirk Behrendt, angesiedelt. Der Berliner Grünen-Politiker war auch treibende Kraft hinter dem umstrittenen „Landesantidiskriminierungsgesetz“, das bereits im Juni in Kraft getreten ist.

VERFASSUNGSÄNDERUNG

Linksbündnis will Opposition ausschließen

Bezirksstadträte: SPD, Grüne und Linkspartei planen, das System des Parteienproporz abzuschaffen

Die rot-rot-grüne Landeskoalition von Berlin plant einen empfindlichen Schlag gegen die Rechte der Opposition auf Bezirksebene. Das Linksbündnis will die Kommunalverwaltung neu ordnen, 20 Jahre, nachdem die Berliner Bezirke per Verfassungsänderung neu geschichtet wurden.

Monika Herrmann (Grüne), Sören Benn (Linkspartei) und Frank Nägele (SPD) werben unter anderem für ein „politisches Bezirksamt“. Bislang wurden die Stadtratsposten in den Bezirken nach Proporz vergeben. Selbst in tiefroten Bezirken konnte die CDU bei einem Stimmenanteil von 15 bis 20 Prozent damit rechnen, wenigstens einen Stadtrat zu stellen, der in etwa die Funktion eines Senators auf Bezirksebene erfüllen. Bei einem „politischen“ Bezirksamt könnten die drei linken Parteien bei einer Mehr-

heit alles unter sich aufteilen. Die AfD, die in Berlin auch einige Stadträte stellt, würde natürlich ebenfalls leer ausgehen.

Die nur scheinbar sachlichen Argumente von Herrmann, Benn und Nägele, wie die Überwindung von Behördenblockaden oder Zuständigkeits-Pingpong, dürften das „schmückende Beiwerk“ sein, um der CDU eine Zustimmung für ihre Vorschläge abzuhandeln.

CDU und AfD würden verbannt

Schon vor 20 Jahren hat die CDU bei der letzten Verfassungsänderung, die sich mit den Verwaltungsbezirken befasste, schlechte Erfahrungen gemacht. Damals wurden „schwarze“ Bezirke mit „roten“ zusammgelegt. Die SPD forderte schon damals das „politische Bezirksamt“, bekam aber von der CDU immerhin das Zugeständnis, dass die Bezirksbürgermeister

durch Zählgemeinschaften bestimmt werden konnte. Zuvor stellte stets die stärkste Fraktion den Bezirksbürgermeister. Inzwischen stellt die CDU nur noch zwei von zwölf Bezirksbürgermeistern.

Der bezirkspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Stephan Schmidt, erklärte denn auch schon, dass es mit seiner Partei kein „politisches Bezirksamt“ geben werde. „Der Beitrag ist in einigen Punkten durchaus interessant, auch wenn es ja eigentlich eine immer wiederkehrende Diskussion ist.“ Bereits 2018 forderte die CDU-Fraktion in einem Papier ein „neues, bedarfsgerechtes System“ und kritisierte, dass das „Zuweisungsinstrument der Kosten-Leistungs-Rechnung in ihrer derzeitigen Ausgestaltung überholt“ sei.

Damals war Rot-Rot-Grün für diese Vorschläge nicht zu begeistern. Die von

den drei „Reformern“ geforderte Direktwahl des Bezirksbürgermeisters und die Verlängerung von dessen Amtszeit von vier auf sechs Jahre dürfte auch eher deren politischen Interessen dienen.

Die CDU verweist darauf, dass die bislang gängige Konstellation des Bezirksamts als „Kollegialorgan“ zwischen Bürgermeister und Stadträten sich bewährt habe. Sie wolle den Status quo erhalten und sehe keinen Änderungsbedarf.

Kritikern zufolge verbirgt sich hinter dem Vorstoß von Rot-Rot-Grün das Ziel, jeden oppositionellen Einfluss auszumerzen. Inhaltlich fügt sich dieser Befund in den Versuch von Innensenator Andreas Geisel (SPD), eine Demonstration wie die „Querdenken“-Kundgebung am 29. August zu verbieten mit der ausdrücklichen Begründung, dass sie der Regierungslinie seiner Partei zuwiderliefe. Frank Bücker

KOLUMNE

Auch das noch!

VON VERA LENGSELD

Die Verwahrlosung Berlins wird mit jedem Tag sichtbarer. Es sind keine sogenannten „Dreckecken, in denen sich Abfall und Sperrmüll stapeln. Auch Parks, Fußsteige, Grünanlagen, Straßen sind vermüllt. Papierkörbe quellen über oder werden mit Tritten traktiert, bis sie sich entleeren. Auch in den S- und U-Bahnen muss man aufpassen, ob man sich nicht auf eine Bananenschale, einen Apfelgribs oder einen angelutschten Bonbon setzt. Sitzt man glücklich, kann es passieren, dass eine nicht ganz ausgetrunkene Bierflasche auf die Füße zurollt. Flaschen stehen überall herum.

Dort, wo der letzte Schluck genommen wurde, wird die Flasche abgestellt. Dabei hat man das allerbeste Gewissen, denn irgendwann wird einer der zahlreichen Sammler erscheinen und sie mitnehmen, wenn sie bis dahin noch intakt ist. Und ist es nicht eine gute Tat, den armen Menschen zu ersparen, im Papierkorb nachsehen zu müssen, um an die Beute zu kommen?

Nicht nur in Problemvierteln, die illegale Abfallentsorgung hat die bürgerlichen Wohnviertel erreicht. Ich wohne in einem beliebten Kiez. Meine Nachbarn sind überwiegend rot-grüne Besserverdiener, die sich die rasant gestiegenen Quadratmeterpreise für eine Eigentumswohnung leisten können. Aber die Kinder dieses Klientels lassen ihre Bonbontüten oder Snackverpackungen auf der Straße fallen.

Ihre Eltern haben sich eine besonders perfide Art ausgedacht, unliebsamen Müll loszuwerden. Der Krempel kommt in einen großen Karton, wird mit einem Zettel „Zum Verschenken“ versehen und so kostenlos entsorgt. Manchmal dauert es Tage, bis die Müllabfuhr das mitnimmt, und bis dahin hat sich der Inhalt schon verteilt. Für den öffentlichen Raum fühlt sich der Bessermensch nicht mehr verantwortlich. Dafür ist schließlich die Stadtreinigung da. Nun hat die Stadtreinigung am vergangenen Montagmorgen für einen ganztägigen Warnstreik die Arbeit niedergelegt. Es wurden die Straßen nicht gereinigt und die öffentlichen Papierkörbe nicht geleert. Wenn der Streik richtig ausbricht, gibt es ein Desaster.

MELDUNG

Amri-Fotos liegen geblieben

Berlin – Weil eine Auswerterin des Berliner Verfassungsschutzes 2016 über längere Zeit krank war, ist Material zum mutmaßlichen Breitscheidplatz-Attentäter Anis Amri monatelang un bearbeitet liegen geblieben. Laut „Tagesspiegel“ sind im März 2017, drei Monate nach dem Anschlag vom 19. Dezember 2016, in einem Büro einer dauererkrankten Verfassungsschutzmitarbeiterin Fotos von Amri gefunden worden. Sie sollen den Tunesier im Beisein von bekannten radikalen Moslems nahe dem Moschee-Verein Fussilet 33 zeigen. Berlins Polizei war zum Zeitpunkt der Aufnahme davon ausgegangen, dass von Amri keine staatschutzrelevanten Aktivitäten ausgingen und er sich im Bereich der Allgemeinkriminalität betätigte. Im September 2016 entschloss sich die Generalstaatsanwaltschaft Berlin auf Grund dieser Annahme, umfangreichen Überwachungsmaßnahmen gegen Amri wieder einzustellen. N.H.

● MELDUNGEN

Macron verliert seine Basis

Paris – Anderthalb Jahre vor den Präsidentschaftswahlen in Frankreich befindet sich die Bewegung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron „La République en Marche“ (LREM) nach Austritten und Wahlniederlagen in einer Krise. Am 20. September erreichte bei sechs Nachwahlen für die Nationalversammlung keiner der Kandidaten der Präsidentenpartei den zweiten Wahlgang. Im Elsass stürzte Macrons Bewegung bei der Nachwahl sogar auf 3,1 Prozent ab. Bei den Parlamentswahlen 2017 hatten die „Marcheurs“ im Elsass noch mehr als 26 Prozent erzielt. Am Montag nach den Nachwahlen erklärte der stellvertretende Parteivorsitzende Pierre Person seinen Rücktritt und kritisierte, LREM sei außerstande, neue Ideen hervorzubringen oder unterschiedliche politische Sensibilitäten zusammenzuführen. Nachdem Abgeordnete des linken Parteiflügels die LREM-Fraktion verlassen hatten, verlor Macrons Partei bereits im Mai ihre absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. N.H.

Missglückte Begrünung

Chengdu – In der Hauptstadt der südwestchinesischen Provinz Sichuan leidet ein Projekt mit begrünten Wohnhochhäusern unter akutem Mangel an Bewohnern. Obwohl das Projekt Qiyi City Forest Garden mit insgesamt 826 Wohnungen bereits im April fertiggestellt wurde und alle Wohnungen verkauft sind, nutzen bislang nur zehn Familien ihre Wohnungen. Als Beitrag gegen die Luftverschmutzung in der 16 Millionen Einwohner zählenden Metropole haben die Bauherren bei dem Projekt die Balkone von acht Wohntürmen mit 20 verschiedenen Pflanzenarten begrünt. Als Folge des üppigen Begrünungsversuchs im Stil eines „vertikalen Waldes“ hat sich in dem Wohnkomplex allerdings eine Insektenplage eingestellt. Bislang sind alle Versuche, das Insektenproblem zu lösen, gescheitert, sodass potenzielle Bewohner vor einem Einzug zurückschrecken. N.H.

Clans bedrohen Schweden

Stockholm – Zwei Interviews des schwedischen Vizepolizeichefs Mats Löfving schlugen wie eine Bombe ein. Der Polizist berichtete, dass die Herrschaft zugewandter Clans über das organisierte Verbrechen in den letzten Jahren drastisch zugenommen habe. Er bezeichnete die Clankriminalität als „Systembedrohung“ für Schweden, da es auch um politische Macht gehe. Zurzeit werde geheimdienstlich verfolgt, ob Clanmitglieder auch Einfluss im Stockholmer Reichstag haben. In Sigtuna beherrschten Mafiafilz und Korruption bereits die Spitze im Rathaus. Derzeit gebe es 40 kriminelle Clans. Immer wieder kommt es zu Schießereien rivalisierender Familien in der Öffentlichkeit, bei denen es in diesem Jahr bereits 27 Tote gab. Die Anstrengungen der Polizei seien in den vergangenen zehn Jahren fehlgeschlagen. Das heißt die Diskussion um die äußerst lasche Zuwanderungspolitik der Sozialdemokraten an. Konservative verlangen eine Übernahme der sehr viel restriktiveren dänischen Ausländerpolitik. MRK



Vergangenen Sonntag in Armeniens Hauptstadt Eriwan: Sammlung von Kämpfern für ein armenisches Bergkarabach

Foto: imago images/ITAR-TASS

BERGKARABACH

Jetzt zündelt Erdoğan im Kaukasus

Hinter der aktuellen Eskalation des Konfliktes zwischen Armenien und Aserbaidschan steckt die Türkei

VON BODO BOST

Seit rund 30 Jahren schwelt zwischen Armenien und Aserbaidschan der Konflikt um die Region Bergkarabach. Seit verganginem Sonntag finden dort wieder schwere Kämpfe statt. Beide Staaten verhängen das Kriegsrecht.

Vor einem knappen Vierteljahr, am Sonntag, dem 12. Juli, war es 200 Kilometer nördlich von Bergkarabach zu gewaltsamen Grenzstreitigkeiten zwischen Armenien und Aserbaidschan gekommen, die 20 Menschenleben kosteten. Allerdings beruhigte sich nach einigen Tagen die Situation vorerst. Das Scharmützel kann im Nachhinein als eine Art Testlauf gewertet werden, für das, was inzwischen gefolgt ist. Seit damals hat sich etwas Entscheidendes verändert. Das ist der Faktor Recep Tayyip Erdoğan.

Der türkische Präsident war im Juli noch mit seinen Bohrungen und Kriegsdrohungen gegen Griechenland und Zypern im östlichen Mittelmeer beschäftigt gewesen. Damals wusste er noch nicht, wie weit er gehen kann. Allerdings hatte er schon im Juli dem Brudervolk der Aser-

baidchaner seinen totalen Beistand zugesagt. Gleich darauf begannen erstmals gemeinsame Militärmanöver der Türkei und Aserbaidschans. Und Erdoğan begann, islamische Söldner zu entsenden, die er an drei anderen Kriegsschauplätzen, auf denen er kämpft, beziehungsweise kämpfen lässt, angeworben hatte.

Seit der türkischen Invasion im nordwestsyrischen Afrin im Jahre 2018 hat Erdoğan gemerkt, dass es für ihn besser und billiger ist, radikal-islamische Söldner für sich kämpfen zu lassen. Die sind motivierter als türkische Wehrpflichtige und für deren Taten beziehungsweise Untaten kann die Türkei schwerer haftbar

Der türkische Präsident bereitet sich auf sein mittlerweile fünftes militärisches Abenteuer vor

gemacht werden. Es war also kein Wunder, dass bereits auf den ersten armenischen Bildern vom neuerlichen Kriegsschauplatz diese zumeist aus Syrien, Afghanistan oder Chinas Uigurischem Autonomem Gebiet Xinjiang stammenden radikal-islamischen Kämpfer zu sehen waren, wie sie unter der Deckung aserbaid-schanischer Panzer vorgehen.

Warnung vor einem Flächenbrand

So ist es nur konsequent, dass der armenische Premierminister Nikol Paschinjan nach der Verhängung des Kriegsrechts nicht den direkten Gegner Aserbaidschan ansprach, sondern die Türkei und sie vor einem überregionalen Flächenbrand im Kaukasus warnte. Zumindest indirekt hat der 45-Jährige auch die EU und die NATO angesprochen, die mit ihrer Ausweich- und Hinhaltenaktik in den letzten Jahren Erdoğan wiederholte Völkerrechtsbrüche hingenommen haben und ihn gewähren ließen.

Nun bereitet sich Erdoğan auf sein mittlerweile fünftes militärisches Abenteuer vor, diesmal an der türkischen Nordgrenze. Syrien, der Irak, Nordzypern und Libyen scheinen dem groß-

machtsüchtigen Alleinherrscher am Bosphorus nicht mehr zu genügen. Nun will er, wie er durch seinen Pressesprecher ankündigen ließ, „aserbaidschanisches Land“ in Bergkarabach zurückerobern.

Dass dieses vom sowjetischen Diktator Josef Stalin einst Aserbaidschan zugesprochene Land seit Jahrhunderten Reich bei der Vertreibung und Ermordung der Armenier interessiert hatte, dass diese Armenier viel länger in Anatolien gesiedelt hatten als die Türken.

Die beiden Kaukasusstaaten Armenien und Aserbaidschan befinden sich seit fast 30 Jahren in einem Konflikt um die Kontrolle über die Region Bergkarabach. Pro-armenische Rebellen brachten das Gebiet beim Zerfall der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre unter ihre Kontrolle und erklärten nach einer Volksabstimmung das Gebiet für unabhängig. Diese Unabhängigkeit wird aber bislang nur von Armenien anerkannt. Bei den Kämpfen um Bergkarabach starben bis 1994, als ein Waffenstillstand dem Sterben ein vorläufiges Ende setzte, rund 30.000 Menschen.

ITALIEN

Priestermord löst Trauer und Protest aus

Ausreisepflichtiger Asylsucher aus Tunesien erstach Obdachlosenseelsorger im lombardischen Como

Die für das Opfer tödliche Messerattacke eines ausreisepflichtigen Asylsuchers aus Tunesien auf den in Italien bekannten Obdachlosenseelsorger Don Roberto Malgesini in Como hat im ganzen Land hohe Wellen geschlagen. Zur Beerdigung kam nicht nur der Bischof von Como, sondern auch der für die Obdachlosenseelsorge der Weltkirche zuständige Kardinal Richard Krajewski als Vertreter von Papst Franziskus.

Der 51-jährige Priester war vier Tage zuvor vom 53-jährigen Ridha M. auf offener Straße im Stadtzentrum von Como mit Messerstichen getötet worden, als er gerade Frühstück an Bedürftige verteilte.

Laut der katholischen Diözese litt M. an psychischen Störungen. Die Polizei bestätigte diesen Befund jedoch nicht.

Anhörung im römischen Parlament

M., der sich nach der Tat der Polizei stellte, lebte seit 2014 ohne Aufenthaltstitel in Italien. Sein späteres Opfer hatte ihn oft mit Lebensmitteln versorgt und ihm ein Obdach besorgt. Die beiden kannten sich ziemlich gut. Das Tatmotiv bestand möglicherweise darin, dass M. dem Priester eine Mitschuld an der ihm vermeintlich bevorstehenden Abschiebung gab.

Trauer und Entrüstung in Italien vermischten sich. Noch am Tatabend lud

Ortsbischof Oscar Cantoni, der ein Freund des ermordeten Priesters war, Menschen in die Kathedrale von Como, um für den getöteten Priester und dessen Mörder zu beten. Cantoni bezeichnete Malgesini als „Märtyrer der Nächstenliebe“. Die italienische Bischofskonferenz würdigte ihn als eine Art „Heiliger von nebenan“. Papst Franziskus betete in seiner Generalaudienz am Tag nach der Tat für das Mordopfer und alle, die sich für die Bedürftigen und an den Rand der Gesellschaft gedrängte Menschen einsetzen. Zu seiner Beerdigung verfasste der Papst ein Schreiben, das am Ende verlesen wurde.

Der Mord sorgte auch für hitzige politische Diskussionen in Italien und über Italien hinaus. Die lombardische 85.000-Einwohner-Stadt liegt im Stammland der rechten Lega. Deren Chef Matteo Salvini twitterte: „Ein Priester ist von einem der zu vielen illegalen Migranten erstochen worden, die irregulär in diesem Land sind und nach Hause geschickt werden sollten.“

Die Lega beantragte wegen des Mordes eine Anhörung im römischen Parlament. Die Innenministerin solle sagen, wie viele illegale Migranten sich in Italien und in Como aufhalten und warum sie nicht außer Landes gebracht werden. B.B.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Neben „Bullen“ und „Bären“ tummeln sich an den Aktienmärkten auch noch Vertreter einer dritten Spezies, welche sehr viel seltener im Rampenlicht auftauchen, nämlich die „Wale“. So werden Investoren genannt, die unter der Oberfläche agieren, aber beachtliche Wellen erzeugen.

Einer dieser „Wale“ scheint der japanische Großkonzern Softbank zu sein, wie Recherchen der „Financial Times“ und des „Wall Street Journal“ ergaben. Der Telekommunikations- und Medienkonzern war zeitweise das zweitgrößte börsennotierte Unternehmen in Japan nach Toyota. 2018 erzielte er einen Nettogewinn von 9,18 Milliarden US-Dollar. Für 2019 wies der Geschäftsbericht dann allerdings Verluste in Höhe von 13,5 Milliarden aus. Schuld daran war die Investitionsabteilung des Konzerns, deren 100-Milliarden-Dollar-Risikokapitalfonds Vision Fund weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Dadurch sank der Softbank-Aktienkurs seit Anfang 2020 um rund zwölf Prozent.

Angesichts dessen hat Softbank Investments nun offensichtlich versucht, die Einbußen des Vorjahres wettzumachen. Dabei bedienen sich die Japaner der Technik des sogenannten Pump and Dump (aufpumpen und wegwerfen). Die besteht im Grundsatz darin, in kurzer Zeit auf möglichst unauffällige Weise große Mengen Aktien von bestimmten Unternehmen zu erwerben und die Kurse so für einige Tage künstlich aufzublasen (Pump). Und wenn die Börsennotierungen dann ausreichend hoch sind, werden die Wertpapiere umgehend wieder abgestoßen, bevor andere Marktteilnehmer das Gleiche tun (Dump).

Gefahr eines globalen Kurseinbruchs

Als Vehikel für diese Kursmanipulation wählte Softbank Investments Aktien von prominenten Großunternehmen wie Amazon, Google, Microsoft und Tesla. Die erlebten im September abrupte Kurs sprünge von zunächst bis zu plus 27 und dann bis zu minus 21 Prozent, während der Markt sonst eher passiv blieb.

Das Bemerkenswerte dabei ist, dass die japanischen Finanzjongleure letztlich wohl nur etwa vier Milliarden US-Dollar einsetzten, was angesichts des erzielten Effekts eine verblüffend geringe Summe war. Daher lief das Ganze wahrscheinlich so ab: Statt in großem Umfang regulär Aktien der genannten Börsenschwergewichte zu erwerben, kaufte Softbank lediglich Optionen auf die Wertpapiere.

Solche Optionsscheine berechtigen dazu, bestimmte Aktien später zu einem vorher festgelegten Preis zu erhalten. Das ist quasi eine Wette des Käufers darauf,



Filiale in der japanischen Stadt Ibaraki: Softbank

Foto: Kirakirameister

SOFTBANK

Wie die Japaner den Aktienmarkt manipulierten

Nippons zeitweise zweitgrößtes börsennotiertes Unternehmen bediente sich der Technik des „Pump and Dump“

dass der Kurs über die vereinbarte Marke steigt. Der Vorteil besteht darin, dass der Einsatz pro Option gar nicht sonderlich hoch zu sein braucht, denn Optionsscheine sind sogenannte Hebelprodukte.

Sie reagieren auf die Schwankungen des Aktienwertes nach oben oder unten nicht im Verhältnis Eins zu Eins, sondern – je nach vereinbartem Hebel – gleich ein Mehrfaches. Liegt der Hebel also beispielsweise bei Zehn, müssen vom Verkäufer der Option auch Aktien im zehnfachen Wert bereitgestellt werden, wenn der Preis der echten Aktie hochgeschneit ist. Dahingegen verzehnfachen sich die Verluste des Käufers bei Kursabstürzen.

Dass der Kurs der fraglichen Börsentitel tatsächlich kräftig anstieg, resultierte zunächst daraus, dass die verschiedenen Options-Vekäufer diese am Stichtag auch in ausreichender Menge vorrätig haben mussten. Also begannen sie sich vorsorglich mit den Wertpapieren einzudecken. Und das verstärkte dann die Welle, die der „Wal“ Softbank ausgelöst

Dank „aufpumpen und wegwerfen“ dürfte die Softbank-Bilanz dieses Jahr deutlich besser ausfallen als 2019

LUFTHANSA

Kranich im Sinkflug

Die Sorgen um die größte deutsche Fluggesellschaft nehmen zu – Massiver Stellenabbau geplant

Als die Corona-Pandemie den internationalen Luftverkehr weitgehend lahmlegte, war die Lufthansa einer der ersten Großkonzerne, der Alarm schlug. Der Staat sprang als Kreditgeber ein und hoffte, das Unternehmen würde auf einen rabiaten Stellenabbau verzichten. Nun steht fest, dass sich beide Seiten verrechnet haben.

Die Lufthansa benötigte im Frühjahr schnell frisches Geld. Das bekam sie allerdings zu ungünstigen Konditionen. Die stille Einlage von knapp sechs Milliarden Euro muss in den ersten zwei Jahren mit vier Prozent verzinst werden und danach schrittweise mit bis zu neun Prozent. In Zeiten von Negativ-Zinsen für den Geldgeber eigentlich ein luk-

rativ erscheinendes Geschäft, das Arbeitsplätze sichern sollte.

Doch die Geschäfte laufen derzeit nur unwesentlich besser und die finanziellen Belastungen sowie der Sinkflug der Aktie verunsichern das Unternehmen. Die Folge ist, dass 150 der noch 760 Flugzeuge dauerhaft stillgelegt werden. Nach Verhandlungen mit dem Bund als Kreditgeber wurde zugesichert, dass nicht mehr als 22.000 Stellen möglichst sozialverträglich abgebaut werden. Mittlerweile sagen immer mehr Branchenkenner, das reiche nicht. Noch schweigt sich der Konzern aus, aber durchgesickert ist, dass es 26.000 der weltweit noch rund 180.000 Arbeitsplätze kosten könnte.

„Die Aussichten für den internationalen Luftverkehr haben sich in den vergangenen Wochen deutlich eingetrübt“, teilte die Lufthansa in der vergangenen Woche knapp mit. Für das vierte Quartal hatte der Konzern ursprünglich mit rund 30 bis 40 Prozent der Vorjahresbuchungen gerechnet, mittlerweile geht man nicht einmal mehr von einem Viertel aus.

Staatshilfe bald aufgebraucht

Die „Badische Zeitung“ berichtet, die Lufthansa machte derzeit alle eineinhalb Stunden rund eine Million Euro Miese. Setze sich dieser Trend fort, seien die Staatshilfen, an denen neben der Bundesrepublik Deutschland auch Österreich, die Schweiz und Belgien beteiligt

hatte. Plötzlich wollten unzählige Anleger auf den fahrenden Zug aufspringen und es wurde gekauft und gekauft.

Nach Schätzungen von Börsenanalysten kam der japanische Konzern durch den Kursanstieg und die Hebelwirkung seiner Optionsscheine an Aktien im Wert von 50 Milliarden Dollar, die er umgehend wieder abstieß. Damit dürfte die Softbank-Bilanz 2020 deutlich besser ausfallen als 2019.

Beunruhigend an dem Ganzen ist, dass auf ähnlich gezielte Weise auch ein Kursverfall erzeugt werden kann, weil gewieft Investoren daraus gleichermaßen Profit zu schlagen vermögen. Das würde zwar zunächst nur einzelnen Aktien schaden, birgt aber darüber hinaus die Gefahr eines allgemeinen Kurseinbruchs mit verheerenden weltwirtschaftlichen Folgen. Dabei steigt die Wahrscheinlichkeit, dass es dazu kommt, mit anhaltend hohen Kursen, weil diese die Pump-and-Dump-Strategie erschweren. Denn die erfordert ausreichend Spielraum nach oben.

● MELDUNGEN

Einbruch bei den Löhnen

Wiesbaden – Das Statistische Bundesamt hat im zweiten Quartal die bislang stärkste Abnahme der Nominalwerte der Reallöhne gegenüber dem Vorjahreszeitraum seit dem Jahre 2007 festgestellt. Nach Angaben des Bundesamtes lagen die Bruttolöhne im zweiten Quartal um vier Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Da im selben Zeitraum die Verbraucherpreise um rund 0,7 Prozent zulegten, ergibt sich für die Beschäftigten ein realer Verdienstrückgang von 4,7 Prozent. Die Abnahme fiel damit stärker aus als in der Finanzmarktkrise 2008/2009. Als Hauptgrund für die auffallend negative Lohnentwicklung im zweiten Quartal 2020 führen die Statistiker die verkürzten Arbeitszeiten im Laufe der Corona-Pandemie an. Für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer ermittelt das Bundesamt im zweiten Quartal eine bezahlte Wochenarbeitszeit von durchschnittlich nur 36,8 Stunden. N.H.

Erst 35 Prozent Hilfe bewilligt

Berlin – Wie die Bundesregierung mitteilt, haben bis zum 20. August 38.592 kleine und mittelständische Unternehmen Anträge auf Corona-Überbrückungshilfe in einer Gesamthöhe rund 709 Millionen Euro gestellt. An Finanzhilfen bewilligten die Bundesländer bislang jedoch erst gut ein Drittel, rund 248 Millionen Euro. Mit der Corona-Überbrückungshilfe will die Regierung Unternehmen unter die Arme greifen, die besonders hart von den Lockdown-Maßnahmen im April und Mai betroffen waren. Um eine zielgenaue und missbrauchssarme Vergabe der öffentlichen Mittel zu erzielen, können die Anträge nur von Steuerberatern sowie Buch- und Wirtschaftsprüfern gestellt werden. Lediglich bei Fördersummen unter 15.000 Euro wird eine Plausibilitätsprüfung auf Widersprüche oder Falschangaben durchgeführt, um die Kosten gering zu halten. MRK

Buntstifte wieder gefragt

Nürnberg – Der fränkische Stiftehersteller Staedtler verzeichnet einen Nachfrageboom bei Produkten für kreatives Gestalten. Gefragt seien vor allem Stifte zum Malen, Skizzieren und Gestalten. Zwar hätten Homeoffice und schlechte Konjunkturaussichten infolge des Corona-Lockdowns den Verkauf von Büromaterial gebremst, man sei aber besser als erwartet durch die Krise gekommen, da die Menschen wieder mehr Zeit für kreative Hobbys hatten. Die Fertigungskapazitäten reichten kaum aus, um die aktuelle Nachfrage zu befriedigen, sagte Staedtler-Geschäftsführer Karl-Heinz Raue. Dass trotz Digitalisierung auch heute noch Farbstifte im Büro verwendet werden, bestätigte der Textmarker-Hersteller Stabilo. Das Familienunternehmen Faber-Castell verzeichnet ebenfalls eine höhere Nachfrage nach kreativen Produkten, ist aber wegen seines Engagements in Lateinamerika, wo ein Ende der Krise noch lange nicht in Sicht ist, besonders von Umsatzrückgängen betroffen. MRK

Peter Entinger

KOMMENTARE

Es kann nicht gutgehen

HANS HECKEL

Die dramatische Lage der Lufthansa (siehe Seite 7) steht beispielhaft für zahllose Unternehmen weltweit, die in der Corona-Krise unverhofft in Existenznot geraten sind. Sie deckt aber auch eine Illusion auf, in die sich Politiker, Ökonomen und Normalbürger geflüchtet haben. Diese Illusion besteht in dem Glauben, dass man nur „genug Geld in die Hand nehmen“ müsse, um eine leidende Volkswirtschaft in Schwung zu bringen.

Das Beispiel Lufthansa bestätigt dagegen die alte Wahrheit, dass man „Wohlstand nicht drucken kann“, indem man einfach Milliarden über Milliarden aus dem Hut zaubert. Wohlstand und Wachstum entstehen nur aus echter wirtschaftlicher Aktivität, welche Mehrwert am realen Markt schafft. Alles andere sind Tricks, die bestenfalls für einen kurzen Zeitraum wirken, in dem sie durchaus sinnvoll sein können. So spricht derzeit vieles dafür, eine Fluggesellschaft, welche eine nationale Bedeutung genießt wie die Lufthansa, auch

mittels staatlicher Hilfszahlungen zu retten. Doch eine durchideologisierte Politik ist längst viel weiter und träumt davon, die Corona-Krise dafür zu nutzen, die Wirtschaft durch einen Zangenangriff aus Vorschriften und Subventionen politisch auf Kurz zu zwingen in Richtung eines „Green Deals“.

Im Zuge dessen wird es für Unternehmen wie etwa Autohersteller oder Stromerzeuger immer wichtiger werden, ob sie den politischen Vorgaben genügen als die Frage, ob ihre Produkte wirklich markttauglich sind. Damit aber wird reale Unwirtschaftlichkeit zum Programm, und die daraus resultierende Ineffizienz der Unternehmen zwingt die öffentliche Hand zu immer neuen, immer teureren Eingriffen.

Die Erfahrungen aller sozialistischen Experimente zeugen davon, wo dies endet: im allgemeinen Bankrott. Hinzu kommt, dass die Schöpfung von immer mehr ungedecktem Geld, das zur wachsenden Dauersubventionierung nötig ist, den Geldwert untergräbt. So werden auch einfache Bürger zum unmittlerbaren Opfer.

Warum Putin schweigt

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Nachdem es vier Jahre lang ruhig in der Region Bergkarabach war, ist scheinbar über Nacht ein neuer bewaffneter Konflikt ausgebrochen (siehe Seite 6). Während der türkische Präsident Erdoğan dem „brüderlichen Aserbaidschan“ mit „allen Ressourcen und aus vollem Herzen“ Unterstützung zusagte, reagiert der russische Präsident auffallend zurückhaltend. Warum schweigt Putin angesichts einer solchen Provokation?

Manchmal ist es besser, sich aus Streitigkeiten herauszuhalten. So mag Wladimir Putin augenblicklich auch denken angesichts der vielen Probleme, mit denen er sich herumschlagen muss: die anhaltenden Proteste im eigenen Land, die Nawalnyj-Vergiftung, der schwankende Nachbar in Weißrussland, EU-Sanktionen und nicht zuletzt das drohende Aus für das Prestigeobjekt Nord Stream 2. Der Karabach-Konflikt kommt also alles andere als gelegen.

Eigentlich müsste die russische Armee aufgrund der Mitgliedschaft Armeniens in einem von Russland dominier-

ten Militärblock dem kleinen Land als Schutzmacht beistehen, aber Putin pflegt seit Jahren gute Beziehungen sowohl zu Aserbaidschan und Armenien, Waffenlieferungen inklusive. Bislang ist es Russland gelungen, allzu enge Beziehungen des Aserbaidschaners Ilham Alijew zur Türkei zu verhindern, doch in letzter Zeit sucht dieser deren Nähe.

Alijew soll innenpolitisch zunehmend unter Druck geraten. Dieses Schicksal teilt er mit dem armenischen Gegner Nikol Paschnjan. Traditionell stand Russland den christlich-orthodoxen Armeniern näher. In der Gebirgsregion Bergkarabach leben nur 150.000 Menschen, von denen die Mehrheit Christen sind. Gegen den armenischen Präsidenten gibt es seitens Putins jedoch Vorbehalte, da dieser im Gegensatz zu seinem Vorgänger einen zu unabhängigen Kurs verfolgt. Mit einem Krieg gegen Aserbaidschan wolle er nur von innenpolitischen Problemen ablenken, mutmaßt man in Moskau. Zudem hat Putin wenig Interesse, die Türkei als wichtigen Partner in Syrien und als Abnehmer von Öl und Gas zu verlieren.



Steht beispielhaft für das kulturelle Erbe des deutschen Ostens: Immanuel Kant

Foto: action press

ZWISCHENRUF

Geschichtsvergessen

KLAUS WEIGELT

Bereits seit dem 9. November vergangenen Jahres finden bundesweit Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit statt. Sie werden am 3. Oktober dieses Jahres in Potsdam beendet. Gefei-ert wird die Vereinigung der DDR mit Westdeutschland im Jahre 1990 und damit die Befreiung von 17 Millionen Deutschen aus der Diktatur des SED-Unrechtsstaates. Das ist ein Anlass zu großer Freude.

Für einen Königsberger und Ostpreußen mischt sich in diese Freude ein Wermutstropfen. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde festgeschrieben, was für den Kenner bereits seit der Konferenz von Teheran 1943 Faktum war: die Abtretung des damaligen deutschen Staatsgebietes jenseits von Oder und Neiße an Polen und die Sowjetunion.

Der Staat Preußen wurde von den Alliierten 1947 aufgelöst. Königsberger kommen also in der deutschen Einheit nicht mehr vor: Ihre Stadt liegt heute auf russischem Hoheitsgebiet.

Im Hinblick auf ihre eigene Heimat sehen viele Ostdeutsche das ebenso. Nicht wegen der territorialen Amputation des deutschen Staatsgebietes. Diese war

nach allem, was das Deutsche Reich zwischen 1933 und 1945 angerichtet hatte, eine schmerzliche Folge.

Was nicht akzeptiert werden kann, ist die aus Unkenntnis oder mangelndem Patriotismus hingegenommene geistige, historische und kulturelle Amputation: Die in Jahrhunderten erbrachten Leistungen der

Tatsache, dass man sich nicht mehr ausreichend für die geistigen, historischen und kulturellen Leistungen des deutschen Ostens interessiert. Deswegen spielt dieses Thema bei den Einheitsfeierlichkeiten leider keine Rolle.

Das größte Opfer, das für die Einheit erbracht wurde, wird ausgegrenzt: der Verzicht auf das zu Deutschland gehörende kulturelle Erbe des deutschen Ostens.

Es schmälert die Freude an der Einheit, und es würde die Freude an der Einheit vergrößern, wenn bei den Feiern auch der großen Leistungen gedacht würde, die über Jahrhunderte im Osten von und für Deutschland erbracht wurden und bis heute Bestand haben.

Da geht es nicht nur um den aus Königsberg stammenden Weltweisen Immanuel Kant, sondern auch um die Lieder aus dem Dichterkreis um Simon Dach, wie „Macht hoch die Tür“ oder „Mit Ernst, o Menschenkinder“, die in der Advents- und Weihnachtszeit gesungen werden und die erstmals vor Jahrhunderten im Königsberger Dom erklingen sind. Und vieles andere mehr.

Aber ein Erinnern geschieht nicht.

● Der Autor ist Präsident der Stiftung deutsche Kultur im östlichen Europa – OKR.

Das größte Opfer, das für die Einheit erbracht wurde, wird ausgegrenzt: der Verzicht auf das kulturelle Erbe des deutschen Ostens

Deutschen in Pommern, Ost- und Westpreußen, Ostbrandenburg und Schlesien werden zunehmend dem Vergessen anheimgegeben.

Diese „Geschichtsvergessenheit“ wurde den Deutschen von niemandem aufgezungen. Sie ist vielmehr die Folge der

PORTRÄT

Der Anti-Söder

Unter den Ministerpräsidenten der Bundesländer ist Reiner Haseloff so etwas wie der Anti-Söder. Anders als der bayerische Landeschef fährt Sachsen-Anhalts Landesvater in Sachen Corona eine eher sanftere Linie. Bußgelder für Maskenverweigerer und weitere Corona-Verschärfungen? Nicht mit ihm!

Diesen von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragenen Kurs verteidigt er sogar gegenüber seiner Parteifreundin und Kanzlerin Angela Merkel, die beim Kampf gegen die Pandemie über einen bundeseinheitlichen Maßnahmenkatalog beraten ließ. Bloß nicht alle über einen Kamm scheren, lautet Haseloffs Devise. Solange sein Bundesland das zweitniedrigste Infektionsgeschehen der Republik hat, will er „nicht den Hammer schwingen“.

Mit einer rigiden Gangart will sich Haseloff außerdem nicht unbeliebt machen. Obwohl er bereits 66 Jahre alt ist, hat er jüngst angekündigt, dass er im Juni 2021 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt noch einmal als CDU-Spitzenkandidat antreten will. Einen Generationen-

wechsel wird es dann noch nicht geben. Mit der gegenwärtigen „Kenia-Koalition“ von CDU, SPD und den Grünen, die er recht gut im Griff hat, soll es nach den kommenden Wahlen vorbei sein. Haseloff macht keinen Hehl daraus, dass er am liebsten ohne die Grünen regieren würde.

Damit hofft er gegen den Trend, der die Grünen derzeit vor der SPD sieht. Aber Haseloff ist schon immer seinen eigenen Weg gegangen. Der bei Wittenberg geborene „Ossi“, der nach dem NVA-Dienst erst Physik studierte, danach auch lehrte und von 1992 bis 2002 Direktor des Arbeitsamtes Wittenberg war, trat schon 1976 in die Ost-CDU ein. Als Nachfolger von Wolfgang Böhmer ist er seit 2011 Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt und noch lange nicht amtsmüde. H. Tews



FOTO: IMAGO IMAGES/POLITICAL-MOMENTS

Will verlängern: Reiner Haseloff

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommer-sche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

VON VEIT-MARIO THIEDE

Zu Blicken hinter die Kulissen der Macht lädt das Landesmuseum Mainz ein. Fünf Kaiser spielen die Hauptrollen. Päpste treten auf. Und die Bischöfe und Fürsten des Heiligen Römischen Reiches reden ein gewichtiges Wörtchen mit. In der rheinland-pfälzischen Landesausstellung geht es nämlich bis zum 18. April 2021 um die „Kaiser und die Säulen ihrer Macht“. Sie gebietet über 330 glanzvolle Exponate.

Die Landesausstellung umspannt einen Zeitraum von 500 Jahren und präsentiert die Rheinregion als wichtigen Schauplatz der mittelalterlichen Geschichte. Dass das so war, unterstreichen 26 korrespondierende Stätten in Rheinland-Pfalz und den angrenzenden Bundesländern. So widmet sich die Kaiserpfalz in Ingelheim dem Thema „Mittelalterliche Paläste und die Reisewege der Kaiser“. Neueste Forschungsergebnisse präsentiert das Binger Museum am Strom in der Schau „Die Kaiserflüsterin: Hildegard von Bingen trifft Friedrich I. Barbarossa“.

Einbezogen sind auch authentische Orte der Geschichte wie die Reichsburg Trifels, auf der einst die Reichsinsignien aufbewahrt wurden, und der fast 1000 Jahre alte Dom zu Speyer, in dessen imposanter Krypta acht römisch-deutsche Kaiser und Könige ruhen.

Erstes Exponat der Mainzer Landesausstellung sind Thronlehnen aus der Goslarer Kaiserpfalz. Diese auf 1060 bis 1080 datierten Bronzegüsse gelten als Spitzenprodukte ihrer Zeit – und taten letztmals vor fast 150 Jahren als Symbole der Macht ihren Dienst. Bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages 1871 schmückten sie den Thron Kaiser Wilhelms I., um ihn als Nachfolger der Herrscher des Heiligen Römischen Reiches zu inszenieren. Den nächsten Ausstellungskapiteln stehen einige dieser Kaiser vor.

Als erster tritt Karl der Große auf. Er ließ sich anno 800 von Papst Leo III. zum Kaiser krönen. Hauptfigur des folgenden Kapitels ist Heinrich II. (regierte 1002–1024). Wie seine Vorgänger setzte er nach Gutdünken Päpste und Bischöfe ein und ab. Das aber ließen sich die Päpste bald



FOTO: RADEBRUNECKY, AUSSTELLUNGSGESTALTUNG HOLZER ARCHITECTUREN

Die sieben Säulen des Heiligen Reichs

Das Herrschaftssystem und das „Grundgesetz“ der römisch-deutschen Kaiser – Das Landesmuseum Mainz stellt mit glanzvollen Exponaten die Machtgrundlagen des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation vor

nicht mehr gefallen. Ihr neues Selbstbewusstsein machte den mit dem Kirchenbann belegten Heinrich IV. (reg. 1050–1106) und seinem Sohn Heinrich V. (reg. 1105/06–1125) schwer zu schaffen. Auch Friedrich I. Barbarossa musste klein beigeben und sich im Frieden von Venedig 1177 Papst Alexander III. unterwerfen. Der letzte Akt spielt im Jahre 1356. In ihm treten die Träger einer neuen Würde in Erscheinung: die sieben Kurfürsten.

Zwei Goldene Bullen ausgestellt

Bernd Schneidmüller ist der wissenschaftliche Leiter der Ausstellung. Er erläutert deren Kernbotschaften: „Zum Glanz der Herrscher tritt in der Mainzer Ausstellung die Kraft der Untertanen. Gelungene Königs- oder Kaiserherrschaft erforderte die Einbindung von Geistlichkeit und Adel.“ Das wusste schon Karl der Große, wie aus seiner „Admonitio generalis“ (Anfang 9. Jh.) hervorgeht. In diesem

Erllass erklärt er das harmonische Zusammenwirken von geistlicher und weltlicher Macht zum Grundpfeiler des karolingischen Herrschaftssystems.

Im Gegensatz zu den karolingischen Herrschern gingen die römisch-deutschen Könige und damit Anwärter auf die Kaiserwürde aus einer „Wahl“ hervor: Die „Großen“ des Reiches, also Adlige und hohe Geistlichkeit, einigten sich auf ihren Herrscher. Der gebot jedoch nicht mit absoluter Macht über das Reich, sondern bewegte sich in einem spannungsvollen Machtgefüge mit Bischöfen, Fürsten, Ritzern und Vertretern der Städte. Nur im Konsens mit diesen „Säulen“ gelang den Herrschern die erfolgreiche Ausübung der Macht. Allerdings waren 90 Prozent der Bevölkerung von der Mitsprache ausgeschlossen, wie Schneidmüller betont.

Die Schau bietet eine einmalige Zusammenführung herausragender Buchmalereien, Goldschmiedearbeiten, Elfen-

beinschnitzereien und anderer Unikate des Mittelalters. Der „Codex Egberti“ etwa gilt als unübertroffener Höhepunkt der Buchkunst um das Jahr 1000 herum. Präsentiert wird das in Purpur und Gold ausgeführte Stifterbild des Trierer Erzbi-



FOTO: ÖSTERREICHISCHES STAATSBÜCHER

Mainzer Exemplar der Goldenen Bulle. In der Ausstellungsansicht ganz oben: Das Reichskreuz König Rudolfs von Rheinfelden, das sogenannte Adelheidkreuz

schofs Egbert, Berater der Kaiser Otto I. und Otto II. Weltgeschichte wird in der „Vita der Markgräfin Mathilde von Canossa“ (1234) erzählt. Die aufgeschlagene Seite zeigt die thronende Mathilde. Neben ihr sitzt Hugo von Cluny, Taufpate und Fürsprecher Heinrichs IV., der demütig unterhalb Mathildes kniet. Sie vermittelte beim Gang des gebannten Herrschers nach Canossa erfolgreich zwischen ihm und Papst Gregor VII.

Ein weiteres Glanzlicht ist die aus konservatorischen Gründen nur äußerst selten ausgestellte „Große Heidelberger Liederhandschrift Codex Manesse“ (um 1300, Nachträge bis etwa 1340). Die aufgeblätterte Seite zeigt den thronenden Kaiser und Gedichtautor Heinrich VI., der statt des Reichsapfels eine noch unbeschriebene Pergamentrolle präsentiert.

Zum Schluss erlebt man den ehemaligen Zinnschmuck eines Mainzer Kaufhauses auf der Ausstellungsbühne. Diese Steinreliefs stellen den König und späteren Kaiser Ludwig IV. sowie den König von Böhmen, den Markgrafen von Brandenburg, den Herzog von Sachsen, den Pfalzgrafen bei Rhein und die Erzbischöfe von Mainz, Trier und Köln dar (Mainz, um 1317 oder 1330–1340).

Die Festlegung auf gerade diese weltlichen und geistlichen Fürsten ist bemerkenswert. Denn genau sie werden erst Jahre nach der Entstehung der Reliefs in der 1356 von Kaiser Karl IV. erlassenen „Goldenen Bulle“ zu den sieben Kurfürsten ernannt. Ausgestellt sind die Exemplare für die Erzbischöfe von Köln und Mainz. Dieses „Grundgesetz“ des Heiligen Römischen Reiches regelte die Wahl des Königs durch die als „die festen Grundpfeiler des Reiches und dessen unverrückbare Säulen“ bezeichneten sieben Kurfürsten. Schneidmüller merkt an: „Die Gründe, warum die Kurfürstenwürde nur an diese sieben Herrschaftsträger fiel, zählen zu den größten Rätseln der deutschen Geschichte.“

● **Landesmuseum Mainz**, Große Bleiche 49–51, geöffnet Dienstag 10 bis 20 Uhr, Mittwoch bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 12 Euro, termingebundene Kartenbuchung online unter: www.kaiser2020.de

JUBILÄUM

Das Piranesi-Prinzip

Die Kunstwelt feiert in diesen Tagen den 300. Geburtstag von Giovanni Battista Piranesi. Der geniale Architekturmaler wurde am 4. Oktober 1720 unweit von Treviso in Venetien geboren. Anders als sein wesensverwandter venezianischer Kollege und Zeitgenosse Giovanni Antonio Canal, der unter anderem die als „Canaletto-Blick“ berühmte Stadtsicht von Dresden malte, stach Piranesi seine Veduten auf Kupfer. Bekannt wurde er zudem durch seine völlig frei erfundenen architektonischen Bauten und geradezu kafkaesk anmutenden Kerker, den „Carceri“. Eine Auswahl aus seinem Werk zeigt die Kunstbibliothek im Berliner Kulturforum vom 4. Oktober bis 7. Februar unter dem Titel „Das Piranesi-Prinzip“. Im Mittelpunkt stehen dabei Piranesi Meisterstiche, Bücher, Streitschriften, satirische Bilder und noch nie gezeigte Handzeichnungen aus den Beständen der Kunstbibliothek und des Kupferstichkabinetts. Überdies erscheint im E.A. Seemann Verlag ein reich bebildeter Ausstellungskatalog (27 Euro). *H. Tews*

FRÜHE FERNREISENDE

Sie waren dann mal weg

Die Deutschen auf Wallfahrt – Pilger-Ausstellung in Lüneburg

Eine Doppelausstellung in Lüneburg und Stade widmet sich den nach Einführung der Reformation schnell in Vergessenheit geratenen norddeutschen Wallfahrtsorten und Menschen, die in früheren Jahrhunderten mit Umhängetasche, Wanderstab und Pilgerhut Fernwallfahrten absolvierten. Ab dem 3. Oktober werden im Stader Museum Schwedenspeicher „Wege in den Himmel“ vorgestellt.

Bereits eröffnet und noch bis 1. November zu sehen ist „Von Lüneburg an das Ende der Welt“. Mit Hilfe von 80 Kunstwerken, Pilgerzeichen und Dokumenten schildert sie im Museum Lüneburg Reisen und Reisende zu den drei bedeutendsten christlichen Wallfahrtsorten: Santiago de Compostela, Rom und Jerusalem.

Die Schau beginnt mit dem „Pilgerbrief des Santiago-Wallfahrers Erik aus Schmalenfleth“ (1517), erteilt vom Prior des Karmeliterklosters Atens. Solch einen Brief besorgte sich jeder Pilgerwillige bei seinem Ortsgeistlichen, bevor er sich auf Fernwallfahrt begab. Der Prior bescheinigte Erik, ein wahrhaftig Gläubiger zu sein. Man solle ihn durch Almosen unterstützen, falls er darum bittet. Aus dem

Brief geht überdies hervor, dass sich Erik von der Pilgerreise die Vergebung seiner Sünden erhoffte und sie dem Seelenheil seiner Eltern zugutekommen sollte.

Ein unscheinbares, aber bemerkenswertes Gebetbuch weist die Besucher auf die „geistige“ Wallfahrt der Nonne Adelheid hin. Reales pilgern war ihr verwehrt,



FOTO: MUSEUMSSTIFTUNG LÜNEBURG

Stets mit Wanderstab: Junge Pilgerin

da sie wegen ihres Gelübdes das Kloster Medingen nicht verlassen durfte. In ihr Gebetbuch schrieb sie um 1500 Andachtsübungen, bei denen sie in Gedanken alle Altäre Santiago de Compostelas besuchte, um ihren „herzallerliebsten Apostel“ Jakobus den Älteren zu verehren.

Das Jakobus-Grab in der Kathedrale ist das Hauptziel der Santiagopilger. Zeichen der absolvierten Wallfahrt ist die Jakobsmuschel. Mitbringsel aus Rom von den Fahrten zu den Gräbern von Petrus und Paulus in der Peterskirche sind Pilgerzeichen, welche die beiden Apostelfürsten in Halbfigur zeigen. Im Heiligen Land hingegen gab es keine Pilgerzeichen zu kaufen. Stattdessen boten die für die Betreuung und Beherbergung zuständigen Franziskaner kleine Modelle der heiligen Bauten von Jerusalem feil. Ausgestellt sind das „Haus des Pilatus“ und die „Heilig-Grab-Kapelle“. *V.-M. Thiede*

● Bis 1. November im Museum Lüneburg, Willy-Brandt-Straße 1, und vom 3. Oktober bis 14. Februar 2021 im Museum Schwedenspeicher von Stade, Wasser West 39, Internet: www.pilgerspuren.de

● MELDUNGEN

Piano-Olymp

Bad Kissingen – Wie viele andere Musikfeste wurde auch der diesjährige Kissingener Sommer pandemiebedingt abgesagt. Der Kissingener KlavierOlymp, der als Karriere-Sprungbrett für junge Pianisten gilt, findet aber dieses Wochenende statt. Karten für die sechs Rezitale und das Finalkonzert im Max-Littmann-Saal des Kissingener Regentenbaus: www.kissingersommer.de/programm/kissingener-klavierolymp *tws*

Schmidts Kunst

Hamburg – Am 10. November startet in der Hamburger Innenstadt, Kattrepel 10, eine Dauerausstellung über Leben und Wirken des Altkanzlers Helmut Schmidt. Doch bereits am 4. Oktober lädt das Ernst-Barlach-Haus im Jenischpark, Baron-Voght-Straße 50a, zu der Ausstellung „Kanzlers Kunst – Die Sammlung Helmut und Loki Schmidt“ ein. Zu sehen sind Werke von Francisco de Goya bis Käthe Kollwitz, die im Hamburger Wohnhaus des Kanzlerhepaares hingen. Internet: www.barlach-haus.de *tws*

VON PETER STEINBACH

MITBEGRÜNDER DER BUNDESREPUBLIK

Sozialer Demokrat und Patriot

Eine Erinnerung an Leben und Wirken Kurt Schumachers, der vor 125 Jahren im westpreußischen Culm geboren wurde

Kurt Schumacher gehörte zu denjenigen Politikern, die Deutschland zwischen Kaiserreich und Grundgesetz nachhaltig geprägt haben. Dies ist erstaunlich, da er niemals ein Regierungsamt innehatte. Eine ständige Herausforderung blieb für ihn zeitlebens das Verhältnis von Demokratie und Diktatur. Und immer griff er die großen Kontroversen seiner Zeit auf, die Verteidigung der Weimarer Verfassung, die Selbstbehauptung im Widerstand gegen das NS-Regime, die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945, die Aufarbeitung der NS-Zeit, die Entscheidung über die Westintegration – vor allem aber: die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die ihn der SED-Führung so verhasst machte.

Nicht immer siegte Schumacher; aber es gelang ihm, durch seine Standhaftigkeit die politische Kultur im Nachkriegsdeutschland zu prägen und die SPD zu einer staatstragenden Partei zu machen, die die Teilung der Nation nicht akzeptieren sollte. „Auf dem Boden der Tatsachen stehend“ wollte er „sagen, was ist“. Deshalb sah Helmut Schmidt später in ihm neben Ferdinand Lasalle und August Bebel einen der Begründer der Sozialdemokratie.

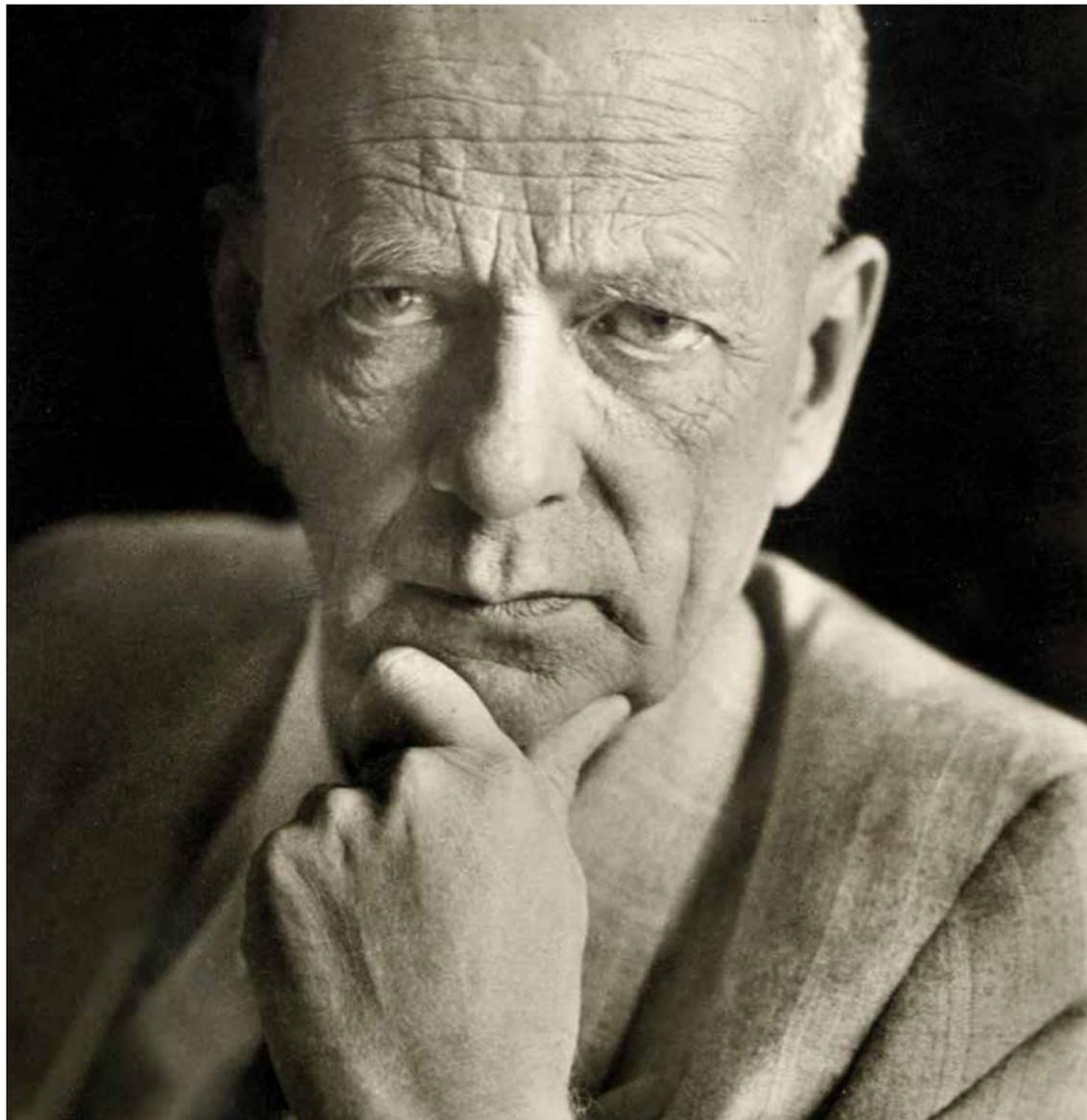
Mit Schumacher endete auch die lange Phase, in der Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ diffamiert worden waren. Zu erleben, dass seine SPD bundesdeutsche Regierungsverantwortung innehatte, war ihm allerdings nicht mehr vergönnt. Immerhin prägten Sozialdemokraten die deutschen Länder und behaupteten sich im Westteil Berlins auf bemerkenswerte Weise und moralisch vorbildlich gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED. Kennzeichnend für die westdeutsche Sozialdemokratie in den frühen 50er Jahren war, dass Staat und Nation im Denken Schumachers und zunehmend auch der SPD eine ebenso wichtige Rolle einnahmen wie die Durchsetzung deutscher Interessen. Wilhelm Hennis, der noch als Mitarbeiter der SPD-Fraktion unter Schumacher gearbeitet hatte, erkannte den auf Schumacher zurückgehenden Wandel in der öffentlichen Wertschätzung der Sozialdemokratie. Er erinnerte sich: „Das ergreifende Trauerdefilee nach seinem Tod – Hunderttausende erwiesen ihm die Ehre auf dem Weg von Bonn nach Hannover – zeigte, daß das deutsche Volk ihn verstanden hatte und ihm zu danken wußte.“

Jugend im Ersten Weltkrieg

Seine spätere herausragende politische Rolle war Kurt Schumacher keinesfalls an der Wiege gesungen worden. Er wurde am 13. Oktober 1895 im westpreußischen Culm als einziges Kind einer linksliberalen und durchaus wohlhabenden Kaufmannsfamilie geboren. Vater Carl war Stadtverordneter und Kreistagsabgeordneter der Freisinnigen. Schumachers Geburtsort lag nahe der Grenze zum russischen Zarenreich und zugleich im Zentrum eines deutsch-polnischen Siedlungsgebietes. Bereits zwei Tage nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs meldete er sich wie manch polnisch sprechender Mitschüler 18-jährig als Kriegsfreiwilliger. Gab es auch teilweise heftige deutsch-polnische Volkstumskonflikte, die ein „Bedrohungsgefühl“ verursachten und antipolnische Restriktionen nach sich zogen, so galt beiden Volksgruppen das Zarenreich als Hauptgegner.

Immerhin konnte Schumacher noch das Kriegsabitur ablegen. „Will, ruf ich aus, das Schicksal mit uns enden, so stirbt sich's schön, die Waffe in den Händen“, lautete das Thema seines Abituraufsatzes. Die antizaristische Überzeugung, die bereits Friedrich Engels im 19. Jahrhundert formuliert hatte, entsprach durchaus dem weitverbreiteten Denken der Sozialdemokratie und erklärte die wenig später erfolgte Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Bereits vier Monate nach seiner freiwilligen Meldung zum Heeresdienst wur-



Prägte das Land und seine Partei auch ohne Regierungsamt: Kurt Schumacher (1895–1952)

Foto: akg-images

de Kurt Schumacher an der Ostfront bei Bielawy nahe Lowicz (deutsch: Lowitsch) schwer verwundet. Er verlor seinen rechten Arm, erkrankte anschließend schwer und wurde am 10. Oktober 1915 – ausgestattet mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse – aus dem Dienst entlassen.

Hinwendung zur Politik

Durch Kriegsdienst, Verwundung und Studium war die ursprüngliche Begeisterung des nationalistisch angehauchten Jugendlichen rasch vergangen. Im Laufe des Jahres 1917 rang er sich zu einer realistischen politischen Haltung durch, die das Ergebnis eigener Erfahrungen und Erwartungen war. Inwieweit ihn damals die sozialdemokratischen Diskussionen und Richtungskämpfe in Partei und Fraktion erreichten oder berührten, ist unbekannt. Schumacher orientierte sich damals an der Mehrheitsfraktion der SPD. Im Rückblick scheint ihm jedoch der Epocheneinschnitt bewusst geworden zu sein, der in seinen Augen eine Folge der „Missachtung des eigenen Volkes“ war und deutlich machte, in welchem Maße der Staat „seinen sittlichen Inhalt“ verloren hatte und zum Instrument der Macht geworden war.

Wer aber den Verlust des sittlichen Inhalts eines Staates beklagt, musste sich zuvor bereits Gedanken über dessen Rolle im Prozess der Kultivierung und Zivilisierung dieses Staates gemacht haben. Dies war ein zentrales Thema der Verfassungs- und Staatsphilosophie, die nicht nur Fragen der Staatsorganisation berührte, sondern auch der politischen Gerechtigkeit. Recht und Staat wurden damals zusammen gedacht; nun aber trennten sich in Schumachers Kritik am Obrigkeitsstaat

diese Sphären. Der Staat hatte für ihn seinen „absoluten Charakter“ verloren. Damit war aber der „Kampf um demokratische Formen“, für die die Arbeiterbewegung seit ihrer Entstehung eingetreten war, auf eine neue Grundlage gestellt.

Mit der Hinwendung zur Sozialdemokratie sagte Schumacher endgültig dem überkommenen Staatsbild und damit dem Obrigkeitsstaat des Kaiserreiches ab. Die Vertretung sozialer Interessen schien ihm fortan wichtiger zu sein als die Teilnahme an sterilen politischen Debatten über den weiteren Weg Deutschlands in der Endkriegsphase, die links von der USPD eine neue Gruppierung entstehen ließen: den Spartakusbund um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Für Schumacher ging es nach 1918 darum, eine Welt zu schaffen, in der mit der Gerechtigkeit auch soziale Sicherheit und die Menschenwürde verwirklicht werden könnten. Das ließ sich nicht gegen, sondern nur mit dem neuen republikanischen Staat erreichen, allerdings unter der Voraussetzung, dass es gelang, aus dem Obrigkeitsstaat einen rechtsstaatlichen demokratischen Beteiligungsstaat zu machen. Deshalb bekannte er sich zur Weimarer Verfassungsordnung, suchte den Konflikt mit der politischen Rechten und den Kommunisten, propagierte eine frühe Form der Totalitarismustheorie.

Mitbegründer der Bundesrepublik

Diese Linie verfolgte Schumacher auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Noch vor der Kapitulation der Wehrmacht ergriff er im April 1945 die Initiative und begründete sein „Büro Schumacher“ in Hannover, das zum Nukleus der

Nachkriegssozialdemokratie in den drei westlichen Besatzungszonen wurde.

Als Sprecher der westdeutschen SPD entwickelte Kurt Schumacher früh eine Magnet-Theorie, der zufolge der Westen Deutschlands so attraktiv werden sollte, dass er den Osten mit seinen Bewohnern magnetisch anzog. Später wurde diese Theorie allerdings Konrad Adenauer zugeschrieben, dem Schumacher, Gustav Heinemann und selbst der Christdemokrat Jakob Kaiser in den 50er Jahren vorgeworfen hatten, durch die Westorientierung die Teilung Deutschlands zu festigen. Schumacher ging dabei besonders weit, schmähte er den Bundeskanzler doch am 25. November 1949 bei der Bundestagsdebatte über das Petersberger Abkommen als „Kanzler der Alliierten“. Die Folge war ein sich über 20 Sitzungen erstreckendes Verbot der weiteren Teilnahme an den Plenarsitzungen. Das Verdikt gereichte Schumacher nicht zur Unehre.

Widerstand gegen die Kommunisten

Entschieden zeigte sich Schumacher auch in der Ablehnung der Kommunisten, die er angeblich schon in der Weimarer Zeit als „rotlackierte Nazis“ titulierte. Schon damals hatte er nicht nur die NSDAP, sondern auch die Generallinie der KPD bekämpft und deshalb an seiner doppelten politischen Abwehrfront antitotalitäre Schlagworte benutzt. Sozialdemokraten seien weder Hitlers Knechte noch Stalins Sklaven. 1945 lehnte er zwar keine Beteiligung der Kommunisten an einer möglichen Regierung ab, wohl aber eine politische Zusammenarbeit mit der SED. Die Stadtverordnetenwahlen in Berlin 1946 und die Erfahrung der im Laufe weniger

Jahre nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED praktizierten massiven Unterdrückung der ostdeutschen Sozialdemokraten nach dieser „Zwangsvereinigung“ bestätigten ihn.

Den Anspruch der SED, am Konzept einer einheitlichen, wenngleich sozialistischen Nation festzuhalten, fand Schumacher nicht überzeugend; die entsprechende Passage in der ersten DDR-Verfassung von 1949 bestätigte sein Misstrauen. Bis zu seinem Tode am 20. August 1952 blieb Kurt Schumacher davon überzeugt, dass die Kommunisten um Ulbricht mit Billigung Stalins als „Spalter“ gewirkt und die deutsche Teilung zementiert hätten.

Streiter für die deutsche Einheit

Die Suche nach Wegen zur Überwindung der deutschen Teilung bestimmte in den Anfangsjahren der Bundesrepublik die politischen Debatten. Diese Suche wurde immer auch durch die Erfahrungen der Weimarer Republik geprägt. Dabei ging es nicht nur um West- oder Ostorientierung, sondern auch um die Rolle, die Deutschland in der Mitte Europas zu spielen hatte. Die Möglichkeit einer weitgehenden Westbindung belastete in den frühen 50er Jahren nicht zuletzt die CDU; dennoch stand vor allem Schumacher im Ruf, ein Skeptiker der Westintegration, sogar ein Nationalist zu sein. Dabei verwiesen viele Passagen seiner Nachkriegsreden auf eine westeuropäische Integration und die vorrangige Bedeutung gesicherter politischer Freiheit. Seine Betonung deutscher Interessen richtete sich als Ermahnung an die Siegermächte, politisch aber gegen „Moskau“ und „Pankow“.

Wie Schumacher die weitere Entwicklung der Bundesrepublik begleitet hätte, lässt Raum für Spekulationen. Unbestreitbar ist, dass er auf den Augenblick gerichtete Taktiken ablehnte, die „europäische Idee praktisch zu einer propagandistischen Formel“ zu machen, und sich deshalb gegen „deutschnationale Zitate“ aussprach. Im Grunde aber zeigte sein Widerstand gegen Adenauers Europapolitik den Wunsch, die Integration parlamentarisch zu erörtern und abzusichern. Bei aller Kritik an seiner Person und an seinem manchen als ruppig, anderen als arrogant erscheinenden Umgangsstil: Schumacher war ebenso anerkannt wie er polarisierte.

Nach all den Jahren, in denen er durch den Druck und das Unrecht seiner Gegner zur Untätigkeit verdammt war, hatte er keine Zeit zu verlieren. Deshalb neigte er zu heftigen Reaktionen auf Argumente, die ihm nicht nachvollziehbar waren. wobei ihm klar war, dass, wer austeilte, auch einzustecken hatte. Polemisch attackiert zu werden und zugleich umstritten und umkämpft zu sein, ist das Schicksal eines Politikers, der sich – überdies in vordemokratischen Zeiten – in seiner Partei, bei seinen Wählern und in der Politik durchsetzen musste. Dass Schumacher dies zumindest innerparteilich gelang, war ein Resultat seiner politischen Entschlossenheit und der Breite seiner politischen Interessen und sozialen Empathie, nicht zuletzt auch des Respekts, den er als Opfer des Terrors der Nationalsozialisten und als Ziel der antisozialdemokratischen Propaganda der Kommunisten gewann.

Kurt Schumacher blieb stets furchtlos und eigenwillig, sein „Nationalismus“ wurde vielfach nicht verstanden. Paul Sethe, der große Publizist, hielt ihn für einen großen Deutschen, der jedoch mit keinem einzigen Wort seine Nation über andere gestellt hätte. „Allerdings wollte er nicht, daß sein eigenes Volk ausgeschlossen würde von den Ideen und der internationalen Gerechtigkeit, die den Kern der demokratischen Ideenwelt bildet.“ Dem ist auch fast 70 Jahre nach seinem Tod nichts hinzuzufügen.

● Prof. Dr. Peter Steinbach lehrte Politikwissenschaft und Geschichte an den Universitäten Passau, Karlsruhe und Mannheim sowie an der FU Berlin. Er ist wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

STUTTGARTER SCHULDBEKENNTNIS

Ein fragwürdiges Bekenntnis mit Berechnung

Unter ausländischem Druck bekannten sich einige Mitglieder des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vor 75 Jahren zur kollektiven Schuld der Deutschen im Zweiten Weltkrieg

VON WOLFGANG KAUFMANN

In den letzten 20 Jahren verlor die Evangelische Kirche in Deutschland rund sechs Millionen Mitglieder. Häufig resultierten die Austritte aus Unzufriedenheit mit der Institution Kirche im Allgemeinen und der evangelischen Kirche im Besonderen. Für diese gibt es viele Gründe.

Ganz vorn rangiert dabei das politische Engagement von Vertretern der Amtskirche, das oftmals mit blankem Opportunismus und peinlicher Anbiederung gegenüber dem Zeitgeist einhergeht. Dadurch kommt es zur zunehmenden Entfremdung zwischen den einfachen Gläubigen und ihren Kirchenoberen, die sich inzwischen teilweise eher der Agenda von dubiosen, im Ausland verwurzelten Nichtregierungsorganisationen verpflichtet zu fühlen scheinen als den Interessen und religiösen Bedürfnissen der vielen einheimischen Landsleute, welche die Kirche mit ihren Steuergeldern alimentieren.

Dieser Trend ist jedoch kein Ergebnis der letzten Jahre, sondern er setzte de facto bereits im Jahre 1945 ein. Damals handelte die Führung der Evangelischen Kirche in Deutschland das erste Mal auf eine Weise, die bei der Mehrheit ihrer Mitglieder auf Unverständnis stieß oder sogar wütende Proteste auslöste. Dabei besteht der Unterschied zur Gegenwart allerdings darin, dass es seinerzeit massiven Druck von Seiten des Auslands gab, sodass die evangelischen Amtsträger unter erheblichem Zugzwang standen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges herrschten in Deutschland Not und Elend, infolge des Luftkriegs sowie der Vertreibungen aus den Ostgebieten war insbesondere der Wohnraum knapp. Naheliegenderweise versuchte die evangelische Kirche, hier zu helfen. Allerdings waren ihre Ressourcen mehr als begrenzt, sodass sie auf die Unterstützung durch ebenso barmherzige wie wohlhabende Glaubensbrüder jenseits der deutschen Grenzen beziehungsweise außerhalb der vom Krieg betroffenen Regionen hoffen musste.

Doch genau die gab es bei aller demonstrativ beschworenen christlichen Nächstenliebe nicht umsonst. Das machten ausländische Kirchenvertreter wie der spätere Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen mit Sitz in Genf, der Niederländer Willem Adolf Visser 't Hooft, immer wieder deutlich. Die Hilfsbereitschaft der Ökumene sei an ein unmissverständliches vorheriges Schuldbekenntnis der Deutschen gebunden. Erst nach dessen Abgabe könne man über Hilfsprogramme und ähnliches reden.

Druck aus dem Ausland

Infolgedessen kam es am Morgen des 19. Oktober 1945 während einer gemeinsamen Tagung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit Vertretern der Ökumene in Stuttgart zur Verlesung des „Stuttgarter Schuldbekenntnisses“, auch „Schulderklärung der evangelischen Christenheit Deutschlands“ genannt. Dessen Verfasser waren der lutherische Theologe Hans Asmussen, der Landesbischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Otto Dibelius und der frühere Widerstandskämpfer Martin Niemöller. Darüber hinaus hatten acht weitere EKD-Ratsmitglieder das Dokument unterzeichnet, darunter auch der



Verfassten mit Hans Asmussen das Stuttgarter Schuldbekenntnis: Otto Dibelius und Martin Niemöller (v.l.)

Foto: Ullstein

spätere Bundespräsident und SPD-Politiker Gustav Heinemann.

Die Schlüsselsätze der Erklärung an die Adresse von Visser 't Hooft und dessen Entourage lauteten: „Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus.“

Die erste spontane Reaktion des Ökumene-Vertreters Pierre Maury von der Reformierten Kirche Frankreichs bestand in folgenden Worten: „Wir wollen es annehmen ohne pharisäischen Stolz, sondern auch vor Gott. Jetzt ist es uns leichter zu ertragen, dass das Gift des Hitlerismus die ganze Welt überflutet hat. Wir waren erstaunt, dass man in Deutschland nach der Besetzung so gleich Gerechtigkeit erwartete. Es gibt kein christliches Volk.“

Mit seinem in Eigenregie verfassten Schuldbekenntnis hatte sich der Rat der EKD die Kollektivschuldthese zu eigen gemacht. Entsprechend negativ fiel das Echo im Lande und unter den dortigen Christen aus. Nachdem die Erklärung am 27. Oktober 1945 im „Kieler Kurier“, einer Zeitung der britischen Militärregierung, und dann vier Tage später in der „Hamburger Neuen Presse“ unter der Schlagzeile „Schuld für endlose Leiden. Evangelische Kirche bekennt Deutschlands Kriegsschuld“ veröffentlicht worden war, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. So machte der schleswig-holsteinische Präses Wilhelm Halfmann stellvertretend für viele andere Kritiker geltend: „Die polnischen Greuel, die Frauenschändun-

„Die polnischen Greuel, die Frauenschändungen, die Vernichtung der mittel- und osteuropäischen Kulturlandschaft, die Vertreibung der Millionen – kurz der beispiellose Volksmord, der jetzt vor sich geht – ist der keine Schuld?“

Wilhelm Halfmann
Vorsitzender der vorläufigen Kirchenleitung Schleswig-Holsteins

gen, die Vernichtung der mittel- und osteuropäischen Kulturlandschaft mit ihrem Reichtum an Lebensmitteln, die Vertreibung der Millionen – kurz der beispiellose Volksmord, der jetzt vor sich geht – ist der keine Schuld? Solange darüber verlegen geschwiegen wird, solange hat man drüben keine Vollmacht, von deutscher Schuld zu reden.“

Unverständnis im Inland

Letztlich schlossen sich nur vier der 28 evangelischen Landeskirchen – nämlich die von Baden, Hannover, Rheinland und Westfalen – dem angeblichen Schuldgeständnis der gesamten evangelischen Christenheit Deutschlands an. Die Zurückhaltung der übrigen resultierte aus der Flut von Protestbriefen aus den Gemeinden. Darin hieß es unter anderem auch noch, die Schulderklärung werde den Siegermächten eine zusätzliche Handhabe für ihre Vergeltungsmaßnahmen geben. Des Weiteren bemängelten die Verfasser das fehlende Mandat der EKD-Ratsmitglieder, im Namen aller evangelischen Christen Deutschlands zu sprechen. Und manchmal war sogar von einer Fälschung seitens der Alliierten die Rede, weil die Gläubigen bezweifelten, dass ihre eigenen Kirchenführer derart vorgegangen seien.

Heute zielt die interne Kritik an dem Stuttgarter Schuldbekenntnis allerdings eher in eine ganz andere Richtung, was vom späterhin noch drastischer ausgefallenen Mentalitätswechsel innerhalb der evangelischen Kirche zeugt. Die Erklärung hätte deutlich selbstkritischer formuliert werden müssen, was die eigene Rolle im Nationalsozialismus betreffe.

GREENPEACE

Gleich zwei runde Jahrestage

„Die Wahrheit ist, dass Greenpeace immer in Arbeit war und nicht definitiv gegründet wurde wie ein Land oder ein Unternehmen.“ Der kanadische ehemalige Umweltaktivist und heutige PR-Berater Patrick Moore muss es wissen. Immerhin versteht er sich selbst als Gründungsmitglied und war zumindest am Entstehen der Organisation beteiligt. Und tatsächlich ist die Entstehungsgeschichte etwas verworren, liegt manches im Dunkeln und ist Interpretationssache.

Einer Lesart zufolge gründeten Kernkraftgegner vor einem halben Jahrhundert, am 5. Oktober 1970, im kanadischen Vancouver ein Komitee namens „Don't Make a Wave Committee“. Der Name deutet auf den Anlass der Gründung hin. Die USA planten damals für das Folgejahr auf der vulkanischen, tektonisch instabilen Insel Amchitka im Südwesten Alaskas den größten jemals von ihnen durchgeführten unterirdischen Kernwaffentest. Testgegner befürchteten, dass der Atombombentest schwere Erdbeben und Tsunamis auslösen könnte. Daher auch der Name des Komitees, der im Deutschen so viel bedeutet wie „Mach-keine-Welle-Komitee“. Sein Ziel war es, zum Zeitpunkt des Tests vor Ort mit einem eigenen Schiff zu sein und dadurch ein Zeichen des Protestes zu setzen. Der Name der Aktion lautete „Greenpeace“.

Zu ihrer Finanzierung gaben Joni Mitchell, James Taylor und Phil Ochs am 16. Oktober 1970 ein Benefizkonzert im Pacific Coliseum in Vancouver. Der Eintritt betrug drei Dollar. Mit dem eingenommenen Geld charterte das Komitee den Fischkutter „Phyllis Cormack“, der in „Greenpeace“ umbenannt wurde. Zwar gelang es nicht, mit dem Kutter bis zum Testgelände vorzudringen, da ein Küstenwachschiff ihn vorher abfang und die Besatzung zur Rückkehr zwang. Die Gegner des Atomwaffentests waren jedoch wenigstens insofern erfolgreich, als der Test vom 6. November 1971 entgegen den ursprünglichen Planungen der USA der letzte in dieser Region blieb. Nach diesem Teilerfolg der Aktion „Greenpeace“ mit dem Kutter „Greenpeace“ übernahm das „Don't Make a Wave Committee“ für sich den Namen „Greenpeace“.



Greenpeace-Landesbüro Deutschland

In Deutschland wurde Greenpeace ein Jahrzehnt nach der Gründung des „Don't Make a Wave Committee“ aktiv. Vor 40 Jahren, am 13. Oktober 1980, blockierten Aktivisten der Organisation das Auslaufen des Tankers „Kronos Titan“ aus Nordenham in der Wesermündung, indem sie sich mit zwei Rettungsschiffen an das Schiff anleierten. Damit verhinderten sie die umweltschädliche Verklappung von Dünnsäure in der Nordsee, die dann später tatsächlich gesetzlich verboten wurde. Mittlerweile gilt das deutsche Landesbüro als das finanzstärkste der umstrittenen Organisation. W.K./M.R.

VON JOSEF KRAUS

Roland Tichy (bald 65) war mal einer der Ihren, er gehörte zur Elite des Juste Milieu der deutschen Journalistik: als Chefredakteur von „Impulse“, „Euro“, „Telebörse“ und „Wirtschaftswoche“; zudem als Stellvertretender Chefredakteur von „Capital“, Berliner Büroleiter des „Handelsblatts“, Wirtschaftskolumnist bei „Bild am Sonntag“ und Berater bei der Reform des Rundfunks im „Beitrittsgebiet“. Dem TV-Publikum wurde er bekannt als wirtschaftsversierter Talkgast und als Teilnehmer an der RTL-Karriereshow „Big Boss“. Ehrenamtlich leitete der Volkswirt und konservative Wirtschaftsliberale ab 2014 die Ludwig-Erhard-Stiftung.

Vor fünf Jahren besann sich Roland Tichy sehr intensiv seiner konservativ-liberalen Überzeugungen. Er wollte nicht mehr mitschwimmen im braven journalistischen, rot-grün-EU-euphorischen Mainstream und gründete 2015 das Online-Portal „Tichys Einblick“ („TE“), dann 2016 das gleichnamige Monatsmagazin. Beides war ein durchaus riskantes Unternehmen. Sein erzwungener Weggang von der „Wirtschaftswoche“ war übrigens für diese selbst ein Sturz ins Bodenlose.

„TE“ expandiert kontinuierlich. Millionenfach wird monatlich das Online-Portal aufgerufen, das Magazin hat eine Auflage von 70.000 und übertrifft damit so manches arrivierte Periodikum. Warum? Weil „TE“ politisch und publizistisch nicht rundgelutscht und stromlinienförmig daherkommt. Solche Erfolge wecken – trivialpsychologisch nachvollziehbar – Neidgefühle.

Durchsichtige Kampagne

Aber es geht nicht allein um Neid. Nein, die Herde und ihre Schäfer samt deren Hirtenhunden mögen keine Abweichler. Diejenigen, die Tichy hinter sich und im wahrsten Sinn des Wortes auch politisch links liegen gelassen hat, versuchen nun, ihrem „Kollegen“ politisch am Zeug zu flicken. Er verstößt gegen den rot-grün-merkelianischen Korpsgeist. Das ist gut so, aber es passt vielen nicht – auch in CDU/CSU/FDP-Kreisen nicht. Solches Renegatentum wird üblicherweise durch Ignorieren bis zum Verschwinden des Abzustrafenden von der Bildfläche sanktioniert. Gelingt das Ignorieren nicht, dann setzen die Pawlowschen Assoziationsreflexe ein: „Rechtlastig“, „AfD-nah“ sei „TE“. Bezeichnenderweise kommen solche Etiketten und Klischees bevorzugt von Leuten, die noch keine einzige Zeile „TE“ gelesen haben und nachplappern, was andere „TE“-Nichtleser von sich gegeben haben.

Apropos angebliche „AfD-Nähe“: Es hat noch kein AfD-Funktionär bei „TE“ geschrieben, und „TE“ bekommt regelmäßig böse Leserbriefe, weil es zu AfD-distanziert sei. Jedenfalls wiederholt sich hier im



Verstößt gern gegen den Zeitgeist: Der Volkswirt und streitbare Journalist Roland Tichy, hier 2019 bei „Maischberger“

Foto: imago images/Sven Simon

MEDIENKRITIK

Das ach so liberale Juste Milieu duldet keine Abweichler

Schon gar keinen erfolgreichen wie Roland Tichy. Es bewahrheitet sich die alte Weisheit: „So manche moralische Entrüstung ist der Heiligenschein der Scheinheiligen“

Grundsatz eine Affären-Inszenierung, wie wir sie aus der Geschichte kennen: den Umgang totalitärer Systeme mit Ketzern, Renegaten, Rebellen, Apostaten, Häretikern, Verrätern, Abtrünnigen. „Auf den Scheiterhaufen mit ihm, ans Kreuz mit ihm!“ – hören wir zwar nicht wörtlich, aber doch zwischen den Zeilen heraus.

Es stimmt: Tichy ist nicht linientreu, er hat keinen „gefestigten Klassenstandpunkt“ (hier der Klasse der Haltungsjournalisten). Doch macht genau dies gottlob Pressefreiheit aus; auch in einem Lande, in dem formal keine Zensur von oben stattfindet, in dem es aber genug Selbstzensur und genügend Gruppendruck innerhalb der Klasse vieler Lohnschreiber gibt.

Ein gefundenes Fressen

Und nun schreit diese Klasse: „Endlich haben wir einen Aufhänger!“ Denn Tichy habe sich verbal-sexistisch danebenbenommen. Was aber sind die Fakten außerhalb der journalistisch und politisch so gern konstruierten „Fake-News“? Angeblich habe Tichy den „G-Punkt“ der Berliner SPD-

Staatssekretärin Sawsan Chebli thematisiert. Nun, der „G-Punkt“ kommt im jüngsten „TE“-Heft vor. Verfasser ist nicht Tichy, sondern Stephan Paetow. Dieser besitzt eine flotte Feder, war schließlich zehn Jahre stellvertretender Chefredakteur von „Focus“. Heute betreibt er den Blog „spaat-nachrichten.de“ und schreibt in jedem „TE“-Magazin unter „Nicht zu fassen. Der etwas andere Monatsrückblick“ Satirisches. Darüber hinaus zerpfückt er regelmäßig die gängigen Talkshows.

Im „TE“-Magazin nun findet sich unter Paetows Namen folgender Text auf Seite 11 der aktuellen Nummer: „Sawsan Chebli will ihren Wirkungskreis in den kommenden Bundestag verlegen. Hierzu benötigt sie jedoch einen Wahlkreis. Deshalb tritt sie gegen den Regierenden Bürgermeister Müller an, der sich ebenfalls vor der Bedeutungslosigkeit ins Bundesparlament flüchten will. Was spricht für Sawsan? Befreundete Journalistinnen haben bislang nur den G-Punkt als Pluspunkt feststellen können in der Spezialdemokratischen Partei der alten Männer.“

Gewiss: Dieser Satz ist völlig daneben. Man hätte wissen können, wie er von manch subaltern-mutig Übellaunigen instrumentalisiert wird. Dieser Satz hat auch nichts mit der Erhard-Stiftung zu tun, sondern nur einem „TE“-Chefredakteur Tichy, dem dieser Satz durch die Lappen gegangen ist. Welchem Chefredakteur sind solche Dinge nicht schon passiert!? Es stimmt übrigens auch nicht, dass Roland Tichy deswegen in der Erhard-Stiftung zurückgetreten sei. Nein, er tritt bei den Neuwahlen im Oktober nicht mehr an.

Unionsgrößen mit zweierlei Maß

Schier blutrünstig war jedoch die Reaktion der Leitmedien von „taz“ über „Deutschlandfunk“ bis „Süddeutsche“ – und die „Entrüstungen“ manch „Linker“, mancher FDPler (darunter Alexander Graf Lambsdorff, Neffe von Otto Graf Lambsdorff) sowie mehrerer Unionsleute: namentlich Dorothee Bär (CSU), Friedrich Merz, Jens Spahn, Karsten Linneemann (jeweils CDU). Alle vier Letzgenannten lassen aus Protest gegen Tichy

ihre Mitgliedschaft in der Ludwig-Erhard-Stiftung ruhen. Bereits 2018 hatte Merz es übrigens abgelehnt, den Preis der Stiftung anzunehmen. Den hatten zuvor unter anderem FDP-Urgestein Otto Graf Lambsdorff und Ex-Kanzler Gerhard Schröder erhalten. Merz' Begründung damals: Er wolle nicht mit Tichy zusammen auf einer Bühne stehen.

Dass sich die gleichen vier CDU/CSU-Größen echauffiert hätten, als ihr Parteimann und Innenminister Horst Seehofer von „Komiker“ Böhmermann unlängst mit den Worten „Fick dich, Opa!“ angepöbelt wurde, ist nicht bekannt. Dies zum Vergleich und zur Klarstellung. Ansonsten fällt einem dazu nur noch der alte Wiener Grantler Helmut Qualtinger ein. Er sagte einmal: So manche moralische Entrüstung ist der Heiligenschein der Scheinheiligen.

„TE“ jedenfalls wird diese Inszenierung überstehen. Mehr noch: „TE“ wird von noch mehr Bürgern dieses Landes gelesen werden, weil immer mehr es satt haben, zu einem Volk von Flüsterern degradiert zu werden.

UMWELT

Nur das Saarland ist noch frei von Wölfen

Schäden durch das Raubtier nehmen dramatisch zu – Viele Schäfer haben bereits aufgegeben

Da der Wolf weiterhin gesetzlich streng geschützt ist, breitet er sich in Deutschland nach Angaben des Deutschen Jagdverbands (DJV) mit einer jährlichen Zuwachsrate von etwa 35 Prozent weiter aus. Nur das Saarland ist noch wolfsfrei. Nach einer Hochrechnung des Verbands lebten im Frühsommer 2020 bereits rund 1800 Wölfe in Deutschland.

Obwohl die Schäden durch Risse von Nutztieren mit dem Anwachsen des Wolfsbestandes seit 2012 exponentiell zugenommen haben, sind die Ausfälle sehr unterschiedlich groß und die Schäden werden begrenzt, wenn in einem Gebiet Herdenschutzmaßnahmen ergriffen werden. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr bei

887 Wolfsangriffen insgesamt 2894 Weidetiere getötet oder so übel zugerichtet, dass sie eingeschläfert werden mussten. Darunter waren 2500 Schafe und Ziegen, doch es werden auch immer mehr Rinder und Pferde von Wölfen angegriffen.

Wolfsfreie Zonen gefordert

Zum Vergleich: 2016 haben Geschädigte deutschlandweit erstmals über 1000 tote und verletzte Nutztiere nach Wolfsattacken gemeldet. Mitunter tötet ein einzelner Wolf im Bluttausch mehrere Dutzend Weidetiere. Einen besonders hohen Anstieg verzeichneten 2019 die Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Bei 371

nachgewiesenen Wolfsangriffen kamen 1026 Schafe, Ziegen und Rinder und auch mehrere Pferde ums Leben, davon mehr als die Hälfte in Niedersachsen. Damit ergab sich eine Zunahme um mehr als 60 Prozent im Vergleich zu 2018, als in den drei Bundesländern 630 Weidetiere Wölfen zum Opfer fielen. Der Trend setzt sich fort: Bis Mitte Juni dieses Jahres haben einzelne Wölfe oder ganze Wolfsrudel 590 Weidetiere getötet.

Obwohl die Weidetierhaltung überaus wichtig für den Natur- und Umweltschutz ist und viele Schäfer wegen der Verluste durch Wölfe bereits aufgegeben haben, bleibt die vielstimmige Forderung nach wolfsfreien Zonen bislang unerfüllt. Ledig-

lich in Einzelfällen dürfen seit diesem Jahr sogenannte Problemwölfe bejagt werden, darunter Tiere, die Herdenschutzzäune dreimal überwunden haben. Erwischt haben die Jäger jedoch noch keinen. Allein die Jagd auf den Wolf mit der Kennung GW924m in Südholstein kostete 2019 rund 70.000 Euro, hinzu kamen 76.000 Euro für die DNA-Untersuchungen. Der Wolf wurde schließlich in Mecklenburg-Vorpommern von einem Auto überfahren.

Gefahr für den Flutschutz

Immer mehr Bundesländer zahlen geschädigten Tierhaltern 100 Prozent finanziellen Ausgleich für Wolfsschäden. 2019 bewilligten die Länder mehr als 14

Millionen Euro an Ausgleichszahlungen, unter anderem für Schutzzäune, Entschädigungen nach Wolfsrissen, Datensammlungen durch Kameras und Genbestimmungen. Ein im August errichteter, 35 Kilometer langer Elektrozaun soll die Schafe auf einer Deichlinie zwischen Bremen und Bremerhaven vor Wolfsattacken schützen. In jüngster Zeit wurden die Deichschafe immer häufiger von Wölfen angegriffen. Ohne die Beweidung der Deiche durch Schafe ist jedoch der Hochwasserschutz gefährdet. Daher fördert das niedersächsische Umweltministerium das Pilotprojekt mit 375.000 Euro. Den Rest zahlt der Deichverband Osterstader Marsch. Dagmar Jestrzowski



MEMEL

St. Johanniskirche soll wiedererstehen

Ein geplanter Hotelneubau bringt neuen Schwung in die Planung – Zuvor fehlten die Mittel

VON BODO BOST

In das Projekt des Wiederaufbaus der historischen Johanniskirche in Memel ist Bewegung geraten, weil in der Nähe ein neues Großhotel entstehen soll und dazu wieder umfangreiche archäologische Ausgrabungen notwendig wurden.

Die 1258 gegründete katholische Kirche St. Johannes war die erste für die deutschen Bewohner der Burg und der Stadt Memel zuständige Stadtkirche, während die Nikolaikirche für die preußische und kurische Bevölkerung zuständig war. Um 1525 wurde sie wie alle Kirchen im Herzogtum Preußen evangelisch. Nach mehreren Bränden wurde sie zwischen 1696 bis 1706 an der späteren Marktstraße neu erbaut. Beim Stadtbrand von 1854 wurde die Kirche erheblich beschädigt und danach nach Plänen von Friedrich August Stüler wiederaufgebaut.

Die Herstellung der Giebel und Türmchen über den Seitenschiffen soll von König Friedrich Wilhelm IV. persönlich veranlasst worden sein. Ab 1858 war sie Stadtkirche für alle Bewohner Memels, unabhängig von ihrer Sprache, und die Nikolaikirche wurde Landkirche für die umliegenden Dörfer. Auch nachdem die Stadt Memel ab 1923 zum neuen litauischen Staat gehörte, blieb die Kirchengemeinde überwiegend deutsch, die Kirche wurde sogar zur Landeskirche des Memellandes. 1944/45 wurde die Kirche zerstört und danach die Reste abgetragen.

Idee entstand im Jahr 1991

Nach der Wiedererrichtung eines litauischen Staates 1991 entstand die Idee, auch die Johanniskirche wieder aufzubauen. Von 2002 bis 2012 fanden deshalb archäologische Ausgrabungen am Standort der Kirche des 16. und 17. Jahrhunderts statt, bei denen ein Friedhof mit zahlreichen Gräbern freigelegt wurde. Danach ruhte das Projekt mangels Finanzierung.

Jetzt soll jedoch neben der projektierten St. Johanniskirche ein neues Hotel entstehen. Deshalb werden derzeit ar-



Bislang nur als Planungsprojekt vorhanden: Plakat der wiederaufzubauenden Kirche (o.), St. Johannes vor der Zerstörung (l.)

Foto: Bost/Bildarchiv Ostpreußen

chäologische Ausgrabungen an dem Standort des zukünftigen Hotels durchgeführt, weil das Hotel in dem ehemaligen Bereich der Johanniskirche liegt. Ein Teil der Fundamente der ehemaligen Jungenschule, die zur Kirche gehörte, wurde bereits ausgegraben. Es handelt sich um die lutherische Schule der Stadt, die später zur Lateinschule wurde. 1912 wurde dieses Gebäude die städtische Knabenschule. Die Schule nahm fast den gesamten Platz zwischen der Thomasstraße und Aschhofwallstraße ein. Die Schule wurde

1945 zusammen mit der Kirche bei einem Bombenangriff zerstört.

Der Bau des Hotels wird von der Firma „BCO“ und die Projektvorschläge von JSC „Andrijausko architektų biuras“ durchgeführt. Die archäologischen Arbeiten werden bis Oktober dauern. Mit dem Bau des Hotels soll dann im nächsten Frühjahr begonnen werden. Das Hotel rechnet fest damit, dass auch die Johanniskirche wieder aufgebaut wird, weil dieses ehemalige Stadtwahrzeichen, dessen 75 Meter hoher Turm auch als Leucht- und Orientie-

rungsturm für die Schiffe bei der Hafeneinfahrt diente, das Hotel und das ganze Viertel aufwerten wird. Deshalb wird sich auch das Erscheinungsbild des Hotels nicht von den übrigen Gebäuden in dieser Straße abheben, da die St. Johanniskirche alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollte. Die kommunistischen Herrscher der Dangestadt hatten nach 1945 alle Kirchen geschleift, um gerade die von ihnen errichteten Hotelneubauten als „Tempel der neuen Zeit“ in Pose zu setzen.

Auch an der Stelle der Johanniskirche haben archäologische Ausgrabungen begonnen. Die Republik Litauen hatte sich 2012 verpflichtet, die Kirche bis zum Jahr 2028 wieder aufzubauen. Die Johanniskirche ist eine der ältesten Kirchen der Republik. Litauen wurde als letztes Land Europas christianisiert wurde. Man rechnet mit Baukosten von zirka 17 Millionen Euro. Zunächst sollen die verbliebenen Fundamente der Kirche untersucht und ihr Zustand bestimmt werden. Im Anschluss an diese Studie wird klar, ob die Kirche auf demselben Fundament wiederaufgebaut werden kann oder ob die Fundamente woanders errichtet werden.

Spenden aus der Bundesrepublik

Lilija Petraitienė, die Leiterin der „Johanniskirche Wiederaufbau Stiftung“, kündigte an, dass auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Finanzierung beantragt werde. Auch Memelländer sollen gezielt angesprochen werden. Reinhold Moras, der Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Memel, erklärte, dass mehrere Deutsche einen Teil ihres Erbes dem Wiederaufbau der Johanniskirche vermacht haben.

Die Vertreter der Stiftung hoffen, schon zu Beginn der eigentlichen Arbeit mehr Mittel zu erhalten. Die restaurierte Kirche würde von der evangelisch-lutherischen Gemeinde in der Hafenstadt nicht nur als Gotteshaus angesehen werden. Es sollen dort auch Gemeinschaftsaktivitäten, ein Kulturzentrum, Konzerte und Ausstellungen stattfinden.

MELDUNGEN

Corona in Südostpreußen

Allenstein – Das zuständige Woiwodschaftsamt berichtet, dass seit Beginn der Pandemie in der Woiwodschaft Ermland-Masuren 1222 Menschen an Corona erkrankt sind. Getestet wurden bis zum 16. September 75.129 Personen. Seit Beginn des neuen Schuljahrs mussten die Oberschule Nr. 2 in Allenstein, die Maria-und-Georg-Dietrich-Oberschule Nr. 12 in Allenstein, die Grundschule Nr. 6 in Osterode, die Grundschule Nr. 1 in Goldap sowie die Sonderschule in Sensburg ganz oder teilweise wieder geschlossen werden. Der Unterricht findet online oder in einer Kombination aus Fern- und Präsenzunterricht statt. Die Zahl der mit Covid-19 Infizierten wächst im südlichen Ostpreußen. Unter ihnen sind Schüler und Lehrer, aber auch Ärzte, Krankenschwestern und Patienten. Die meisten Corona-Fälle gibt es in Allenstein – seit Beginn der Pandemie waren es 172 Personen, im Kreis Allenstein 124 und im Kreis Deutsch Eylau 146. Die wenigsten Fälle gibt es im Kreis Treuburg mit drei Fällen, im Kreis Goldap mit sechs, im Kreis Angerburg mit sieben sowie im Kreis Heilsberg mit acht. Zwölf Personen sind an Covid-19 gestorben. E.G.

Mehr schnelle Verbindungen

Allenstein – Für das Programm „Eisenbahn plus“ gingen sechs Anträge aus dem südlichen Ostpreußen und 90 aus anderen Teilen der Republik Polen bei der polnischen Staatsbahn ein. Es soll eine ökologische Eisenbahn entstehen. Es geht auch um die Modernisierung der Strecke Rothfließ-Bischofsburg-Sensburg-Nikolaiken-Arys, sowie der Linie Goldap-Treuburg-Lyck. Auch die Linie Ostrolenka-Chorzele-Willenberg-Ortelsburg wird modernisiert und eine ungefährliche Kreuzung der Staatsstraße Nr. 16 mit der Eisenbahnlinie Warschau-Gdingen zwischen Deutsch Eylau und Stradem geschaffen. PAZ

DIETRICHSWALDE

Pilgerfahrt in Zeiten der Pandemie

Der Gottesdienst anlässlich des 143. Jahrestags der Marienerscheinungen fand unter freiem Himmel statt

Zahlreiche Pilgergruppen kommen jedes Jahr zum Mariensanktuarium nach Dietrichswalde. Das ostpreußische Dorf ist von den weltweit zwölf Orten, an denen die Marienerscheinungen von der katholischen Kirche anerkannt wurden, der einzige auf dem Territorium der Republik Polen. Auch in diesem Jahr wurde trotz der herrschenden Coronavirus-Krise ein Jubiläum der lokalen Marienerscheinungen feierlich begangen. Vom Sonntagmorgen des 13. September an erreichten Pilger aus allen Teilen der Republik den Wallfahrtsort zu Fuß, mit Fahrrädern, Bussen oder Privatautos. Wegen der Pandemie wurde die Dietrichswalder Wiese, wo immer eine feierliche und mit Ablass endende Messe abgehalten wurde, in kleine Sektoren für die Gläubigen aufgeteilt. Die Pilger mussten Mund und Nase mit Masken bedecken, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren.



Ort der Marienerscheinungen: An der sogenannten Quelle wurde eine Figur der Gottesmutter für die Pilger aufgestellt

Foto: D.K.

Während des Gottesdiensts betete man für das Heimatland, die Gesundheitsdienste und all jene, die gegen die Pandemie kämpfen. Die Predigt hielt der Bischof der Diözese Drohiczyn, Tadeusz Pikus. Im Zu-

sammenhang mit den Marienerscheinungen in Dietrichswalde unterstrich der Geistliche deren Bedeutung für den polnischen Staat, der damals auf der europäischen Landkarte noch nicht existierte. Zu

dieser Zeit befand sich Dietrichswalde auf dem Territorium des deutschen Kaiser- und des preußischen Königreichs.

Die Botschaft dieser Enthüllungen sei zwar sehr wichtig, aber einfach gewesen. „Maria bat darum, den Rosenkranz täglich zu beten, gegen Trunksucht zu kämpfen und machte auf die Notwendigkeit aufmerksam, für die Institution der Familie zu sorgen. Am spektakulärsten war jedoch die Tatsache, dass die Gottesmutter in Dietrichswalde Polnisch gesprochen und damit gegen die im Kulturkampf eingeführten staatlichen Regelungen verstoßen hat. Und obwohl die Gottesmutter nicht über Souveränität und Grenzen sprach, war allen klar, dass es auch um Unabhängigkeit ging“, erklärte Bischof Pikus. Er fügte hinzu, dass eine der Auswirkungen der Erscheinungen darin bestanden habe, dass in den Häu-

sern fast immer der Rosenkranz gebetet worden sei.

Es ist erwähnenswert, dass die Marienerscheinungen in Dietrichswalde vom 27. Juni bis zum 16. September 1877 dauerten. Die Gottesmutter erschien 160 Mal zwei Mädchen, der 13-jährigen Justine Schafirnska und der zwölfjährigen Barbara Samulowska. Den Kindern zufolge sahen sie Maria an einem Ahorn, der in der Nähe der Kirche wuchs, und einmal an der sogenannten Quelle. Das Wasser aus dieser Quelle wird immer noch von den Kranken, die um Heilung beten, und von den Landwirten, die es auch ihren Tieren geben, geschöpft.

An der Stelle der Erscheinungen wurde eine Kapelle mit der Statue der Muttergottes errichtet. Von dem Ahorn, aus dem das Kreuz gefertigt wurde, blieb nur ein Stück Holz erhalten. Dawid Kazański



ZUM 100. GEBURTSTAG

Stank, Edith, geb. **Czarnojan**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 3. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kaehler, Brigitta, aus Neidenburg, am 8. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fratzke, Herbert, aus Wehlau, am 6. Oktober

Taulien, Erna, aus Heiligenbeil, am 7. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Böhnke, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

Kriese, Margarete, geb. **Löper**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Schwarz, Ida, geb. **Deutschendorf**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 8. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baatz, Fritz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Kotowski, Hans, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 2. Oktober

Kowalski, Horst, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Oktober

Römer, Hilde, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober

Rusch, Liesbeth, geb. **Schöffsky**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hübner, Rudolf, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 5. Oktober

Martens, Irmgard, geb. **Danowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 4. Oktober

Müller, Käthe, geb. **Rama**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober

Philippzik, Ruth, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Oktober

Polixa, Oskar, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 4. Oktober

Ströh, Erika, aus Lyck, am 2. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAGE

Angerhausen, Charlotte, geb. **Pätzol**, aus Karkeln, Kreis Elchnie-

derung, am 6. Oktober

Christoffersen, Arthur, aus Regeln, Kreis Lyck, am 3. Oktober

Grenningloh, Christel, geb. **Ne-wiger**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober

Karow, Joachim, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 7. Oktober

Kiehr, Herta, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober

Kreuzberger, Eva-Maria, geb. **Janzyk**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. Oktober

Nestler, Ingard, geb. **Eichel**, aus Lyck, am 5. Oktober

Renner-Kruska, Therese, aus Lyck, am 8. Oktober

Wilkop, Ursula, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Andersen, Ruth, geb. **Kretschmann**, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 7. Oktober

Thimm, Erika, geb. **Dzeia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober

Vortlage, Martha, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 3. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barkschat, Karl-Heinz, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 2. Oktober

Kowalczyk, Erika, aus Treuburg, am 2. Oktober

Lücken, Gerda, geb. **Müller**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

Maier, Irmgard, geb. **Bauer**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

Schönemann, Waltraud, geb. **Negraszus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober

Sdorra, Fritz, aus Maschen, Kreis Lyck, am 6. Oktober

Serafin, Friedel, aus Klein Schläfen, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober

Worßa, Gerhard, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 3. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Daniele, Ursula, geb. **Makossa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. Oktober

Ellmers, Ingeborg, aus Elbing, am 6. Oktober

Fafra, Loni, geb. **Beckmann**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober

Grell, Frieda, geb. **Kohn**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 5. Oktober

Heine, Gisela, geb. **Kapitzki**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. Oktober

Keiter, Reinhold, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 2. Oktober

Kück, Gerda, geb. **Lepenies**, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober

Matzeit, Horst, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober

Meyer, Gerda, geb. **Wohlgethan**, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Oktober

Mlinarzik, Elsbeth, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 7. Oktober

Nowotzin, Horst, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober

Picard, Irma, geb. **Szeszkewitsch**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober

Schadwinkel, Franziska, geb. **Knieper**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

Tobies, Georg, aus Canditten,

Kreis Preußisch Eylau, am 4. Oktober

Wischnowski, Ernst, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Engler, Hedwig, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Oktober

Gerwien, Rudi, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 7. Oktober

Knafla, Alfred, aus Winrichsrode, Kreis Neidenburg, am 6. Oktober

Neiß, Renate, geb. **Pfennig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Papke, Günther, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 6. Oktober

Schmidt, Waltraud, geb. **Spey**, aus Treuburg, am 3. Oktober

Schulz, Waltraud, geb. **Kotowski**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 6. Oktober

Seeger, Helmut, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 2. Oktober

Wierczoch, Helmut, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 5. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bessel, Otto, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 4. Oktober

Blüm, Rosemarie, geb. **Hennig**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. Oktober

Dlugert, Werner, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 8. Oktober

Elmenthaler, Elke, geb. **Fasbin-**

der, aus Breitenhof, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober

Ewert, Waldemar, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Eyer, Johanna, geb. **Janke**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 5. Oktober

Gardewischke, Gerhard, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 8. Oktober

Kath, Gerhard, Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, am 7. Oktober

Lask, Lieselotte, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 5. Oktober

Meyer, Irmgard, geb. **Berner**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 3. Oktober

Schollbach, Gisela, geb. **Just**, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

Schuchardt, Christel, geb. **Molgedei**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober

Strojna, Ilza, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Oktober

Ziehe, Ursula, geb. **Kamutzki**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 7. Oktober

Beuß, Adelheid, geb. **Auschill**, aus Weidenau, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober

Bodzian, Gertrud, geb. **Kowalzik**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

Daemen, Marianne, geb. **Haupt**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober

Ewert, Serena, geb. **Knorr**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Oktober

Krohn, Heidrun, geb. **Erwied**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober

Kühn, Siegfried, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober

Wir gratulieren...

ANZEIGE

Wendelin Schlosser „Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“ August von Goethe Literaturverlag: ISBN: 978-3-8372-2220-3 314 Seiten, €18,80

ZUM 90. GEBURTSTAG

Engler, Hedwig, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Oktober

Gerwien, Rudi, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 7. Oktober

Knafla, Alfred, aus Winrichsrode, Kreis Neidenburg, am 6. Oktober

Neiß, Renate, geb. **Pfennig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Papke, Günther, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 6. Oktober

Schmidt, Waltraud, geb. **Spey**, aus Treuburg, am 3. Oktober

Schulz, Waltraud, geb. **Kotowski**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 6. Oktober

Seeger, Helmut, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 2. Oktober

Wierczoch, Helmut, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 5. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bessel, Otto, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 4. Oktober

Blüm, Rosemarie, geb. **Hennig**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. Oktober

Dlugert, Werner, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 8. Oktober

Elmenthaler, Elke, geb. **Fasbin-**

der, aus Breitenhof, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober

Ewert, Waldemar, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Eyer, Johanna, geb. **Janke**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 5. Oktober

Gardewischke, Gerhard, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 8. Oktober

Kath, Gerhard, Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, am 7. Oktober

Lask, Lieselotte, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 5. Oktober

Meyer, Irmgard, geb. **Berner**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 3. Oktober

Schollbach, Gisela, geb. **Just**, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

Schuchardt, Christel, geb. **Molgedei**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober

Strojna, Ilza, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Oktober

Ziehe, Ursula, geb. **Kamutzki**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 7. Oktober

Beuß, Adelheid, geb. **Auschill**, aus Weidenau, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober

Bodzian, Gertrud, geb. **Kowalzik**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

Daemen, Marianne, geb. **Haupt**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober

Ewert, Serena, geb. **Knorr**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Oktober

Krohn, Heidrun, geb. **Erwied**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober

Kühn, Siegfried, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober

Mazuch, Siegfried, aus Neuen-

dorf, Kreis Lyck, am 8. Oktober

Nischik, Karin, geb. **Brozio**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober

Pejs, Christine, geb. **Kulikowski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober

Perbandt, Ingeborg, geb. **von Toll**, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

Roeder, Hilde, geb. **Banduhn**, aus Bladlau, Kreis Heiligenbeil, am 4. Oktober

Seidler, Siegfried, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 4. Oktober

Stoßno, Siegfried, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober

Lübke, Gisela, geb. **Jotzo**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

Schlingmann, Hans-Dieter, aus Groß Eschenbruch, Kreis Insterburg, am 3. Oktober



Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgende Veranstaltungen geplant:

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Wegen der Corona-Pandemie kann es zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Bucht-

straße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Der geplante Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Die Videos zu dieser virtuellen Gedenkveranstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

Bitte vormerken für 2021: **Jahrestreffen der Ostpreußen**, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Zusendungen für die Ausgabe 42/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 42/2020 (Erstverkaufstag 16. Oktober) bis spätestens Dienstag, den 6. Oktober 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040) 41 40 08 - 34 E-Mail: renker@paz.de Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr



Ostpreußisches Landesmuseum

Noch bis 31. Januar 2021, Kabinett ausstellung:

„Reise um die Welt“ - Adam Johann von Krusenstern zum 250. Geburtstag

Die Kabinett ausstellung „Reise um die Welt“ wird anlässlich des 250. Geburtstags von Adam Johann von Krusenstern (1770-1846) präsentiert. Der aus einer deutschbaltischen Familie stammende von Krusenstern wurde berühmt, da ihm im Auftrag des Kaisers Alexander I. mit den Schiffen Nadeschda und Newa die erste russische Weltumseglung von 1803 bis 1806 gelang. Diese Expedition lieferte zugleich eine Vielzahl neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, die auch Niederschlag in von Krusensterns dreibändiger Publikation „Reise um die Welt“ fanden, der ein Atlas beigefügt ist. Daraus werden seltene Kupferstiche gezeigt, deren Vorlagen der Leipziger Arzt, Zeichner und Naturforscher Wilhelm Gottlieb Tilesius von Tilenau (1769-1857) während der Reise fertigte.

Zu dieser Ausstellung gibt es folgende Veranstaltungen:

Sonntag, 4. Oktober 2020, 14.00 bis 15.00 Uhr, regulärer

Museumseintritt zzgl. 1,50 € Öffentliche Sonntagsführung mit Dr. Eike Eckert

Vorstellung der Kabinett ausstellung „Reise um die Welt“ - Adam Johann von Krusenstern zum 250. Geburtstag

Eckert beleuchtet sowohl die Biographie des Weltumseglers von Krusenstern als auch die Entstehung der Expedition. Er erläutert die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und diplomatischen Ziele und Ergebnisse der Reise und blickt auf die Bedeutung in den Rahmen der damaligen russischen Kolonialpolitik ein. Dr. Eike Eckert ist als Osteuropahistoriker und Kurator am Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung sowie für die Deutschbaltische Abteilung als auch den Themenkomplex „Flucht, Vertreibung, Ankunft und Integration“ zuständig. Aufgrund der Corona-Pandemie ist die Führung auf 10 Personen begrenzt, eine Anmeldung unter Tel. 04131-759950 oder info@ol-ig.de erforderlich.

13. bis 16. Oktober 2020, tgl. von 14.00 bis 16.00 Uhr, Kosten: 5,00 € pro Tag „Reise um die Welt“ - Herbstferienprogramm für Kinder von 8 bis

12 Jahren, Eine (Phantasie-) Reise mit dem Segelschiff über die Weltmeere führt die Kinder jeden Tag in ein anderes Land mit seinen Menschen und Landschaften.

Wo: Atelier des Ostpreußischen Landesmuseums, Anmeldungen unter bildung@ol-ig.de oder telefonisch 04131 759950, sind nur für die ganze Woche möglich. Maximal 8 Kinder können teilnehmen.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung

Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg Tel. +49 (0)4131 759950, Fax +49 (0)4131 7599511 E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de Öffnungszeiten: Di - So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei! Führungen nach Vereinbarung, Preis: ab 50,00 € / Gruppe zzgl. 4,00 € pro Person

Folgen Sie uns auf Facebook: www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Landesgruppe – Mittwoch, 14. Oktober 2020, 18.00 Uhr, Stuttgart Haus der Heimat, Schloßstr. 92, Vortrag „Ahnungslosigkeit trifft Schicksal“, Referentin Franziska Lüttich:

Flucht und Vertreibung, Umsiedlung, Ostpreußen, Westpreußen - alles Begriffe, die im Geschichtsunterricht vorkamen. Theoretische Konstrukte, Lernstoff. Grenze A veränderte sich so, Grenze B anders. Musste man wissen, stand auf dem Lehrplan. Aber während die NS-Zeit und ihre Verbrechen gefühlt in Echtzeit durchgenommen wurde, hat alles, was nach dem Krieg passierte, es nicht in mein Langzeitgedächtnis geschafft. Es war kein großes Thema. Nicht in der Schule und zuhause schon zweimal nicht. „Die Vertriebenen nun wieder“ war alles, was ich von meinen Eltern hörte, wenn in den Nachrichten etwas über Landsmannschaften, Vertriebenenverbände und Co kam.

Also hatte ich davon kaum etwas auf dem Schirm und wenn doch, dann nur negativ. Menschen und ihre Schicksale durch Flucht und Vertreibung waren kein Thema für mich. Das änderte sich erst Jahrzehnte später - als ich Uta Lüttich kennenlernte...- Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind.

70 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Reutlingen - Eine große Feier war vorgesehen, unserer verlorenen Heimat und Gründung der Lands-

mannschaft Ost- und Westpreußen Reutlingen 1950 würdig zu gedenken.

Doch Corona bedingt musste der Vorstand das Programm reduzieren. Die Pandemie hat uns viele Auflagen auferlegt: Mund-, Nasenschutz tragen sowie Abstand halten und die Personenzahl müssen eingehalten werden.

Mit großem Bedauern können wir langjährige Freunde, die sich mit uns und unserer verlorenen Heimat verbunden fühlen, nicht einladen.

Wir hoffen, dass uns in den letzten Tagen der Vorbereitungsarbeit kein Verbot wegen der Corona-Pandemie erreicht.

Vor 75 Jahren mussten wir aus Angst, der Roten Armee in die Hände zu fallen, die geliebte Heimat, wo wir uns zu Hause und geborgen fühlten, für immer verlassen. Es folgten Verschleppung, Vertreibung und wir waren heimatlos, im Westen unseres Vaterlandes, auch in Dänemark nicht willkommen. Viele Familien waren ausgelöscht oder auseinandergerissen.

In den Wirren der Nachkriegszeit war sehr viel Leid über unser Land hereingebrochen.

So war die Sehnsucht groß, Schicksalsgefährten zu finden, um sich über Erlebtes auszutauschen. Um so erstaunlicher, dass nach nur 5 Jahren, also 1950, es beherzte, tapfere Landsleute gab, die Ortsgruppen, Kreisgruppen gegründet haben.

Diesen Landsleuten, die das Ehrenamt Heimatarbeit ausgefüllt haben, sind wir zu großem Dank verpflichtet.

Der jetzige Vorstand kann mit den Mitgliedern und einigen Ehrengästen feiern: am 10.10.2020 um 14 Uhr im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Str. 6a, 72762 Reutlingen, das Jubiläumsfest 70 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen.

Der Oberbürgermeister von Reutlingen, Herr Thomas Keck, die Landesvorsitzende der Ostpreußen Baden-Württemberg - Frau

Uta Lüttich, der Vorsitzende der Westpreußen Baden-Württemberg - Herr Hans-Werner Schwalke, werden anwesend sein und ein Grußwort an uns richten.

Den Mitgliedern, die nicht kommen konnten, sind wir in Gedanken verbunden.

Liebe Mitglieder und alle uns verbundene Landsleute, bleibt gesund!

Bis zum Wiedersehen grüßt Euch alle Eure

Ilse Hunger



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Ansbach - Am 17. Oktober 2020 um 15.00 Uhr in der Orangerie in Ansbach: Elisabet Boehm - eine Gutsfrau aus Ostpreußen und der Landwirtschaftliche Hausfrauenverein



Berlin
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, **Geschäftsstelle:** Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354. **Internet:** www.ostpreussen-berlin.de

Bartenstein Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Tel: 030/494 44 04 Königsberg, 08. Oktober 2020, Beginn 13:00 Uhr, Lokal „Alte Ziegenweide“, Priesterweg 25 / S-Bahn Priesterweg 12157 Berlin Anfragen: Elfi Fortange Tel: 494 444 04

Der Vorstand



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040)34 63 59, Mobiltelefon (0170)3102815

Tag der Heimat 2020 in der Hansestadt Hamburg

Der Landesverband der vertriebenen Deutschen der Hansestadt Hamburg hatte sich mächtig auf die Festrede durch die Zweite Bürgermeisterin Katherina Fegebank anlässlich des 70. Gedenkens an die Charta der Vertriebenen im Bachsaal von St. Michaelis gefreut. Leider musste sie wegen eines Par- teitages absagen.

In der Eröffnung würdigte der Vorsitzende der LM der Deutschen aus Russland, Dr. Otto Horst, den Mut der Besucher und wünschte gutes Gelingen.

In der Festrede fand der herzlich begrüßte Christoph de Vries, MdB und Vorstandsmitglied im Innenausschuss und in der Gruppe der Vertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion sogar entschuldigende Worte für die Absage der Zweiten Bürgermeisterin. Als Überraschung überreichte Piesch dem Festredner de Vries eine Tragetasche mit einer Flasche Sekt gefüllt. Wobei er besonders auf die Inschrift: „Jeder denkt sie sind per- dü!“ - aber nein, noch leben sie. Von Wilhelm Busch, dem unvergessenen Dichter und Karikaturisten Deutschlands.

Mit der traditionellen Fahnen- ehrung grüßte Hartmut Klingbeutel besonders die Flagge der ost- und mitteldeutschen Provinzen unter großem Beifall.

Da Pastor i.R. Peter Voß wegen eines Krankenhausaufenthalts verhindert war, wünschte Moderator Willibald C. Piesch gute Besserung und gedachte der Verstorbenen des Weltkrieges 1939-45 und der Opfer von Flucht und Vertreibung. Doch besonders dankte er den furchtlosen fast siebzig Besuchern, aber vor allem der Kindergruppe „Klassische Musik und Kultur für Kinder e.V.“ Ltg. Frau Ludmila Bakalina, sehr. Er hob dabei dankend die klangvoll am Flügel vorgetragenen Konzertstücke u.a. von F. Chopin, aber auch für die so anmutigen tänzerisch-gesanglich vorgetragenen Lieder der beiden Mädchen in

Kulturzentrum Ostpreußen

Seit der Wiedereröffnung der Residenz Ellingen für den Besucherverkehr sind auch die Ausstellungs- räume des Kulturzentrums Ostpreußen wieder zugänglich. Die inzwischen überall geltenden Abstands- und Hygienemaßnahmen sind natürlich ebenfalls zu beachten.

Die diesjährige Sonderausstellung „**Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick**“ wurde bis zum 22. November verlängert, nachdem sie wegen Corona im März geschlossen wurde.

Am 16. Oktober 1906 besetzte der aus Tilsit stammende Wilhelm Voigt mit einigen Soldaten das Köpenicker Rathaus und raubte die Stadtkasse. Die „Köpenickiade“ ist das Thema einer in dieser Form völlig neuen Ausstellung. Sie beleuchtet die ostpreußische Abstammung Voigts und rekonstruiert die Ereignisse



Ellingen Historische Postkarte mit Darstellungen des Hauptmanns von Köpenick *Foto: Kulturzentrum Ostpreußen*

in Köpenick. Darüber hinaus wird auch die Verarbeitung des Schelmenstücks in der Presse sowie in Literatur und Film in den Blick genommen.

Die Öffnungszeiten für diese Sonderausstellung, wie auch für alle anderen Räumlichkeiten des

Kulturzentrums Ostpreußen, sind wie üblich: **Dienstag bis Sonntag, 10-12 Uhr und 13-17 Uhr** (auch an den Feiertagen). **Kulturzentrum Ostpreußen Schloßstr. 9, 91792 Ellingen www.kulturzentrum-ostpreussen.de**

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang überwiesen. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

schickem Trachtenlook. Herzlich dankte er auch der Singegruppe 'im Herzen jung', Ltg. Viktor Diehl, den OS-Trachtenträgerinnen B. Ottinger, Steiger W. Kwiatoski der Oberschlesier in Hamburg und einer Stelv. Helga Brenker in historischer pommerscher Frauentracht, sowie Eheleute Seeger in Siebenbürger Tracht, denen beim großen Finale als Dank eine gelbe Rose Stellv. Klingbeutel auf der Bühne überreichte.

Im Schlusswort wies Frau Seeger, Vorsitzende der Siebenbürger in Hamburg und Schleswig-Holstein, u.a. auf die aktive Kulturarbeit unseres Verbandes hin und wünschte allen einen guten Heimweg und weiter Gesundheit.

Willibald Piesch



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Ausstellung im Haus der Heimat „Kann Spuren von Heimat enthalten“

Wiesbaden - Eine Ausstellung über Essen und Trinken, Identität und Integration der Deutschen des östlichen Europas.

Die Ausstellung befasst sich mit dem breiten Thema Essen und Trinken, Alltag, Identität und Integration. Es geht um die Lebenswirklichkeit der Flüchtlinge nach 1945 sowie der Aussiedler in späteren Jahren. Die Ausstellung wirft einen Blick auf die Hungerjahre in der Nachkriegszeit wie auch auf die Überflussesgesellschaft, auf welche die Spätaussiedler anfangs trafen.

Ausstellungstermin: 21. 10. bis 4. 12. 2020, Öffnungszeiten: mittwochs und donnerstags von 10 - 17 Uhr, freitags von 10 - 14 Uhr. Der Eintritt ist frei.



Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende: Klaus-Arno Lemke und Jürgen Zauner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964)1037. Fax (02964)945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe - Aufgrund der personellen Veränderungen im Landesvorstand haben die Mitglieder der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen im schriftlichen Umlaufverfahren einen Notvorstand gewählt, der bis zur regulären Neuwahl im Frühjahr 2021 handlungsfähig ist.

Als 1. Vorsitzender wurde Herr Jürgen Zauner gewählt, Stellvertreter sind Herr Klaus-Arno Lemke

und Frau Dr. Bärbel Beutner. Als Schatzmeister wurde Klaus-Arno Lemke gewählt, und zur Schriftführerin ist Dr. Bärbel Beutner berufen worden.

Der geschäftsführende Vorstand braucht zukünftig Verstärkung und bittet die Landsleute um aktive Mithilfe.

Leider muss die Herbsttagung am 24. Oktober 2020 abgesagt werden, da aufgrund der Beschränkungen durch Corona ein sicherer Ablauf der Veranstaltung nicht gewährleistet ist.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Landesgruppe - Am 13.09.2020 waren alle Heimatvertriebene und Spätaussiedler zum Feiern ihres Ehrentages nach Hoyerswerda in die Lausitzhalle eingeladen. Für die gute Organisation für diesen Tag bedanken wir uns bei Claudia Florian, Herrn Frank Hirche und Herrn Friedrich Zempel ganz herzlich.

Der Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler feiert jedes Jahr am 2. Sonntag im September diesen besonderen Gedenktag, und jeder freut sich auf dieses Treffen. Auch wir haben uns schon auf diesen Tag gefreut.

Von Chemnitz bis nach Hoyerswerda wurde unsere Fahrt schon ein schönes Erlebnis. Das Wetter war wunderbar und die Sonne lachte am Himmel und strahlte mit uns um die Wette. Zu dieser Veranstaltung wurden die Corona Bestimmungen umgesetzt und eingehalten.

Zu Beginn begrüßte uns unser Landesvorsitzender Frank Hirche auf das Herzlichste und freute sich über das zahlreiche Erscheinen. Er gab den Tagesablauf bekannt und sprach über die geleistete Arbeit.

Dr. Jens Baumann vom sächsischen Innenministerium in Dresden begrüßte alle Teilnehmer sehr herzlich und informierte über wichtige Termine und die gemeinsamen Aufgaben für die Zukunft. Wir bedanken uns sehr herzlich für die gute und große Unterstützung bei Dr. Baumann.

Im Anschluss erfreuten uns die Philharmoniker mit herrlicher Musik.

Die Festrede hielt Herr Dr. Christopher Spatz. Danach folgte eine Pause. Für ein gutes Mittagessen und anschließendem Kaffee und Kuchen wurde bestens gesorgt. Zeit für gute Gespräche und das herzliche Miteinander bei frohem Wiedersehen hat Leib und Seele gutgetan, nur auf die herzlichen Umarmungen mussten wir verzichten.

Danach wurden drei verdiente Persönlichkeiten für ihre Leistungen ausgezeichnet.

Die freundliche Moderatorin Gisela Lossak führte mit sinnvollen Sprüchen durch das Programm.

Die Philharmoniker spielten alle Hymnen aus den Vertreibungsgebieten und wir durften kräftig mitsingen.

Das abwechslungsreiche Programm mit Musik und Unterhaltung am Vormittag bereitete uns allen große Freude.

Am Nachmittag erfolgte die

Fahrt nach Knapenrode, wo unser neues Heimatmuseum entstehen wird. Hier gab es eine Vorstellung unserer neuen größeren Räumlichkeiten und das Konzept „Transferraum Heimat“.

An diesen schönen erlebnisreichen Tag werden wir noch lange denken.

Viele gute Ideen für unsere ehrenamtliche Arbeit haben wir durch nützliche Gespräche aus der Veranstaltung mit nach Hause genommen.

Einen herzlichen Dank an alle die dazu beigetragen haben, dass der Tag so ein voller Erfolg geworden ist.

In heimatlicher Verbundenheit
Hannelore und
Harald Kedzierski

Kirchentag

Landesgruppe - Am 18. Oktober 2020 findet um 09:30 Uhr beginnend mit dem Gottesdienst in der St. Matthäus Gemeinde in Chemnitz, Zinzendorferstr. 14, unser Kirchentag statt.

Der Kirchentag soll sich mit dem Thema: „Die Liebe – göttlich - menschlich“ beschäftigen. Der Umgang der Menschen im alltäglichen Leben lässt oft zu wünschen übrig, doch Gott gab uns den Auftrag jeden Menschen zu lieben, wie Gott es tut. Gott gab uns die Welt, dass wir diese bevölkern und uns darauf einrichten können.

Im Gottesdienst werden wir das Thema: Liebe aus göttlicher Sicht beleuchten. Mit der großen Sintflut wird eine göttlich veranlasste Flutkatastrophe beschrieben, die die Vernichtung der gesamten Menschheit und der Landtiere zum Ziel hatte. Doch Gott hatte ein Einsehen und sandte den Regenbogen als Friedenszeichen für die Menschen. Frau Pfarrerin Jutta Gildehaus wird predigen zum Thema.

Nach dem Gottesdienst sammeln wir uns am Gedenkstein und gedenken an die Toten des zweiten Weltkrieges. Frau Almut Patt (OB-Kandidatin für Chemnitz) wird eine Gedenkrede halten.

Im Anschluss der Mittagspause planen wir ein Referat mit einer Polin, Frau Nina Goncalo, die sich mit der polnischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg aus-

einandergesetzt hat. Auch die Polen haben ihre Heimat verloren.

Danach planen wir, dass uns die „Kirchenmäuse“ der St. Matthäuskirche mit Tanz und Gesang erfreuen.

Sie sind herzlich eingeladen und wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu dürfen. Bitte melden Sie sich bei Alexander Schulz unter Tel.: 0371-301616 an, Es gibt zur Mittagspause einen kleinen Imbiss und Kaffee und Kuchen.

Alexander Schulz
Landesvorsitzender



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Elmshorn - Am 3. Oktober 2020 wird Werner Ullrich um 17 Uhr am Elmshorner „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ aus seinem neuen Roman „Mauersegler“ lesen.

Im Mittelpunkt des Buches stehen zwei Jungen aus Ostpreußen, die während des 2. Weltkrieges fern von der Nazi-Propaganda und fast unberührt vom Krieg aufwach-

sen. 1945 aber werden sie doch noch zum sogenannten „Volkssturm“ einberufen, werden an der Ostfront überrollt und geraten in sowjetische Gefangenschaft. In einem sibirischen Straflager müssen sie um ihr Überleben kämpfen - verlieren dabei aber nie die Hoffnung, einmal heimkehren zu können, und versuchen trotzdem, an den „fernen Wassern“ der Lena ein Stück Heimat zu finden.

Werner Ullrich, Jahrgang 1942, wurde in Berlin geboren und lebt seit einigen Jahren mit seiner Frau Maggie, einer gebürtigen Ostpreußerin, als freischaffender Künstler zeitweise in Elmshorn, zeitweise in den Bergen der Algarve. Nach dem autobiografischen Roman „Barfuß durch die Kindheit“ (2009) ist „Mauersegler“ sein zweiter Roman. Wer durch die Lesung - Eintritt 10 Euro - auf den Geschmack gekommen ist, kann das Buch gleich am „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ kaufen.

Nähere Informationen und Anmeldung beim „Forum Baltikum - Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Ruf: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Absage Erntedankgottesdienst Flensburg - Vereinigte Landsmann-

schaften Flensburg (VLM Fl) e.V.

Die Teilnahme der VLM am Erntedankgottesdienst der Kirchengemeinde St. Michael am 4. Oktober muß leider corona-bedingt abgesagt werden. Dadurch entfällt auch das gemeinsame Mittagessen im AWO-Servicehaus in der Mathildenstraße.

Wir bitten unsere Mitglieder, die jeweiligen Erntedank-Gottesdienste ihrer Kirchengemeinde zu besuchen.

Wir bedauern die Absage sehr, aber es werden auch wieder Zeiten mit weniger Einschränkungen kommen.

Der Vorstand

Neumünster - Alle Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sind bis zur Adventsfeier abgesagt - auch unsere Erntedankfeier. Ernte - Dank, das tun wir für uns und danken, dass wir unser tägliches Brot haben.

Die Adventsfeier am 5. Dezember 2020 um 15.00 Uhr in der Stadthalle wird im großen Saal unten in der Stadthalle, Am Kleinflecken, stattfinden. Es ist noch lange hin, aber Planung muss sein! Ich bitte um eine verbindliche Anmeldung bis zum 28. November 2020 unter Telefon 0 43 21 - 8 23 14.

Brigitte Profé

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Beilagen der PAZ zum Nachbestellen

In den vergangenen Monaten hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* einige Sonderbeilagen zu wichtigen Themen der preußischen und ostpreußischen Geschichte sowie zur Museumskultur herausgegeben.

Diese Beilagen stießen unter den Lesern auf großen Zuspruch und können nun auch einzeln in der Geschäftsstelle der PAZ bestellt werden.

Der Preis per Stück beträgt 1,- Euro, zzgl. Versandkosten.

Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter der E-Mail-Adresse: selke@paz.de oder telefonisch unter der Nummer **(040)414008-0**.



1945: Nullpunkt unserer Geschichte

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Doch die Menschen in Deutschland und Europa bewegt er bis heute. Betrachtungen und Denkanstöße aus verschiedenen Blickwinkeln und Ländern.



Erzähltes Preußen. Eine Museumsbeilage

Nach Wochen des Lockdowns sind seit Mai auch die Museen wieder geöffnet. Ein guter Anlass, einige derjenigen Häuser, die auf vielfältige Weise von der Geschichte Preußens und den Geschichten seiner Menschen berichten, (neu) zu entdecken.



100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen

Zum Gedenken an das Referendum vom 11. Juli 1920, als die Bewohner der südlichen Kreise Ostpreußens und einiger Kreise Westpreußens aufgefordert waren zu entscheiden, ob ihre Heimat bei Deutschland verbleiben oder zu Polen kommen sollte.

Heimatkreisgemeinschaften



Ebenrode
Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Tel.: 05261 - 8 81 39, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Anni Reinhardt zum 100.
In geistiger Frische und bei erfreulicher Gesundheit vollendet Anni Reinhardt aus Narwickau am 9. Oktober ihr 100. Lebensjahr.

Kreistag Ioren. Die Kreisgemeinschaft Ebenrode gratuliert herzlich, wünscht der Jubilarin eine fröhliche Feier in ostpreußischer Manier und noch viele Jahre - fern der Heimat, aber munter!



Elchniederung
Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Tel.: 02405-73810, GF: Barbara Daweidit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Tel./Fax: 034203 - 33 567

Kreistag/Delegierten-Versammlung
Am Samstag, den 12.09.2020, fand in Bad Nenndorf die Delegierten-

Versammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung statt. Die Versammlung begann nach der Begrüßung durch den Versammlungsleiter Fritz Klingsporn und Feststellung der Beschlussfähigkeit mit einem Totengedenken. Es wurde der kürzlich verstorbenen ehemaligen Kirchspielvertreter Irmgard Fürstenberg und Siegfried Dietrich gedacht. Es folgten zwei Ehrungen: Die Geschäftsführerin Barbara Daweidit und der Webmaster der Kreisgemeinschaft Wolfgang Nienke wurden mit der silbernen Ehrennadel der LMO ausgezeichnet. Danach berichtete die Geschäftsführerin über den Haushaltsplan und erläuterte den Wirtschaftsplan für das kommende Jahr. Der Kassenprüfer Peter Westphal stellte den Kassenprüfbericht vor, Kassenführerin

und Vorstand wurden entlastet. Da Peter Westphal nach der letzten Kassenprüfung sein Amt als Kassenprüfer niedergelegt hat, wurde mit Dieter Wenskat ein neuer Kassenprüfer gewählt. Astrid Schriewer-Romeike wird weiterhin als Kassenprüferin tätig sein. Anschließend stand die turnusmäßige Neuwahl des Kreisvertreters an. Manfred Romeike wurde in seinem Amt bestätigt und als Kreisvertreter wiedergewählt. Zum Schluss der Versammlung wurde die überarbeitete Version der Satzung, an der bereits länger gearbeitet wurde, endgültig verabschiedet.

das wir uns im nächsten Jahr beim 12. Lycker Treffen in Bremen wiedersehen.

Wilhelm Norra



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Kreistagsitzung der Kreisgemeinschaft Ortelsburg
Aufgrund der Corona Pandemie wurde der Kreistag der Kreisgemeinschaft Ortelsburg auf Samstag, den 19. September verschoben. 15 Mitglieder trafen sich in einem Tagungsraum, der viel Abstand zwischen den einzelnen Personen zuließ. Der Kreisvorsitzende Marc Plessa leitete die Sitzung. In der Totenehrung erwähnte der Schatzmeister Ingo Gosdek die verstorbenen ehemaligen Kreistagsmitglieder Renate Antoniewski und Herbert Rogalla. Im Rechenschaftsbericht gab der Vorsitzende einen Überblick über die Tätigkeiten im Jahr 2019 und 2020. Der Kassenbericht wurde ausführlich von Ingo Gosdek vorgetragen. Jürgen Mosdzil, der Schriftleiter des Heimatboten, sprach über den bereits versandten Heimatboten des Jahres 2020. Ingo Gosdek, der bisher kommissarische zweite Vorsitzende, wurde einstimmig zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Aufgrund der Pandemie sind die Veranstaltungen in diesem Jahr abgesagt worden. Im Jahr 2021 sind

zwar Treffen geplant, ob die Durchführung möglich ist, ist derzeit noch nicht absehbar.

Wahlen zum Kreistag

Mittlerweile müsste bei allen Mitgliedern der Ortelsburger Heimatbote eingetroffen sein. In diesem Jahr liegt ein Stimmzettel bei. Sie haben die Möglichkeit bis zu fünf Stimmen abzugeben, um den neuen Kreistag (ab 2021) zu wählen. Wir bitten um rege Beteiligung, da die Wahl in diesem Jahr aufgrund der ausgefallenen Veranstaltungen nur über den beigelegten Stimmzettel möglich ist. Einzelheiten entnehmen Sie dem Artikel im Heimatboten.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Ausfall Lycker-Treffen in Bremen am 12.11.2020

Liebe Landsleute,
das 12. Lycker-Treffen in Bremen am 12.11.2020 im Hotel „Zur Post“ am Bahnhofplatz fällt leider aus. Da ungewiss ist, wie sich die Corona-Pandemie weiterentwickelt, und sich die meisten von uns im fortgeschrittenen Alter befinden und als besonders gefährdet gelten, habe ich die Veranstaltung schweren Herzens abgesagt. Inzwischen wäre das Treffen auch in Bezug auf die Corona-Bestimmungen vom Hotel aus nicht möglich. Meine Frau und ich wünschen Euch allen gute Gesundheit und



Ostpreußen früher Das Ostseebad Cranz zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Der Wasserturm im Hintergrund, im Vordergrund die Villa „Rosa“ an der Kreuzung Fritz-Tschierse- und Willi-Hölgerstraße. Eine Ansichtskarte des Verlegers Johann Lukowski, Beuthen, aus dem Jahre 1910

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«
Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE31

Hinweis
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Rätsel

Grid of word puzzles with clues in German. Includes a small Sudoku puzzle and a 'So ist's richtig' section with a crossword grid.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 4, 7, 1, 5, 6, 4, 8, 2, 4, 5, 9, 6, 3, 7, 8, 6, 8, 9, 7, 5, 2, 3, 6, 7, 8, 9.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

6x6 Diagonal puzzle grid with numbers 1-6 and arrows indicating word directions.

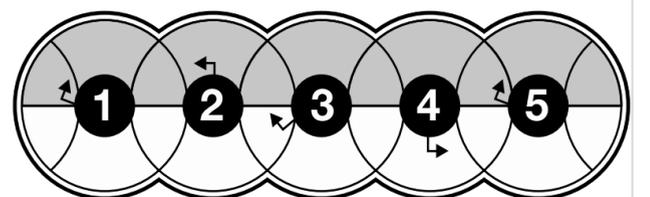
Diagonalrätsel
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gewürze.

- 1 Bildwerk aus bunten Steinen
2 Errichtung, Montage
3 US-Filmproduzent (Walt)
4 Junges der Henne
5 Summe, bestimmte Menge
6 verborgen vorhanden

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Fußballspielerposition.

- 1 Stadt in Oberitalien, 2 starkes Schiffstau, 3 Bierglas, 4 Schutz, Obhut, 5 Getreideart



JOHANN GOTTFRIED HERDER

„Licht, Liebe, Leben“

Broschüre des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen über den großen Philosophen aus Mohrungen in Ostpreußen

VON MANFRED E. FRITSCHKE

Licht, Liebe, Leben“ – dies war der Wahlspruch von Johann Gottfried Herder, Philosoph, Dichter, Literat, Übersetzer, Theologe, Entdecker des Volkstums und Erwecker des Volksliedes. Herder gilt als Begründer der deutschen Sprach-, Kultur- und Geschichtsphilosophie. Er war einer der einflussreichsten deutschen Denker und Schriftsteller der Aufklärung und zählte mit Goethe, Schiller und Wieland zu den vier größten Weimarer Schriftstellern dieser Zeit. Er machte sich als Pädagoge und Schulreformer einen Namen und wurde als „Erzieher“ des deutschen Volkes geehrt.

Einflussreicher Aufklärer

Diese Kurzbeschreibung enthält die Broschüre des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, die unter dem Titel „Johann Gottfried Herder. Leben – Werk – Bedeutung“ viele Daten Herders aus seinem bewegten Leben detailliert beschreibt und mit zahlreichen historischen Fotos erläutert.

Dieses beginnt am 25. August 1744, als er als drittes von fünf Kindern des Lehrers und Kantors der polnischen Gemeinde, Gottfried Herder, im ostpreußischen Mohrungen, damals im Besitz der Familie der Grafen zu Dohna-Schlobitten, geboren wird. Dem strengen und pflichtbewussten Vater verdankt er seine Vorliebe für Ordnung sowie seine Geschichtsliebe, von der Mutter Anna Elisabeth erbt er die Frömmigkeit und Güte sowie weitere Geistesgaben. In der Pfarreischule lernte er neben den Grundfächern die lateinische und die griechische Sprache und erhielt durch Rektor Grimm Einblick in die Welt der Wissenschaften.

Als 16-Jähriger wurde er Schreibgehilfe im Haus des Diakons

Trescho und hatte in dessen Bibliothek Zugang zu den Werken Lessings und Rousseaus sowie der deutschen Dichter Simon Dach, Albrecht von Haller und Ewald von Kleist.

Nachdem er sich für den Beruf des Chirurgen und des Buchhändlers

als nicht geeignet erwiesen hatte, begann er 1762 ein Theologiestudium. Johann Georg Hamann, der als „Magus des Nordens“ bezeichnet wurde, weckte in Herder die Vorliebe für Sprache, Poesie und Literaturkritik. Herder hörte Vorlesungen bei Immanuel Kant in Mathematik und Geografie sowie Methoden des kritischen Denkens und Erkennens.

Ab Herbst 1762 war er tätig

als Hilfslehrer an der Domschule in Riga, wo er ab November 1764 ständig lebte und fünf Jahre Hauptprediger an zwei Vorstadtkirchen war. Er beschäftigte sich mit Sprache und Liedern

als Hilfslehrer an der Domschule in Riga, wo er ab November 1764 ständig lebte und fünf Jahre Hauptprediger an zwei Vorstadtkirchen war. Er beschäftigte sich mit Sprache und Liedern

der örtlichen Bevölkerung und verfasste erste Schriften mit Grundgedanken der neuen deutschen Literatur, mit denen er zum Begründer der neuen deutschen Literaturkritik wurde.

Nach Riga folgte ein Aufenthalt in Paris und Nantes, und 1770 nahm er kurzzeitig eine Stelle als Erzieher des Erbprinzen Peter von Holstein-Gottorp an. Mit diesem nach Italien unterwegs, lernte er in Darmstadt Marie Caroline Flachsland, seine spätere Ehefrau, kennen. In Straßburg traf er Johann Wolfgang von Goethe, mit dem ihn zeitlebens eine geistige Partnerschaft verband. 1771 folgte Herder dem Ruf des Grafen von Schaumburg-Lippe nach Bückeburg, wo er Hofprediger wurde.

Hier entstand sein Werk „Auszug aus einem Briefwechsel über Ossian und die Lieder der alten Völker“, in dem erstmals der Begriff „Volkslied“ zu finden ist. 1773 heiratete er Marie Caroline Flachsland und nahm 1775 die Stelle des Oberpfarrers und Superintendenten des Herzogtums Sachsen-Weimar an. Trotz der umfangreichen beruflichen Aufgaben entstand 1778/79 ein umfassendes Liederbuch aller Völker und Zeiten, das unter dem Titel „Stimmen der Völker in Liedern“ erst 1807 nach seinem Tode veröffentlicht wurde und bis heute bekannt ist. Die von 1784 bis 1791 veröffentlichte Anthropologie „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ kann als Herders Hauptwerk, als Krönung und Zusammenfassung seines Wirkens bezeichnet werden.

Wirken in Weimar

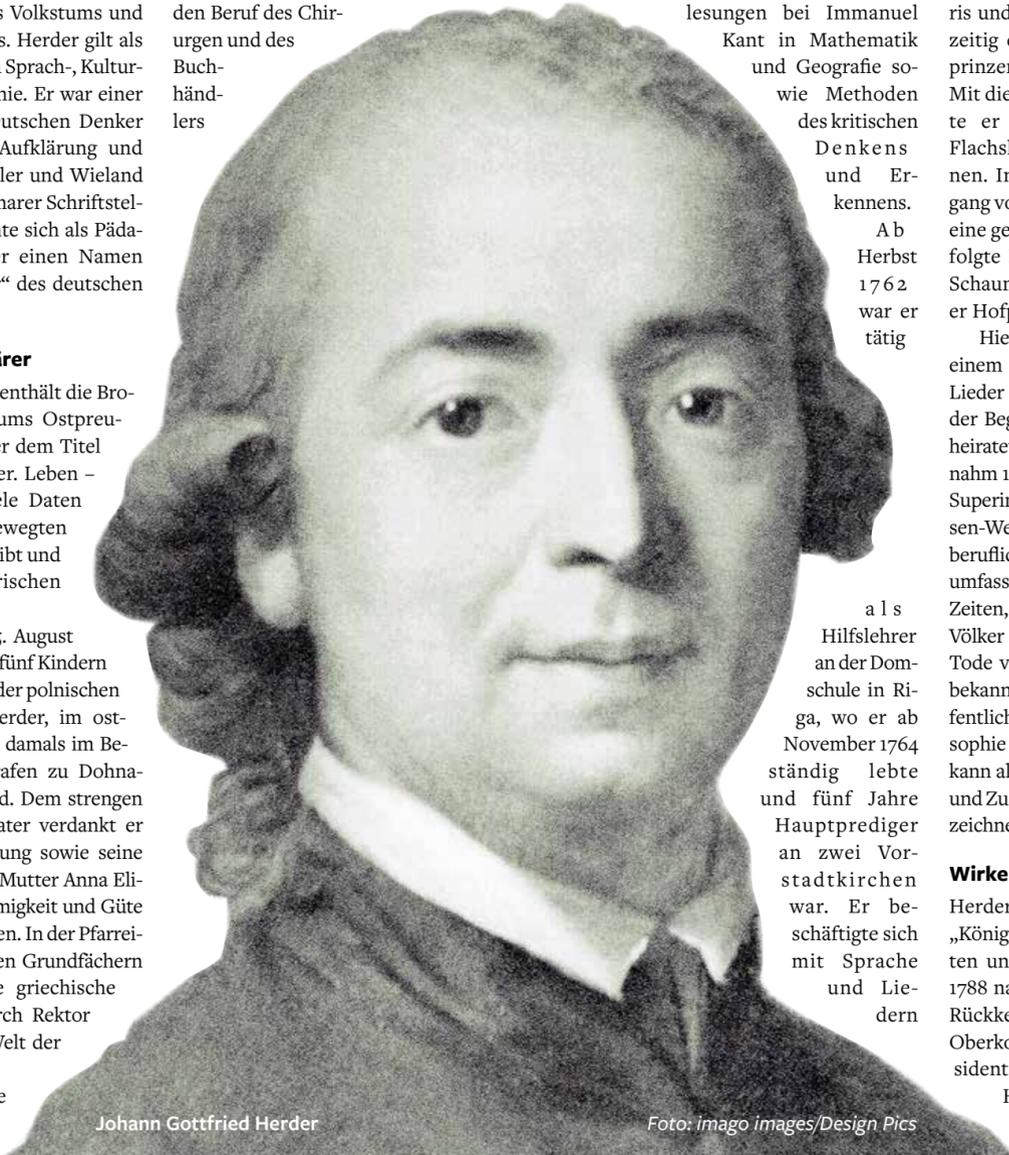
Herder wurde 1787 Ehrenmitglied der „Königlichen Akademie der Wissenschaften und der Literatur“ in Berlin, reiste 1788 nach Italien und wurde nach seiner Rückkehr Vizepräsident des Weimarer Oberkonsistoriums und 1801 dessen Präsident – das höchste geistliche Amt im Herzogtum.

In diesem Amt verbesserte er die Weimarer Gottes-

dienstordnung, brachte größere Klarheit in die Liturgie und erreichte die Anerkennung des Karfreitags als vollen Feiertag. Der von ihm neu bearbeitete Katechismus und sein Gesangbuch waren in Thüringen über 80 Jahre in Gebrauch. 1802 wurde Herder vom bayerischen Kurfürsten Maximilian Joseph geadelt. Seine letzten Lebensjahre waren durch schwere Krankheit gezeichnet. Er starb am 18. Dezember 1803 in Weimar und fand in der dortigen Stadtkirche seine letzte Ruhestätte.

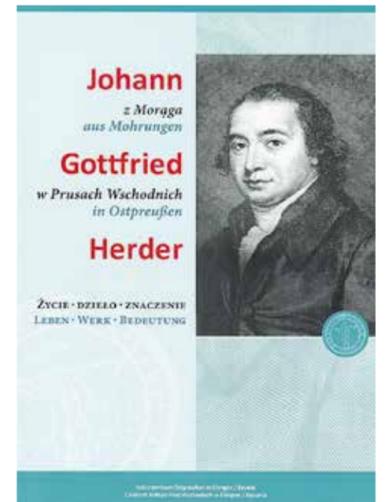
Das Heft über Johann Gottfried Herder mit 40 Seiten auf hochwertigem Kunstdruckpapier enthält zahlreiche historische, teilweise farbige Abbildungen. Der gesamte Text ist zweisprachig in Polnisch und Deutsch.

● **Bestellungen** Die Broschüre „Johann Gottfried Herder. Leben – Werk – Bedeutung“ kann beim Kulturzentrum Ostpreußen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax: (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de für sechs Euro zuzüglich Versandkosten bezogen werden.



Johann Gottfried Herder

Foto: imago images/Design Pics



ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Cranach getarnt als Tischplatte

Auf verborgenen Wegen ist der Stolz der Schlesier, der Breslauer Kunstschatz „Madonna unter den Tannen“, heimgekehrt

Im warmen Licht ausgeleuchtet strahlt die „Madonna unter den Tannen“ eine ganz besondere Aura aus. 1510 hatte sie Lucas Cranach der Ältere auf Bestellung des damaligen Domdekans, Joachim von Lindau, für den Breslauer Dom geschaffen. Das Nationalmuseum zu Breslau nutzte seine guten Verbindungen zum Breslauer Diözesanmuseum und lieh den Cranach aus. Es passte gut, denn das Diözesanmuseum wird gerade renoviert, und so packte Museumsleiter Piotr Oszczański die Gelegenheit beim Schopfe und stellte das Werk neben einer 1946 geschaffenen Kopie des Bildes aus.

400 Jahre lang war diese „Breslauer Madonna“ der Stolz der Schlesier. Sie zählte zu den wertvollsten Kunstwerken, die Schlesien besaß. 1943, als die Russen heranrückten, wurde das Werk aus dem Domschatz ins Kloster Heinrichau [Henryków] und später nach Glatz [Kłodzko] gebracht. Von dort kehrte es 1945 nach Breslau zurück, allerdings ins Diözesanmuseum. Damals erhielt der Geistliche Siegfried Zimmer den Auftrag, das Bild, das auf der Reise leicht beschädigt worden war, zu restaurieren. Zusammen mit dem Vikar der St.-Bonifatius-Kirche, Georg Kupke, stellte Zimmer eine Kopie der

Madonna her, die der polnischen Kirchenverwaltung als Original übergeben wurde. 1948 schaffte Zimmer den echten Cranach über die Grenze in die Bundesrepublik.

„Er plante diese Zugfahrt sorgfältig, denn er war sich bewusst, dass es ihm nicht gelingen wird, das Werk unbemerkt über die Grenze zu führen. Doch er hatte eine Idee: Er wickelte das Cranach-Bild, das auf einer Holzplatte aufgetragen war, in ein Leinentuch und nutzte es als Tisch. Er breitete darauf eine Thermoskanne und seine Brote aus. Außerdem führte er einige Köderobjekte im Reisegepäck mit. Und wie er ahnte, wurde vieles, was Zimmer mitführte, konfisziert. Das Bild, das ihm als Tisch diente, blieb jedoch von den Grenzern unbemerkt“, so Madonnenexperte Krzysztof Nowakowski. 2012, als die Madonna nach Breslau zurückkehrte, haben sich Breslauer Kunststudenten mit dem Cranach-Bild auseinandergesetzt.

Ob Zimmer das Bild als deutsches Kulturerbe vor den nun in Breslau angesiedelten Polen retten wollte, darüber konnten die Studenten nur spekulieren. Der Student Michał Halusiak kann Zimmers Beweggründe nachvollziehen: „Mich



Breslauer Nationalmuseum: Führung durch die Ausstellung „Cranach!!!“

wundert es nicht, dass Zimmer das Werk nach Deutschland schmuggelte. Schließlich gehörte es dem Kulturerbe seines Landes. Aus meiner Sicht hat er richtig gehandelt und man kann es ihm nicht verübeln. Es war höchste Priorität, dieses Kunstwerk, das sich 400 Jahre in Breslau befand, zu bewahren. In Polen gab es dafür keine Chance.“ Die sich im Diözesanmuseum befindende Cranach-

Kopie kam 1961 in das damals noch Schlesische und heutige Nationalmuseum – zur Konservierung. Anhand von Vergleichen mit alten Fotografien konnte Daniela Stankiewicz die Fälschung entlarven. Die heute 90-Jährige ist stolz, dass durch ihre Entdeckung die Suche nach dem Original aufgenommen wurde.

Das Renaissancegemälde soll viele Jahre in der Wohnung von Zimmer ge-

hangen haben, bis es ihm wohl entwendet wurde. Der Geistliche verstarb unter ungeklärten Umständen. Bereits in den 70er Jahren wurde das Bild auf dem internationalen Kunstmarkt angeboten. Nach dem Tod eines Schweizer Sammlers 2012 ist die „Breslauer Madonna“ der Schweizer Kirche übergeben worden.

Durch Raubmord im Handel?

Für Kunststudentin Natalia Brzostowska hat dies ein Geschmäckle: „Es bestätigt, dass dieses Werk nur durch einen Raub oder gar Raubmord in die Hände von Kunstsammlern gelangen konnte. Der Schweizer Sammler musste davon wohl gewusst haben. Vermutlich deshalb übergab er den Cranach der Schweizer Kirche und die schenkte es uns Breslauern zurück. Auf diese Weise wurde die Herkunft des Bildes nicht weiter untersucht“, sagt sie. Mit Hilfe der polnischen Botschaft in Bern kehrte der Cranach schließlich ins Breslauer Diözesanmuseum zurück.

Die „Madonna unter den Tannen“ kann man bis zum 31. März 2021 im Nationalmuseum bewundern.

Chris W. Wagner

ÄLTESTE LINDE VORPOMMERNS

Durch die Krone der Reinberger Linde rauscht der Atem der Geschichte

VON KARL-HEINZ ENGEL

Wer im vorpommerschen Küstenland auf der Bundesstraße 105 zwischen Greifswald und Stralsund unterwegs ist, sollte in Reinberg eine Rast einlegen, um sich auf dem Kirchhofshügel umzuschauen.

Die ältesten Teile der dortigen Backsteinkirche stammen nämlich aus jener Zeit, als Westfalen und Rheinländer das Wendland besiedelten. 800 Jahre ist das her. Vor allem im Chor der Reinberger Kirche sind besterhaltene Gewölbe- und Wandmalereien aus der Erbauungszeit zu sehen, etwa das Fresko Christus als Weltenrichter. So blieb aus dem 13. Jahrhundert auch ein urtümlicher Taufstein aus gotländischem Granit erhalten.



Die Fresken im Kirchchor stammen ebenfalls aus dem 13. Jahrhundert.

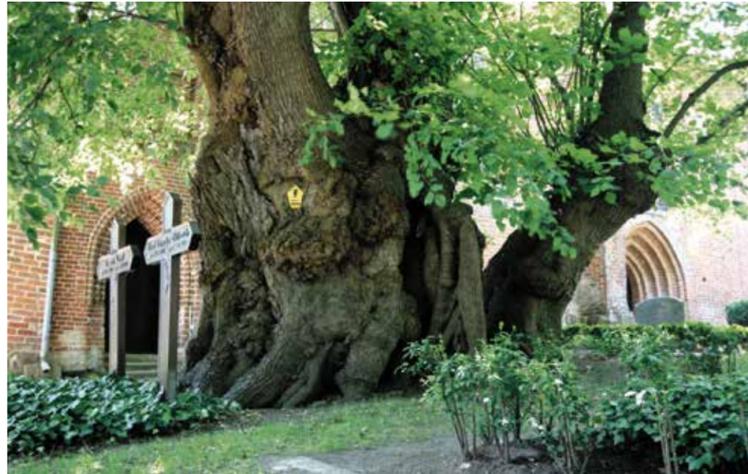
Doch nicht nur das. Der Weg zum Eingangportal wird von einer außerordentlich alten Linde flankiert. Ihr Stamm ist so zerklüftet, dass eine einigermaßen exakte

Bestimmung des Umfangs kaum möglich ist. Mit Sicherheit weist er aber mehr als zehn Meter auf. Damit nimmt die Linde Platz eins aller in Vorpommern wurzelnden Baumveteranen ein. Ihr Alter wird auf sage und schreibe 800 Jahre geschätzt. Sie kann also aus Anlass der Kirchweihe gepflanzt worden sein, was dereinst durchaus gang und gäbe war.

Reinberg war vor der Indienstnahme der Rügendammbücke in Stralsund (1935 bis 1937) mehr als heute ein Ort, in dem Rügenreisende gern Rast einlegten, bevor sie vom benachbarten Stahlbrode aus mit der Fähre zur Insel übersetzten. Vor allem in der Postkutschenzeit gehörte es zum Programm, im Dorfkrug eine Stärkung einzunehmen und sich dann den Kirchberg hinauf die Füße zu vertreten. Angesichts der bizarren Linde gerieten die allermeisten ins Staunen.

Wilhelm von Humboldt war hier

Verbrieft ist, dass prominente Reisende, darunter auch Wilhelm von Humboldt, preußischer Staatsmann, Gelehrter, Reisechriftsteller und Bruder Alexander von Humboldts, den Kirchhofsbäum weithin bekannt machten. Gehölzexperten trieben alsbald Studien über ihn, Dichter verfassten Verse, und Postkarten-Fotografen hielten das Naturdenkmal als Bild fest. Im Schatten der Linde fanden früher zudem verdienstvolle Pastoren ihre letzte Ruhe. Einer der Grabkreuze trägt den Namen Karl Billrodt. Er war der Vater des im 19.



Diese Linde ist mit ihren 800 Jahren die älteste in ganz Vorpommern. Unter ihr fanden einst verdienstvolle Pastoren ihre letzte Ruhe, so auch Karl Billrodt, der Vater des weltberühmten Chirurgen Theodor Billrodt.

Jahrhundert wirkenden, genialen Chirurgen Theodor Billrodt, der unter anderem die moderne Bauchraum- und Kehlkopf-Operation begründete. Der Arzt, ein begabter Pianist und Geiger, war mit Johannes Brahms eng befreundet.

Sühnstein genannt Mordwange

Und noch etwas macht den Kirchberg interessant. An der Westseite der Feldsteinumfassung steht, halb verdeckt vom Laub großer Bäume, eine so genannte Mordwange. Der zwei Meter hohe Sühnstein erinnert an den Tod eines gewissen Hayno van der

Becke. Er starb Mitte des 15. Jahrhunderts durch die Hand eines anderen. Zu erkennen ist auf dem Stein ein Kreuzifix und ein davor kniender Beter, der seinen Blick auf den Kreuzigten richtet. Die Hintergründe der Gewalttat sind allerdings unklar. Sühnesteine geben aber einen Hinweis darauf, dass es nicht immer friedlich zu ging damals im vorpommerschen Küstenland, zumal in der Umgebung weitere solcher Mordwangen bekannt sind. Wer als Reisender etwas Muße mitbringt, sollte also unbedingt im beschaulichen Reinberg eine Pause einlegen und den Kirchberg erkunden.

KULTURGUT BLEIBT ZERSPLITTERT

Auf ein Wort, Herr Bischof!

Das Nordkirchenarchiv wird nicht in Greifswald vereinigt, wieder geht ein Stück Pommern verloren

In der „Mecklenburgischen & Pommerschen Kirchenzeitung“ lese ich in einem Beitrag des „Evangelischen Pressedienstes“ (epd), „wegen der coronabedingten Kirchensteuereinträge wird die Greifswalder Außenstelle des landeskirchlichen Archivs der Nordkirche nicht wie geplant ins künftige Pommersche Archivzentrum in Greifswald einziehen. Die Kirchenleitung könne den Beschluss für eine Kooperation des Landeskirchlichen Archivs mit dem Pommerschen Landesarchiv und dem Stadtarchiv Greifswald nicht aufrecht erhalten, teilte die Nordkirche mit.“

Die Nordkirche hätte sich den Angaben zufolge mit Investitionskosten von gut 1,1 Millionen Euro beteiligen müssen. Hinzu kämen noch anteilige Kosten für das Grundstück und die Verbindung zu dem im Bau befindlichen Stadtarchiv. Nach einer Schätzung vom Juni rechnet die Landeskirche nur noch mit 470 Millionen Euro Kirchensteuereinnahmen in diesem Jahr statt der im Haushalt eingeplanten 536 Millionen Euro.

Nach einem Beschluss der Kirchenleitung sollen nun der Archivstandort Kiel und seine Außenstelle in Schwerin aufgewertet werden. Die Nutzung der Archivbestände und die wissenschaftliche Forschung sollen jedoch in Kiel, Greifswald und Schwerin sichergestellt werden.“

Für den Pommerschen Evangelischen Kirchenkreis und die Region ist dieser Beschluss meines Erachtens nicht nur verhängnisvoll, sondern eine echte Katastrophe. Nicht nur kirchengeschichtlich ist die Zersplitterung wichtiger und kostbarer Dokumente der pommerschen Kirchengeschichte für die wissenschaftliche Forschung ein Zustand, der den bisher-

gen Stand der Dinge festigt oder sogar noch verschlimmert.

Außerdem ist die Verwirklichung nach den neuesten Planungen auch aus politischen Gründen unmöglich. Es geht meines Erachtens wieder ein bedeutsames Stück Pommern verloren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Provinz Pommern von den Siegermächten zerschlagen. Die Hälfte des Landes mit der Hauptstadt Stettin wurde unter polnische Verwaltung gestellt. Die Überreste des einst zu Preußen gehörenden Landesteils wurde in der sowjetischen Besatzungszone von Mecklenburg aus regiert. Als die DDR gegründet wurde, tauchten die Länder nicht mehr auf. Der Name Pommern sollte endgültig aus der Geschichte verschwinden und das restpommersche Land verschwand unter den Namen der Bezirke Rostock, Schwerin und Brandenburg. Die Evangelische Pommersche Landeskirche musste ihren Namen ändern.

Nach der Auflösung der DDR entstand das neue Land Mecklenburg-Vorpommern. In der vergrößerten Bundesrepublik Deutschland ging die „Entpommernung“ weiter. Schwerin wurde Landeshauptstadt und die pommerschen Landesteile werden bis heute weiter stiefmütterlich behandelt. Die Pommersche Landeskirche wurde in die Nordkirche integriert.

Nun soll das Archivgut der pommerschen Kirche in Schwerin gelagert werden. Wie von epd weiter verlautet, „lagern rund 200 laufende Meter pommersches Archivgut in Schwerin. Dabei handelt es sich um den zentralen Aktenbestand des früheren Konsistoriums der Pommer-

schen Evangelischen Kirche aus der Zeit von etwa 1945 bis 2012. Das künftige Archivgut der Nordkirche wird in Kiel übernommen. Deshalb soll dort die zusätzlich benötigte Archivfläche von etwa 400 laufenden Metern reaktiviert werden. Das wird voraussichtlich rund 640 000 Euro kosten. Ein weiterer Baustein des Gesamtkomplexes ist die digitale Aktivierung des Archivgutes.“

Kirchenwissenschaftler sprechen sich für Greifswald aus

Diese Planung halte ich als evangelischer Pommer, der am 19. Juli 1931 in der Evangelischen Kirche von Pommerensdorf (Kreis Randow) getauft wurde, für einen falschen Schritt und verhängnisvoll für Vorpommern. Der geplante Abzug von pommerschem Archivgut wird von Forschern und Kennern der pommerschen Kirchengeschichte nicht gut heißen sondern verurteilt. Der Kirchenhistoriker Professor Thomas Kuhn von der Universität Greifswald hält diesen Schritt für eine Katastrophe. Haik Porada, ein Regionalforscher von der Historischen Kommission Pommern, nennt diesen Schritt einen Affront. Auch der Pommersche Evangelische Kirchenkreis übt heftige Kritik an diesem Beschluss. Noch vor einem Jahr hieß es von Seiten der Kirchenleitung, die Nordkirche wolle sich am Bau und Betrieb eines Archivzentrums unmittelbar neben dem neuen Stadtarchiv in Greifswald beteiligen. Die Benutzer dieser Institution hätten dort pommersches Archivmaterial von Stadt, Land und Landeskirche an einer Stelle vorgefunden, zum Beispiel nicht nur Kirchliches von 1945 bis 2012, sondern auch Archivgut aus

Vorkriegszeiten – erschlossen von Archivaren und zugänglich für jedermann. Nun steigt die Nordkirche aus, weil die Corona-Pandemie sie dazu zwingt. Ist dieser Grund vielleicht vorgeschoben? Haik Porada bemerkt, dieser Beschluss sei eher „der Gipfel jahrzehntelanger Vernachlässigung des pommerschen Gedächtnisses“. Endlich sollte das zersplitterte Archivgut der Pommerschen Kirche (200 Meter in Schwerin, 500 Meter in Hamburg) in der vorpommerschen Stadt Greifswald an einer Stelle zusammengefasst werden. Viele Forscher und Studenten sind nach diesem unerwarteten Schritt der Meinung: „Das Vertrauen in die Nordkirche ist hin!“

Pommernforscher, so der ehemalige Pressesprecher der Pommerschen Landeskirche Rainer Neumann, fühlen sich an der Nase herumgeführt und betrogen. Weiter war zu erfahren, dass das Landeskirchenarchiv Kiel zwar eine Außenstelle in Greifswald behalte, es bleibe jedoch keine landeskirchliche Akte vor Ort. Nutzer sollen, wie in der „Kirchenzeitung“ vermerkt, Akten aus Schwerin zur Anlieferung nach Greifswald bestellen können. Infrastruktur wolle man schaffen.

Gibt es wirklich keine Möglichkeit mehr, die Pläne der Nordkirche zu ändern? Auf ein Wort, Herr Bischof! Theoretisch besteht doch die Möglichkeit, dass die Landessynode die verhängnisvolle Entscheidung der Nordkirche verurteilt und aufhebt. Die Mehrheit der Synodalen müsste den Mut haben, das Geld trotz aller Schwierigkeiten in den Haushalt einzustellen. Das wäre ein großer Schritt für die Pommernforschung- und arbeit.

Hans-Gerd Warmann

AKTUELLES

Treffen mit deutscher Minderheit in Jacobshagen

Auch in diesem Jahr trafen sich die ehemaligen deutschen, Einwohner des Kreises Saatzig mit den Mitgliedern der deutschen Minderheit im Park am Fluß in Jacobshagen [Dobrzan].

Eingeladen zu diesem Treffen hat der Heimatkreis Saatzig unter dem Vorsitz von Horst Born. Das Treffen, eine mit Musik und Unterhaltung gefüllte Veranstaltung, gehört inzwischen fest zum Programm der alljährlichen Heimatreisen durch Pommern.

In Zusammenarbeit mit den heutigen Dorfbewohnern und dem Verein „Die goldene Kralle“ kam es im Kreis Saatzig in den letzten Jahren zu zahlreichen gemeinsamen Initiativen. Für die deutschen Dorfbewohner, die dieses Land über Jahrhunderte geprägt haben, steht inzwischen in fast jedem Dorf ein Gedenkstein. Bei den Veranstaltungen zur Einweihung fanden die Deutschen und Polen zusammen, Kontakte und Freundschaften wurden geknüpft.



So war das in Alt Storkow, Ball, Kremmin, Langenhagen, Grasse bei Nörenberg, Rehwinkel und Saatzig. Die Gedenksteine, gestiftet von den Deutschen, fanden einen würdigen Platz vor den Kirchen oder auf den Friedhöfen. Im Anschluss eines ökumenischen Gottesdienstes fand ein Dorffest statt. Eine umfangreiche Fotodokumentation findet man im Internet bei den Heimatkreisen Saatzig oder Stargard.

Ohne die Gruppe um den Verein „Die goldene Kralle“ – die Bürgerinitiative der Freunde von Jacobshagen, wäre vieles nicht möglich gewesen. Die Gründerin und führende Kraft, Frau Theresa Knape, arbeitet seit Jahren eng mit dem Heimatkreis Saatzig zusammen. „Ihre Frauen“ sorgen für das leibliche Wohl bei den Veranstaltungen, sie kochen, backen und bedienen die Gäste. Zu einem der größten gemeinsamen Erfolge gehört die Wiederinstandsetzung der Freizeitanlage in Jacobshagen „Park am Fluß“. Ein Gedenkstein krönt die Anlage. In dieser schönen Umgebung fand auch das diesjährige Treffen am 5.9.2020 statt. Heimatfreunde aus Deutschland, die Vertreter der deutschen Minderheit aus Dramburg, Schneidemühl und Stargard genossen den Nachmittag bei schönstem Wetter. Leider war die



deutsche Minderheit aus Arnswalde und Schivelbein in diesem Jahr nicht vertreten, durch die Corona-Krise haben viele Mitglieder aus gesundheitlichen Gründen ihre Aktivitäten stark eingeschränkt.

Wir freuen uns jetzt schon auf ein Treffen in Jacobshagen 2021 im Park am Fluß!

Lucyna Chmielnicka (Straub), Stettin u. LM der Buchenlanddeutschen

„Der ‚geistige Bürgerkrieg‘ hat das Land gespalten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

“

„Das ist es, warum ich die *Preußische Allgemeine* so liebe. Ein Stück bewahrten bürgerlichen Kulturschatzes, auf das man hier immer wieder stößt, mit geradezu verblüffenden, überraschenden und wissensbereichernden Feuilletons, die das Herz erwärmen. Bravo!“

Chris Benthe, Dresden

zum Thema: Die Abenteuer eines einfachen Schlesiens (Nr. 26)

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WO IST DAS EU-GEBISS?

ZU: FRAGEN AN DEN FALL NAWALNYJ (NR. 37)

Russland wird schon vor einem Urteilspruch von der Bundesregierung verurteilt, eigentlich ein völlig inakzeptabler und undemokratischer Vorgang. Die Nerven liegen anscheinend nicht nur bei unseren Politikern völlig blank.

Die uneinige Europäische Union will auch sanktionieren und schnell zubeißen, doch wer um Gottes Willen hat nur das EU-Gebiss gesehen, vielleicht hat es gar Mr. Boris „Brexiteer“ Johnson beim „Auf-Nimmerwiedersehen“-sagen gleich mitgehen lassen. *Riggi Schwarz, Büchenbach*

FRAGWÜRDIGES DENKMAL

ZU: TU BERLIN EHRT „BEFREIER*INNEN“ (NR. 37)

In Berlin-Charlottenburg wurde am Ernst-Reuter-Platz „zu Ehren polnischer Soldatinnen und Soldaten ein Denkmal errichtet“ – hingegen die deutschen Soldaten, die ihr Leben für ihr Vaterland einsetzten, werden in ihrem eigenen Land von ihren Nachfahren als traditionsunwürdig bezeichnet. Ja, die Wehrmacht wird sogar oft als eine verbrecherische Organisation bezeichnet.

Mir ist nicht bekannt, ob und wie viele Polen bei den Kämpfen um Berlin dabei waren. Jedoch vor meinem inneren Auge entsteht sofort ein grauenvolles Bild von Mädchen und Frauen, die sich gegen die zahllosen Vergewaltigungen nicht wehren konnten – in Berlin ebenso wie in den eroberten Ostgebieten und an anderen Orten des Reichsgebietes. Waren es eine Million oder gar mehr als zwei Millionen betroffene weibliche Wesen? Eine genaue Zahl wird heute kaum feststellbar sein.

Meine Cousine war im Mai 1945 gerade 14 Jahre alt geworden. Sie verstarb in Königsberg unter qualvollen Schmerzen an den Folgen der zahlreichen Vergewaltigungen. So also sah die „Befreiung“ für die Menschen aus, die sie damals erleben musste. *Inge Keller-Dommasch, Jönköping*

VERHÜLLTE IDENTITÄT

ZU: DIE GRÄBEN ZWISCHEN ELITEN UND BÜRGERN WERDEN GRÖßER (NR. 36)

Der Artikel zur Berliner Corona-Demonstration spricht nicht nur mir aus dem Herzen. Das Aufstellen auf der Treppe zum Reichstag hat für die herrschende Clique und deren gleichgeschaltete Medienlandschaft Symbolcharakter. Dabei sollte es ein Gebäude sein, dessen Geist und Aura für das deutsche Volk da ist. Nichts anderes haben die sogenannten „Erstürmer“ im Sinn gehabt.

Überhaupt Abstand und Maske: Was heißt das denn im Klartext? Doch nur, dass wir Bürger miteinander nicht warm werden sollen und unser wahres Ich hinter einer Vermummung verstecken sollen. So, dass der andere uns nicht ins Gesicht sehen kann, und damit nicht in dem offenen Gesicht lesen kann.

Wer wissen will, was ein echter „Sturm auf den Reichstag“ bedeutet, sollte sich Dokumente und Zeugenaussagen besorgen. Solche, die belegen, wie unsere „Befreier“, die Rotarmisten, 1945 nicht nur rund um den Reichstag gewütet haben.

Manfred Hemmersbach, Köln

NEUE „MACHTERGREIFUNG“?

ZU: DIE GRÄBEN ZWISCHEN ELITEN UND BÜRGERN WERDEN GRÖßER (NR. 36)

Ein Sturm der medialen Entrüstung rauscht gerade über das ganze Land. Die Politikklasse und ihre Journaille sind in Schnappatmung verfallen, nur weil das Volk mal nicht nach ihrer Pfeife tanzen will. Für die etablierten Scharfmacher sind die Corona-Skeptiker natürlich Antisemiten, Rassisten, Rechtsextremisten, Gegner der Demokratie, kurzum allesamt Staatsfeinde.

Stimmen, die zu Mäßigung und Vernunft aufrufen, sind eher rar und unerwünscht. Besonders intensiv haben sich die „Verteidiger der Demokratie“ auf einige Hundert Wirrköpfe eingeschossen,

welche die Treppe des Reichstags „besetzt“ hatten. Diese haben in der Tat ihrem Unmut zu sehr nachgegeben, aber sie haben keine Schaufensterscheiben eingeschlagen und auch keine Geschäfte geplündert. Sie haben weder jemanden erstochen noch gruppenweise alte Frauen vergewaltigt.

Bei ihrer dämlichen Aktion ist überhaupt niemand zu Schaden gekommen, nicht einmal die Treppe. Doch nach dem Alarmismus unserer Medien zu urteilen, wurde die Wiederholung des Reichstagsbrandes von 1933 mit knapper Not abgewendet und die „Machtergreifung“ durch drei heldenhafte Polizisten im letzten Augenblick vereitelt.

Wo aber die Meute sich mit gutem Grund echauffieren könnte, herrscht Grabesstille. Apropos, Maria Ladenburger, Mia aus Kandel und viele andere könnten noch leben. Die Namenlosen, die täglich Opfer von „Wir schaffen das!“ werden, bilden inzwischen ein Heer von Hunderttausenden. Zum asymmetrischen Krieg der Fremden gegen die Autochthonen ist der geistige Bürgerkrieg getreten, der Deutschland tief gespalten hat.

Es geht da um das Abschiebeversagen der Herrschenden, um die faktische Legalisierung der Schleuserindustrie, um die hohe Kriminalitätsbelastung durch Asylzuwanderer, um das multikulturelle Großexperiment der Verwandlung eines demokratischen Nationalstaates in eine total globalisierte Einwanderungsgesellschaft. Diese Themen sind tabubewehrt. Sobald die etablierten Parteien ihre Diskurshegemonie auch nur im Geringsten bedroht sehen, schlagen sie wild um sich.

So gab die Grünen-Politikerin Claudia Roth, bekannt für ihre profunde Kenntnis der deutschen Geschichte, im Deutschlandfunk zum Besten, die Angreifer des Reichstagsgebäudes hätten Nazifahnen geschwenkt. Zu sehen sind auf den Bildern von diesem Vorgang neben den Stars and Stripes der USA und einer Regenbogenflagge nur zwei Fahnen des letzten deutschen Kaiserreichs.

Die Grünen haben also erkannt, dass schon Kaiser Wilhelm I., Bismarck, Fried-

rich III., seine Gemahlin Victoria, Tochter der englischen Königin, alle Nazis waren. Hier ist die Verbreitung von Hass und Hetze mit Händen zu greifen.

Das ist die Art von Funktionären totalitärer Staaten, seien sie nun rot oder braun. Diffamieren, stigmatisieren, kriminalisieren. Bis zum Liquidieren ist dann der Weg nicht mehr weit, was ja vor Kurzem in Kassel bei einer Veranstaltung von Leninfreunden auch thematisiert wurde. Hier am Niederrhein äußerte sich ein Prominenter der Sozialdemokraten nicht viel anders.

Der Wille zur Vernichtung Andersdenkender ist also schon wieder weitverbreitet. Da ist man richtig froh, wenn sich wie in Berlin ein Rest von Widerstand gegen den Abbau der Demokratie regt und Robert Kennedy, der Neffe von dem ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy, bei der Demonstration das Wort gegen den aufkeimenden Totalitarismus ergreift.

Adolf Frerk, Geldern

EINEN VERSUCH WAR ES WERT

ZU: QUO VADIS, AFD? (NR 22)

Selbst in alternativen Medien geistern die Ratschläge herum, die AfD müsse sich entscheiden, ob sie ewige Opposition bleiben wolle oder mitgestalten will. Diesem Ratschlag liegt meiner Meinung nach die irrierte Annahme zugrunde, man könne die ökonomische Vernichtung Deutschlands mit einer kleinen alternativen Partei mit Regierungsbeteiligung aufhalten. Im Verbund mit den Leitmedien und der „schlagkräftigen“ Antifa wird man sie erst an die Fleischtopfe der Macht lassen, wenn sie brav geworden ist.

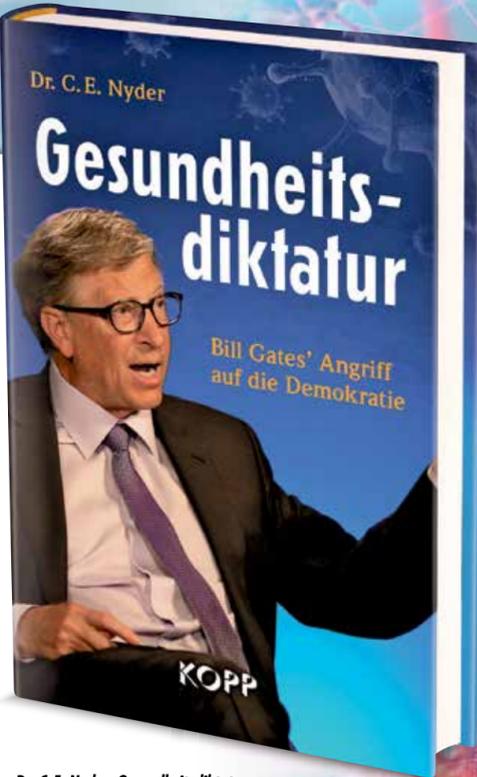
Wenn diese Partei eine echte Existenzberechtigung haben will, bleibt nichts anderes übrig, als weiter konsequent gegen Klimawahn, Energiewende, Wirtschaftsvernichtung und schleichende Überfremdung zu argumentieren, bis eine erkleckliche Zahl an Schlafschafen es gerafft hat. Ansonsten ist es eh zu spät, aber man hat es wenigstens versucht.

Günter Bednarz, Wolmirstedt

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Der totale Gesundheitsstaat: Bill Gates, das Virus und die Neue Weltordnung



■ Das Auftreten des Coronavirus markiert den Beginn einer historischen Zeitenwende, den eine globale Machtelite dazu nutzt, um im Schatten der vermeintlichen Pandemie eine neue Weltordnung zu installieren.

Microsoft-Gründer Bill Gates gehört zu den Führungsfiguren dieser superreichen Machtelite, die einen totalitären Gesundheitsstaat mit gleichgeschalteten Einheitsmenschen anstrebt. Dr. Nyder geht deshalb der äußerst brisanten Frage nach, ob das Coronavirus nur ein Instrument dafür ist, die Demokratie endgültig zu überwinden und die Kontrolle in die Hände weniger zu legen. Bereits im Zuge der Corona-Maßnahmen haben die Bürger die Einschränkung wesentlicher Freiheitsrechte nahezu widerspruchslos hingenommen.

Der Autor bringt weitere verstörende Fakten ans Licht: Warum will Bill Gates 7 Milliarden Menschen impfen und sie dabei gleich mit einem Barcode versehen lassen? Weshalb wird in Indien und in Bangladesch bereits damit experimentiert? Warum werden in Nigeria schon Drohnen losgeschickt, um »Nichtgeimpfte« aufzuspüren?

Dr. Nyder erläutert zudem die äußerst gefährliche Ideologie, die hinter dem Handeln von Bill Gates steckt und die sich

zu einer der größten Bedrohungen der freiheitlichen Welt entwickelt. Ferner beleuchtet er die ominösen Aktivitäten der Gates-Stiftung und folgt den verborgenen Spuren des Geldes.

- Verschiedene Indizien sprechen dafür, dass Covid-19 aus einem Labor in Wuhan stammt. Der Leiter dieses Labors ist Vorstand in der Gates-Stiftung.
- Im Oktober 2019 (!) war Bill Gates an der Simulationsübung einer Corona-Pandemie beteiligt – dem sogenannten »Event 201«.
- Bill Gates beschäftigt sich aktuell intensiv mit digitalen Codierungen, die – per Impfung injiziert – Millionen Menschen kontrollieren und manipulieren können.
- Die Gates-Stiftung finanziert Organisationen wie die WHO, die Johns-Hopkins-Universität, das Robert Koch-Institut und die Charité in Berlin, aber auch Mainstream-Medien wie den *Spiegel* und *Die Zeit* – und damit die wichtigsten Befürworter der Corona-Hysterie.

Dr. Nyder will sensibilisieren und wachrütteln. Was er zum Vorschein bringt, ist von höchster Brisanz und definitiv keine Verschwörungstheorie. Alles ist gut dokumentiert: Für seine umfangreichen Recherchen greift der Autor auf seriöse Quellen zurück, die für jedermann nachprüfbar sind.

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Dr. C. E. Nyder: Gesundheitsdiktatur
gebunden • 240 Seiten • zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr. 981 200 • 19,99 €

KLETTERTOUREN

Durch diese hohle Felsengasse muss man durch

Schwindelfrei sollte man an den Klettersteigen der Sächsischen Schweiz schon sein – Auch leichte Touren führen bis auf die Gipfel

VON WOLFGANG KAUFMANN

Um in der pittoresken Sandsteinwelt der Sächsischen Schweiz Abenteuer zu erleben, braucht man nicht unbedingt eine der mittlerweile rund 20.000 Kletterrouten in den Schwierigkeitsgraden Eins bis Zwölf zu durchsteigen. Nervenkitzel und Gipfelglück für Schwindelfreie versprechen auch die knapp 250 künstlich angelegten Steiganlagen zwischen Pirna und Hinterhermsdorf, welche teilweise schon von alters her existieren.

Die ersten, die vor 3000 Jahren Stufen und Griffe in den Fels schlugen oder primitive Holzleitern zur Erklammerung eines Berges in der Sächsischen Schweiz nutzten, waren die stein- und bronzzeitlichen Bewohner der Höhensiedlung auf dem Pfaffenstein. Später arbeitete sich dann vor allem Raubgesindel mit allerlei brachialen Hilfsmitteln auf exponierte Aussichtspunkte hoch, um die Beute im Tal schon von Weitem erspähen zu können. In Kriegszeiten wiederum flohen die Bauern mit ihrem Vieh in versteckte Klüfte des Gebirges, was die Errichtung weiterer Steiganlagen nötig machte.

Eine davon, nämlich die heute hervorragend ausgebaute und viel frequentierte Heilige Stiege, diente zudem den Bauern von Schmilka im 16. Jahrhundert als Abkürzung beim ausgedehnten sonntäglichen Kirchgang nach Lichtenhain.

Später kamen die ersten Touristen, die sofort erkannten, welche Möglichkeiten solche Wege boten: „So abschreckend aber auch dieser Anblick ist, so kann man doch auf einer Felsenstiege in diesen Abgrund hinunter kommen“, schrieb 1804 Magister Wilhelm Leberecht Götzinger, der zu den wichtigsten Erschließern der Sächsischen Schweiz zählt, über den Kostgensteig in der Breiten Kluf zwischen Schmilka und Postelwitz.

Heute gibt es keine Ecke in der Sandsteinwelt an der Elbe unweit der sächsischen Landeshauptstadt Dresden, in der nicht irgendeine ausgebaute Steiganlage auf ihre Begeher wartet – beginnend mit



Treppen erleichtern den Anstieg: Klettersteig in den Schrammsteinen im Nationalpark Sächsische Schweiz

Foto: imago/Joko

dem Burglehnpfad von Pirna-Copitz nach Mockethal und endend mit dem Gratweg auf das Große Pohlshorn unweit der tschechischen Grenze bei Hinterhermsdorf. Dabei kann der Wanderer, der sich einmal etwas mehr in der Vertikalen bewegen möchte, gefährliche und abenteuerliche Stiegen erklimmen oder einen eher genussvollen Klassiker wählen. Gerade an Letzteren besteht glücklicherweise kein Mangel.

Der Steig Augusts des Starken

Besonders hervorzuheben wären in diesem Zusammenhang der Steig durch die Schwedenlöcher, der einen spannenden Abstieg von der Bastei über der Elbe bei Rathen ermöglicht, die steile Wolfsschlucht am Hockstein gegenüber der Burg Hohnstein, der Wildschützensteig,

der zur atemberaubenden Schrammstein-Aussicht hinaufführt, die superschmale Himmelsleiter am Kuhstall, der abwechslungsreiche Kammweg über den Rauenstein, das für Adipöse kaum passierbare Nadelöhr am Pfaffenstein, idealster Zugang zur Barbarine, dem Wahrzeichen der Sächsischen Schweiz, die Felsengasse an den malerischen Herkulesssäulen im Bielatal sowie der Südaufstieg auf den hoch aufragenden Lilienstein, welcher 1708 im Auftrag des sächsischen Kurfürsten und polnischen Königs August des Starken entstand und auch von diesem höchstpersönlich begangen wurde.

Wem solcherart Stiegen, die im Prinzip fast jeder hinaufkommt, zu harmlos sind, der kann sich auch größeren Herausforderungen widmen, ohne dabei aber schon Seil und Kletterschuhe zu benöti-

gen. Allerdings sollte er eine gute Portion Trittsicherheit, Kondition und Nervenstärke mitbringen, wobei die Letztere auch dann gefragt ist, wenn sich am Wochenende etliche Ausflügler auf den Steiganlagen tummeln und alle nur noch im Schneckentempo vorankommen, weil irgendetwas „ein klein wenig“ fotografieren will oder gerade feststellen musste, dass es mit seiner Schwindelfreiheit doch nicht so weit her ist.

Erlebnisse dieser Art bieten unter anderem Rübezahlstiege, Domtreppe, Zwillingstiege, Wilde Hölle, Starke Stiege und der Aufstieg auf den Winterstein mit seiner völlig freistehenden, senkrechten Leiter sowie die extrem ausgesetzte Rahmhanke durch die Wände unterhalb der Bastei oder das nicht weniger luftige Obere Band über dem Schmilkaer Fels-

kessel. Als Nonplusultra gilt freilich die Häntzschelstiege, welche vom Bauerloch auf das Lange Horn in den Affensteinen führt und zwischen 1959 und 1970 gegen den Widerstand der DDR-Behörden angelegt wurde. Dieser beeindruckende Aufstieg wurde im Corona-Sommer 2020 von hierzulande Urlaub machenden Kletterern regelrecht überrannt, was zu einem Dauerstau führte.

Widerstand durch Kletterwanderer

Ist das Gequirl und Gequengel rund um die genannten Steiganlagen zu groß, kann der Gebietskundige einsamere Alternativen ansteuern. Auf den Leitern und Treppen am Lampertsstein, Katzstein, Pfostenhorn, Bernhardstein und Spanghorn trifft man meist keinen Menschen. Leider sind aber viele Stiegen in den weniger frequentierten Gebieten verfallen oder dürfen aus Naturschutzgründen nicht mehr begangen werden, so wie Vogelstelle, Rathensteig, Auerhahnsteig, Adlerloch und Kerbensteig.

Für die einen reihen sich diese Sperren in die Reihe der Maßnahmen ein, mit denen Kletterwanderer sukzessive aus der Natur herausgeschützt werden sollen. Deswegen üben sie Widerstand, indem sie sich heimlich auf den Weg machen, wenn keine Aufpasser der Nationalparkwacht in der Nähe sind.

Andere betrachten die Verbote als gerechtfertigt und meiden die gesperrten Steiganlagen mehr oder weniger schweren Herzens. Dabei verpasst der Wanderer in vielen Fällen auch definitiv nichts, wenn er darauf verzichtet, sich an verrosteten, scharfkantigen Leiterresten oder bemoosten morschen Holzbalken nach oben zu quälen. Zumal dann außerdem meist noch die Aussicht am Ziel zu wünschen übrig lässt.

Dies kann Touristen allerdings auch bei einigen legalen Aufstiegen passieren wie zum Beispiel dem auf die „Kleine Bastei“ über Krippen. Da wäre dann doch die echte Bastei die bessere Alternative – selbst wenn dort hunderte Selfiesüchtige in wilden Verrenkungen verharren.

RADREISE

Wehe, wenn die Wespen kommen

Wie schön es doch in Deutschland ist – Eine Fahrradtour durchs Altmühltal in Zeiten von Maskenpflicht und Abstandhalten

Radfahrer, kommst du nach Rothenburg, freu dich über die Stille. Du hörst deine Sohlen über das Kopfsteinpflaster tappen, siehst in den Cafés viele freie Stühle. In der St. Jakobs-Kirche stehst du mit deinen Mitradlern vor dem berühmten Heilig-Blut-Altar von Tilmann Riemenschneider und bestaunst das Schnitzwerk des spätgotischen Meisters, ganz ohne störendes Klicken unzähliger Handys allgegenwärtiger Touristen.

Vor dem Stadttor öffnet sich der Burggarten, über den vereinzelte Menschen flanieren, hinter den Burgmauern das unendliche Grün des Taubertals. Eine Idylle. Im Restaurant „Alter Keller“ liegt schon der Anmeldezettel auf dem Tisch, den der Reisende routiniert ausfüllt, jetzt aber runter mit dem „Schnuten-Pulli“, denn das erste Bier wird serviert. Radeln in Zeiten von Corona: ein Abenteuer der besonderen Art. Lagen früher gelegentlich Taschentücher oder Bonbonpapiere entlang des Weges, sind es jetzt verlorene Binder, das Symbol dieses Sommers. Wer praktisch denkt, hängt seine Masken gleich über den Fahrradlenker, damit das Utensil

beim nächsten Caféstopp nicht vergessen wird. Der Ausnahmezustand ist zur Regel geworden. Keiner murrst. Nur gelegentlich schwingt eine gewisse Dünnhäutigkeit mit: „Hier, bittschön, füll’n den Zettel aus, wegen dem Corona-Gedöns,“ murrst die Rezeptionistin in einem Hotel. In Weissenburg wird darauf verwiesen, dass das

beliebte Restaurant um die Ecke den Lockdown leider nicht überstanden habe.

Corona reduziert den Reisestrom auf ein Maß, das an die 50er Jahre erinnert. Damals, als Väter ihre Familien in wackelige VW luden, als sich Fahrer mit Hamburger Kennzeichen unterwegs noch mit „Hummel Hummel“ grüßten. Die Erfah-

rung der Geruhsamkeit wird uns weiter begleiten auf unserer Tour entlang der Altmühl hin zum Donaudurchbruch, die 388 Stufen hinauf zur Ruhmeshalle Walhalla und entlang des kurzen Pilgerpfades zum Kloster Weltenburg am Ufer einer Donauschlinge. Wer mag, der darf staunen über den Einfallreichtum der Hoteliers: die einen lassen sich abends in den Block diktieren, was der Gast zum Frühstück wünscht und überreichen die Wurst- und Käseplatte anderntags keimfrei unter Plastik verpackt.

Andere offerieren wie bisher ihr Büfett, scheuchen den hungrigen Radler aber vorher zum Desinfektionsspender und über aufgemalte Spuren zum distanzierten Schlangestehen. Aber spätestens, wenn wir morgens auf die Räder steigen, die leeren Städte verlassen und durch sommersatte Felder und Wiesen fahren, sind alle Reglementierungen vergessen. Und könnte es sein, dass die Menschen sich in Zeiten des verordneten „social distancing“ wieder freudiger begegnen?

Kaum, dass wir auf einer Brücke stehen und die pittoresken Türme eines

Städtchens bewundern, schon nähert sich ein Spaziergänger und fragt, ob er den Weg weisen dürfe. Als vor Ansbach einer aus unserer Gruppe tatsächlich stürzt und mit aufgeschürftem Schienbein am Wegesrand hockt, eilt aus dem nah gelegenen Bauernhof die junge Bäuerin herbei, einen Erste-Hilfe-Kasten unterm Arm: „Ich habe eben aus dem Fenster beobachtet, was passiert ist. Brauchen Sie Hilfe?“ Danke, es geht schon, vor allem geht es weiter, bis zur nächsten Flädlesuppe, dem nächsten Biergarten unter alten Bäumen.

Wie schön Deutschland ist, wie vielfältig, wie einladend! Muss tatsächlich erst eine Pandemie kommen, um die Landschaften vor der eigenen Haustür neu zu entdecken? Im „Spitalgarten“ am Zielpunkt Regensburg allerdings stürzen sich die Wespen in die vollen Gläser. Bierdeckel zum Abdecken gibt es hier nicht. „Die müsstet ihr nach Gebrauch aus Hygienegründen alle wegwerfen, das rechnet sich nicht,“ sagt der freundliche Servicemann in Lederhosen. Also dann: Schnell auf Ex getrunken, bevor uns statt Corona die Wespe erwischt! Anne Martin



Herbstliche Radtour im Altmühltal bei Essing

Foto: imago images/imagebroker

● FÜR SIE GELESEN

Exil-Russen
gegen Sowjets

Laut Anastasia Surkovs Buch „Flugblätter gegen Unmenschlichkeit“ fanden DDR-Kinder ab 1951 in der Nähe sowjetischer Truppenübungsplätze oft bunte Zettel mit fremdartigen Buchstaben. Wie sich herausstellte, bekämpften vom Westen aus russische Emigranten-Organisationen das Sowjetregime auf diese Weise. Schließlich umfasste die Sammlung 292 verschiedene Flugblätter, von denen manche von deutschen Widerstandsgruppen in West-Berlin kamen.

Hauptinhalt des Buchs ist die Darstellung dieser russisch-antisowjetischen Untergrundbewegungen. Einmal war es „ZOPE“, der „Zentralverband der Nachkriegsemigranten aus der UdSSR“, welcher zwischen 1952 und 1960 mit Millionen Flugblättern intensive Aufklärung in der Sowjetarmee der DDR betrieb. Er behauptete, deren Soldaten seien nicht länger Beschützer der Heimat, sondern zu Henkern der Arbeiter und Bauern eines fremden Landes geworden, die sich lediglich von dem auch ihnen verhassten System befreien wollten: „Der Bruch mit dem sowjetischen Regime ist kein Verrat, sondern Dienst fürs Vaterland!“

Aktiver noch war „NTS“, der „Nationale Bund des Schaffens – Russische Solidaristen“, der schon 1930 gegründet worden war und ebenfalls für die Parole „Tod den Tyrannen! Freiheit den Schaffenden!“ sein Ziel im Sturz des Sowjetregimes sah. Stets riefen seine Flugblätter zur Bildung von Widerstandsgruppen von drei Vertrauten auf, gaben Anweisungen zur Herstellung eigener Mitteilungen und nannten die Empfangszeiten des NTS-Senders „Freies Russland“.

Ebenfalls gab NTS Broschüren und die Zeitung „posev“ („Aussaat“) heraus, bei denen er zur Tarnung oft das Deckblatt sowjetischer Publikationen benutzte. Von 1951 bis 1957 verbrachte er über 97 Millionen Flugblätter, zirka sieben Millionen Zeitungen und 930.000 Broschüren bis in die Sowjetunion. Zumeist erfolgte dies mit Hilfe riesengroßer Luftballons, deren Last dann über einer in etwa bestimmbar Gegend buchstäblich vom Himmel fiel. Eine andere Methode war das Einschleusen durch sowjetische Schiffe, die in westlichen Häfen anlegten. Schon 1960 ging Leonid Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag minutenlang auf diese Flugblätter und ihr Einschmuggeln in die UdSSR ein – ein Beweis, dass die NTS-Widerstandsarbeit nicht länger der russischen Öffentlichkeit verschwiegen werden konnte. Der KGB bekämpfte die Organisation in Westdeutschland dann mit Mordanschlägen und Entführungen. Ein Sabotage-Sonderkommando zerstörte – kurzfristig – den NTS-Sender bei Frankfurt.

Als sehr interessant wird der Leser des Buches die Abbildung etlicher solcher Flugblätter mit beigefügter deutscher Übersetzung empfinden. Sind sie doch eindrucksvolle Zeitdokumente aus jener Zeit des Kalten Krieges, die in dieser Form bisher noch nicht veröffentlicht wurden.

Friedrich-Wilhelm Schломann



Anastasia Surkov: „Flugblätter gegen Unmenschlichkeit. Die Sammlung Friedrich Uhlemann und die deutsche Nachkriegsgeschichte“, Neisse-Verlag, Dresden 2020, broschiert, 120 Seiten, 9,90 Euro

ENDE DER DDR

30 Jahre
Deutsche Vereinigung

Was blieb vom Widerstand gegen das DDR-Regime, wie erlebten Menschen hüber wie drüber den Mauerfall, welche Sehnsüchte und Hoffnungen bewegten sie?



FOTO:IMAGO IMAGESPHOTOTHEK

Ihrem 11. Gebot „Du sollst dich erinnern“ folgend, hat die Mitbegründerin der DDR-Friedensbewegung Freya Klier 19 Autoren unterschiedlichen Alters dazu gebracht, sich folgenden Fragen zu stellen: „Wie lange halten sich Verhaltensmuster einer Diktatur nach deren Zusammenbruch? Welche Erinnerungen gibt es? Und könnte es sein, dass an den Prägungen der Diktatur, auch den eigenen Lebenslügen, selbst 30 Jahre Demokratie nicht zu rütteln vermögen?“

Zu den Autoren zählen Mitstreiter der bekannten Autorin, Schauspielerin, Theaterregisseurin und Dokumentarfilmerin von damals wie der Liedermacher und Buchautor Stephan Krawczyk, die alle von der Stasi als „Störenfriede“ bespitzelt und verfolgt wurden, aber auch Politiker wie Wolfgang Thierse und Norbert Lammert oder auch Künstler wie Reiner Kunze. Sie alle schildern aus verschiedenen Perspektiven, wie sie die DDR, die aufregende Zeit der sogenannten Wende und den Neubeginn nach der Teil-Wiedervereinigung erlebt haben.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert. Im ersten, überschrieben mit „Das Ausatmen beginnt“, geht es noch um eine getrennte Welt, in der sich – vom Westen aus neugierig beobachtet – Widerstandsgruppen im Osten bilden. Der „Wessi“ Jörg Bernhard Bilke, aufgewachsen an der Zonengrenze nahe Thüringen, berichtet, wie er, der stets von dem geheimnisvollen Teil Deutschlands, zu dem er in seiner Kindheit nur sehnsüchtig hinüberblicken konnte, fasziniert war. Wegen DDR-kritischer Artikel wurde er später auf der Leipzi-

ger Buchmesse verhaftet. Die mitteldeutsche Journalistin Heidi Bohley erzählt, wie sich plötzlich Widerstandsgruppen bildeten, etwa „Frauen für den Frieden“, deren Gründerin sie war.

Der zweite Teil „Erstes Kennenlernen“ behandelt die Zeit nach dem 3. Oktober 1990. Herbert Wagner, von 1989 bis 1990 Sprecher der oppositionellen „Gruppe der 20“ und von 1990 bis 2001 Oberbürgermeister von Dresden, schildert, dass schon am Vorabend des 3. Oktobers 1990 vereinzelt Feuerwerkskörper vor dem Dresdner Rathaus gezündet wurden und Sektorken flogen, aber auch davon, welche schwierigen Aufgaben vor ihm lagen, zu einer Zeit, da die „Wende“ zwar vollzogen war, die furchteinflößenden Apparatschiks der Stasi aber noch aktiv waren.

„Die Teilung überwinden heißt teilen lernen“ ist der dritte Teil des Buchs betitelt, in dem es unter anderem um die Frage geht, inwieweit die Teilung in den Köpfen überwunden ist.

Bei Katharina Oguntorpe, einer afrodeutschen Historikerin, deren Vater aus Nigeria und deren Mutter aus dem Sudetenland stammt, und die nach einigen Jahren in Afrika, der DDR und in Westdeutschland verschiedene Kulturen kennengelernt hat, löste die Grenzöffnung widersprüchliche Emotionen zwischen Euphorie und skeptischem Nachdenken aus.

Friedhelm Schülke, dem in der DDR wegen seiner Kirchenzugehörigkeit eine höhere Bildung verwehrt wurde, ist seit 1993 bis heute Mitarbeiter eines Reisebetriebes mit Spezialisierung auf Reisen in die deutschen Vertreibungsgebiete. Unmittelbar nach Öffnung der

Grenze betrieb er gemeinsam mit dem Ehepaar Schukat aus Anklam einen Großhandel. Die Partner reisten häufig zum Einkauf in den Westen. Auf einer CDU-Veranstaltung lernten sie den damaligen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Otfried Hennig, kennen und somit auch das Ostpreußenblatt. Manfred Schukat, der aus dem Kreis Gumbinnen stammt, fand eine Verwandte in Lübeck wieder. Mit den Jahren wurde der Kontakt zur LO und deren Organisationen enger, sodass Schukat und Schülke seit Jahren in Mecklenburg-Vorpommern Landestreffen organisieren, bei denen Vertriebene und deren Angehörige, aber auch Russen und Polen, zusammenkommen. Es sind Gegensätze überwindende Treffen, die in der DDR nicht möglich waren.

Kliers Sammelband gibt Aufschluss über die unterschiedlichen persönlichen Erlebnisse und Herangehensweisen von Menschen, die sowohl politisch als auch privat unterschiedlichen Spektren angehören.

Manuela Rosenthal-Kappi



Freya Klier (Hg.): „Wir sind ein Volk! Oder? Die Deutschen und die deutsche Einheit“, Herder Verlag, Freiburg 2020, gebunden, 220 Seiten, 20 Euro

FRIEDLICHE REVOLUTION

Die Einheit nicht vergessen

Konservative Christen und Politiker hielten am Wiedervereinigungsgebot fest

Der Erinnerung an den 3. Oktober 1990 widmet sich auch der von Frieder Seidel und Helmut Matthies herausgegebene Sammelband „Deutsche Einheit. Hinter den Kulissen“. Zehn Autoren des konservativen Spektrums berichten von der Euphorie beiderseits der innerdeutschen Grenze am Tag, als die Mauer fiel, und in der Zeit danach.

Der anfänglichen Begeisterung folgte recht schnell die Ernüchterung, als sich die Schwierigkeiten der Aufbaujahre nach dem Zusammenbruch des SED-Staats offenbarten. 40 Jahre DDR-Regime hatten Mauern in den Köpfen entstehen lassen, die teilweise bis heute vorhanden sind. Die Autoren erinnern daran, dass die friedliche Revolution von 1989 vor allem ein Verdienst der Menschen in Mittel-

deutschland war, während im Westen vor allem Linke den Gedanken an eine Wiedervereinigung bereits aufgegeben hatten. Daher sei das Gedenken an das Ende des Eisernen Vorhangs im Westen Deutschlands schwach (man musste sich ja auch nicht ändern) und in der ehemaligen DDR eher verhalten, weil sich viele als Deutsche zweiter Klasse fühlten, so Helmut Matthies, langjähriger Chefredakteur des evangelischen Nachrichtenmagazins „idea“.

Ohne Kirche sei die Vereinigung nicht denkbar gewesen. Es gab enge Verbindungen zwischen Gemeinden im Osten und im Westen. Das Bibelwort „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde Motto des christlichen Widerstands. Matthies rügt das Verhalten hoher Kirchenvertreter, die selbst

nicht an die Wiedervereinigung glaubten und bei denen jemand, der von einer deutschen Nation sprach, als „rechtsradikal“ galt.

Mehrere Autoren berichten davon, dass es Stasi-IM auch unter Pfarrern gab, die dafür sorgten, dass in der DDR zahlreiche Christen verhaftet wurden, und die sich nie bei ihren Opfern entschuldigt haben. Der Pfarrersohn Matthias Storck erfuhr aus Stasi-Akten, dass sein eigener Vater ihn verraten hatte.

Von den „Besserwessis“, die sich nach Mitteldeutschland aufmachten, um den „Ossis“ den Westen zu erklären, wurde viel geredet. Dass aber selbst die wohlmeinendsten Westdeutschen, die in den Osten gingen, um beim Aufbau zu helfen, oft bekämpft wurden, wissen Ex-Fernseh-

direktor Henning Röhl und der Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt zu berichten. Ersterer verließ Leipzig, wo er zehn Jahre lang den Fernsehsender MDR aufbaute, nachdem seine Familie massive Drohungen erhielt. Letzterer war Gründungsprofessor am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden. Beide mussten erfahren, dass die Betonköpfe der Stasi noch aktiv waren. MRK



Frieder Seidel/Helmut Matthies (Hg.): „Deutsche Einheit. Hinter den Kulissen“, conception Seidel, Muldenhammer 2020, gebunden, 168 Seiten, 16,95 Euro



Dr. Bruno Schmidt
Vererbungsstudien im königlichen Hauptgestüt Trakehnen
Mit 22 Kunstdrucktafeln
Dieses Reprint einer wertvollen Rarität ist für jeden Trakehnerliebhaber und Pferdenarren eine höchst interessante und aufschlussreiche Lektüre. Die Geschichte der legendären Trakehner im Zusammenhang mit ihren durch geschickte Kreuzung entstandenen Eigenschaften, zweigt wie wichtig zielgerichtete Züchtungen sind. 385 Seiten
Nr. P A1522 Gebunden 19,90 €



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m.
Laufzeit 55 Minuten
Nr. P 5875 CD 12,90 €

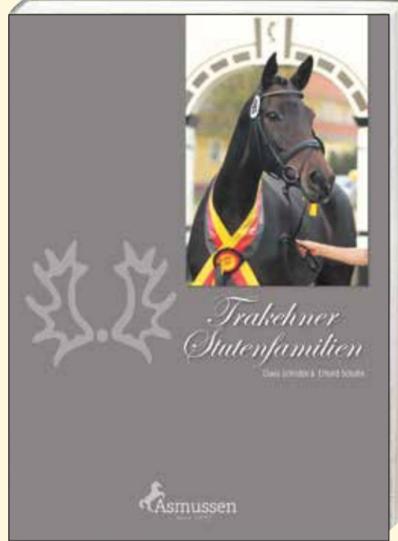


Immanuel Kant
Die drei Kritiken
Gebunden
1.312 Seiten
Nr. P A1142 9,95 €

Kritik der reinen Vernunft * Kritik der praktischen Vernunft * Kritik der Urteilskraft
Immanuel Kants „Kritiken“ gehören zu den weltweit meistbeachteten Werken der Philosophie. In der „Kritik der reinen Vernunft“ (1781/1787) widmet sich der Königsberger Denker der philosophischen Schlüsselfrage „Was kann ich wissen?“ Die „Kritik der praktischen Vernunft“ (1788) behandelt die allgemeinen Grundlagen der Ethik und die verbindlichen Voraussetzungen sittlichen Handelns. In der „Kritik der Urteilskraft“ (1790) vereint Immanuel Kant seine Ästhetik mit einer Theorie der organischen Natur und vollendet seine kritische Philosophie.



Kühlschranksmagnet und Flaschenöffner mit Elchschaufelmotiv der Landsmannschaft Ostpreußen
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
Nr. P A1274 Kühlschranksmagnet mit Flaschenöffner 4,95 €
Nr. P A1274 3er-Pack Kühlschranksmagnete 12,95 €



Claus Schridde und Erhard Schulte
Trakehner Stutenfamilien
Vor Ihnen liegt die zweite Auflage des Buchs „Trakehner Familien“, die sorgfältig überarbeitet und sinnvoll erweitert wurde. Die im Jahr 2000 im Verlag Sandra Asmussen erschienene erste Auflage ist inzwischen vergriffen, so dass es nunmehr geraten erschien, dieses nicht nur bei Trakehner Züchtern nachgefragte Werk neu aufzulegen und neue Informationen einfließen zu lassen. Neu eingearbeitet sind alle nach Erscheinen der ersten Auflage gekörnten Hengste. Der Sportferdeteil, der sämtliche S-Sportpferde der einzelnen Familien, deren Daten uns zur Verfügung standen, enthält, ist stark erweitert worden. Auch alle verfügbaren Informationen aus dem Ausland wurden ergänzt. Claus Schridde und Erhard Schulte, Hippo-Journalisten, Buchautoren sowie Moderatoren der vielfältigsten Veranstaltungen rund ums Pferd, haben aus umfangreichen Recherchen Material zusammengetragen, das diese Ausgabe ergänzt. 152 Seiten
Nr. P A1523 Gebunden 29,90 €



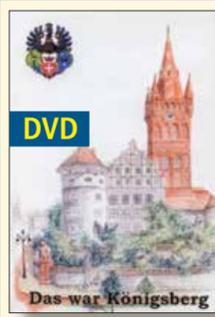
Früher € 29,95 Jetzt € 16,95
Buchsofa
Das Buchsofa Lesekissen eignet sich für Bücher in jeder Größe sowie für Tablets und E-Book-Reader. Es hält jedes Format fest und sicher. Ob gebundenes Buch oder Taschenbuch, Halterungen sorgen dafür, dass ihr Buch geöffnet bleibt. (Die Farbe des Stoffs kann von der Abbildung leicht abweichen.)
Nr. P A1359 Buchsofa 16,95 €



Früher € 22,95 Jetzt € 12,95
Buchständer aus Holz und Stoff für kleinere Bücher
Für Bücher mit einer Buchhöhe von maximal 24 cm. Mehrere einstellbare Lesewinkel fördern eine den Rücken schonende Sitzhaltung. Farbe des Bezugs: **Blau**
Nr. P A0443 Buchständer aus Holz 12,95 €



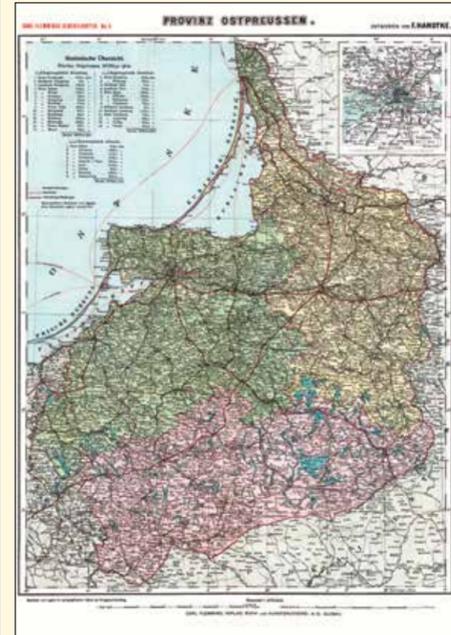
Leselampe Flexy Words (mit Batterie)
Kleine Buchleselampe, die mit einer Klammer am Buchdeckel befestigt werden kann und damit für gutes Licht sorgt.
Nr. P A1497 8,95 €
Früher € 12,95 Jetzt € 8,95



DVD – Das war Königsberg
DVD mit historischen Aufnahmen (Laufzeit ca. 25 Minuten)
Nr. P 9294 DVD 19,95 €



DVD – Flug über Nord-Ostpreußen – Tl. 1 Die Küste
DVD mit den schönsten Abschnitten der ostpreußischen Küste (Laufzeit 52 Minuten)
Nr. P 9462 DVD 14,95 €



Historische Karte: Provinz Ostpreußen 1910 (Gefaltet)
Reprint Karte Provinz Ostpreußen. Grenz- und flächenkolorierte Karte. Carl Flemmings Generalkarten No. 3. Carl Flemming Verlag Glogau, Buch- u. Kunstdruckerei, ohne Jahr (ca. 1910). Maßstab 1:475 000. Außenformat (Breite x Höhe) 65 cm x 95 cm – Darstellunggröße (Breite x Höhe) 63,7 x 87,7 cm. Farbenprächtiger Nachdruck der Originalkarte. Mit statistischer Übersicht aller Regierungsbezirke der Provinz Ostpreußen im oberen, linken Bereich und einer Extra-Karte von Königsberg und seiner Umgebung im oberen, rechten Bereich, im Maßstab 1:150 000.
Nr. P A1105 Gefaltete Karte 19,80 €



Christopher Spatz/Fritz Paul
Heimatlos
Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung
224 Seiten/Gebunden
Nr. P A1302 19,95 €

Millionen Menschen querten die innerdeutsche Grenze von Ost nach West und passierten ab September 1945 das niedersächsische Grenzdurchgangslager Friedland. Sie kamen aus dem Kommunismus in den Kapitalismus, aus einer fremd gewordenen Heimat in eine ungewisse Zukunft. Für die Eintreffenden bedeutete das Lager ein Durchatmen, aber auch Abschied und Endgültigkeit. Empfangen wurden sie im Zeichen selbstloser Hilfsbereitschaft. Das Presseecho war enorm, die Symbolik verbindend. Getriebenheit, Verelendung und Rührseligkeit, Tod und Neuanfang bildeten hier ein verstörendes Nebeneinander. Zahlreiche Aufnahmen des Fotoreporters Fritz Paul, viele davon bislang unveröffentlicht, bieten überraschende Blicke auf die Vertriebenen, Zivilverschiebten, Heimkehrer und Aussiedler.



Hans Hellmut Kirst
08/15
Trilogie: *In der Kaserne, Im Krieg, Bis zum bitteren Ende*
Null-acht-fünfzehn war ein Universalwort des deutschen Soldaten über ständig wiederkehrende Typen, Dinge und Geschehnisse seines Alltags, über Routinehandlungen, die ihren Sinn längst verloren hatten, über Schikanen und Qualen, die man hinnahm, ohne mit dem "Warum" zu fragen. Hass und Eulenspiegel, Tragik und grimmiger Humor, Anklage und ein unerschütterlicher Glaube an die Würde des Menschen und den Sieg des gesunden Menschenverstandes geben diesem einmaligen Buch vom deutschen Soldaten das Gepräge. Entscheidend aber bleibt die bedingungslose Absage des Autors an den Krieg, an die Unmenschlichkeit und an die Mächte des Chaos.
890 Seiten
Nr. P A1528 Kartoniert 38,00 €



J. Bielefeld u. Alfred Büllesbach
Bismarcktürme
In Deutschland stehen heute noch 146 Bismarcktürme. Viele von ihnen dienen heute wie damals als Aussichtstürme. Mit vielen Details zeichnet dieser Bildband die Entstehungsgeschichte der Bismarcktürme nach und geht auch auf die architektonischen Besonderheiten der teils sehr kunstvollen Türme ein. Das Buch enthält ein Verzeichnis aller 240 jemals gebauten Bismarcktürme. 180 Seiten/Gebunden
Nr. P A1210 Gebunden 19,90 €



Historische Karten
Schlachten-Atlas Erster Weltkrieg 1914 bis 1918
Schlachten um Ostpreußen 1914
Broschur, A 4, 68 Seiten, Reprint von 1925, 14 Karten und 11 Skizzen. Neu herausgegeben von Harald Rockstuhl. Grundlage 1925 bearbeitet im Reichsarchiv Der Weltkrieg 1914 bis 1918 Die militärische Operationen zu Lande, Band 2 – hier der vollständiger Kartenteil. Originalausgabe 1925 im Verlag bei Mittler & Sohn, Berlin.
68 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1488 19,95 €



Steingutbecher Immanuel Kant
Mit einer Abbildung des großen Königsberger Philosophen.
Nr. P A1304 8,95 €



Immanuel Kant
Zum ewigen Frieden
96 Seiten/Gebunden
Nr. P A1319 4,95 €

In Form eines Friedensvertrages wendet Kant in der Schrift 'Zum ewigen Frieden' seine Moralphilosophie auf die Politik an, um die Frage zu beantworten, ob und wie dauerhafter Frieden zwischen den Staaten möglich wäre. Für Kant ist er kein natürlicher Zustand zwischen Menschen, deshalb muss er gestiftet und abgesichert werden. Moderne Bedeutungen des Begriffs Frieden gehen entscheidend auf die hier vorgestellte Theorie zurück. Kants Alterswerk hat auch die Charta der Vereinten Nationen wesentlich inspiriert.



Naturbersteinohrstecker mit verziertem Goldrand
Ein Begleiter für jeden Tag und passend zu vielen Ketten und Anhängern. Die Naturbersteinohrstecker haben einen Durchmesser von circa 1 Zentimeter.
Nr. P A1295 Ohrstecker 25,00 €



Klassische Granatsplitterkette
Leuchtende halsnahe Granatkette mit einer Länge von 43 cm – dekorativ für Jung und Alt – mit goldfarbenem Karabinerverschluss.
Nr. P A1374 Granatsplitterkette 13,00 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

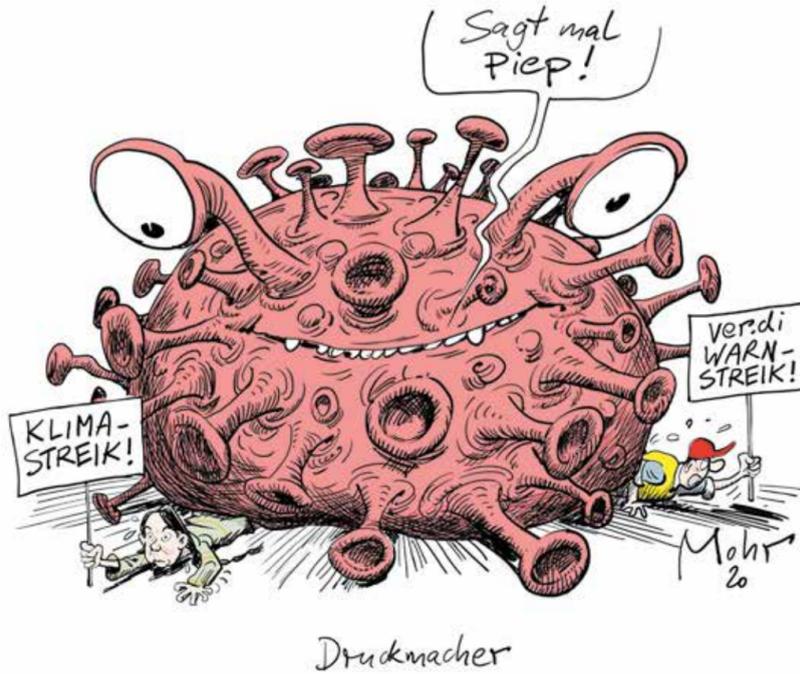
Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (* nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Eine für den internen Gebrauch gedachte Broschüre der Essener Polizei zum Umgang mit kriminellen arabischen Großclans hat Kritik hervorgerufen. „Welt“-Autor Deniz Yücel stört sich an Formulierung wie: „Die Ehrbarkeit ist die Basis für sämtliche Geschäftsbeziehungen innerhalb des Clans“ oder „In diesem Kontext sind staatliche Transferleistungen für Clanmitglieder wichtig: Sie stellen ein wesentliches Element des praktizierten Kalifatsgedankens dar.“ Letzteres könnte auf den Anspruch radikaler Moslems hindeuten, dass Andersgläubige („Dhimmi“) für die Moslems eine Sonderabgabe zu zahlen hätten. Grünen-Politikerin Verena Schäfer sieht gar einen Zusammenhang zwischen der Broschüre und jüngsten Berichten zu Chat-Gruppen von Polizisten mit mutmaßlich rechtsextremen Inhalten. Für Schäfer ist die Broschüre zu „undifferenziert“. Laut dem Islamwissenschaftler Ahmad Omeirate werden sich radikale Moslems den Attacken auf die Polizei bald anschließen, um den Ruf der Polizei gezielt zu beschädigen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

US-Schauspielerin Susan Sarandon („Dead Man Walking“, „Thelma & Louise“, „Die Hexen von Eastwick“), keine Freundin von Donald Trump, enthüllte der „FAZ“ (25. September), warum sie auch von der US-Operation nicht viel hält:

„Auch die Demokraten verdienen ihr Geld basierend auf dem Status quo. Alle werden letztlich von der Wall Street, der Pharmaindustrie, dem Versicherungssektor oder Öl- und Gaskonzernen subventioniert. Wenn man sich anschaut, woher alle Mainstream-Kandidaten ihr Geld beziehen, die übrigens Barack Obama engagiert mit durchgesetzt hat, damit sich nichts Grundlegendes ändert, erkennt man schnell, was das Problem ist. Darauf basiert auch Joe Bidens Kandidatur und das damit verbundene Versprechen: Alles bleibt, wie es ist.“

Daniel Stelter spricht im „Focus“ (28. September) aus, wozu das Land Berlin die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich nutzt:

„Die Berliner (Landes-)Politiker setzen darauf, dass außerhalb der Stadt Kapitalismus und Wirtschaft funktionieren und so dauerhaft das sozialistische Paradies Berlin finanzieren. Frei nach dem Motto von Margret Thatcher, wonach Sozialismus solange funktioniert, wie einem das Geld anderer Leute nicht ausgeht.“

Hadmut Danisch wundert sich auf seinem Blog (26. September) darüber, wie zurückhaltend deutsche Medien über das jüngste Messerattentat eines Pakistaners in Paris berichtet haben, das sich offensichtlich gegen die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ richtet:

„Man berichtet das alles – wenn überhaupt – völlig neutral, unauffällig, schulterzuckend, egal. Keinerlei Vorwürfe, politische Forderungen. Kein Aktionismus, kein Geschrei, dass die Politik endlich etwas unternehmen müsse. Nichts von Angriff auf die Demokratie, dass man sich gegen Feinde der Demokratie wehren müsse. Ist das nicht alles überaus seltsam? Stellt Euch mal vor, es wäre andersherum gewesen? Ein Einheimischer hätte zwei Pakistanis das Gesicht durch den Fleischwolf gedreht. Was dann los wäre.“

Klaus-Jürgen Gadamer ermahnt bei „Tichys Einblick“ (28. September) die Politik, die Verantwortung zu übernehmen für die verheerenden Folgen ihrer „Pandemie-Maßnahmen“:

„Wie Schweden zeigt, kann man sich so oder so entscheiden. Nichts ist ‚alternativlos‘ wie den Deutschen oft weisgemacht werden soll. Die Restriktionen, das Leid, das ökonomische Desaster, sie sind also nicht wegen Corona (scheinbar objektiv) erforderlich. Nein, die Maßnahmen werden subjektiv von Entscheidern nach mehr oder weniger bestem Wissen und Gewissen getroffen.“

● WORT DER WOCHE

„Inzwischen spielt ja schon jeder Witz, der nicht über Rechte gemacht wird, Rechten in die Hände.“

Dieter Nuhr, Kabarettist, in der Sendung „Phoenix Persönlich“ (24. September) über seine Furcht, bald nur noch Witze über „Nazis“ machen zu dürfen, um nicht selbst als „Rechter“ bezeichnet zu werden

DER WOCHENRÜCKBLICK

Selbstkritik

Wie „Comedians“ vor ihrer Vergangenheit wegläufen, und wo der Zeitgeist eisern verteidigt wird

VON HANS HECKEL

Wolfgang Leonhard (1921–2014) musste mit seiner kommunistischen Mutter vor den Nationalsozialisten fliehen und landete über Umwege 1935 in der Sowjetunion, wo im Jahr darauf Stalins „Große Säuberung“ losbrach. In seinem Bestseller „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ beschreibt er den Terror, vor dem niemand sicher war.

Das Schicksal konnte jeden treffen, ganz egal, wie er sich verhielt, so Leonhard. Wer Kritik äußerte, war sowieso weg. Wer gar nichts sagte, machte sich verdächtig. Und selbst, wer sich in penetranten Lobeshymnen über den großen Führer Stalin erging, konnte auf der schwarzen Liste landen, weil er mit seinen Elogen womöglich bloß seine wahre, ketzerische Gesinnung verbergen wollte.

Für die betont Linientreuen ergab sich noch ein besonders heikles Problem: Diese „Linie“ konnte sich bisweilen blitzschnell ändern. Wem heute noch die überholten Parteiparolen von gestern rausrutschte, oder wer auch nur mit ihnen identifiziert wurde, musste mit dem Schlimmsten rechnen.

Wenn gar nichts mehr half, hieß der letzte Strohhalm „Selbstkritik“. Der Angeklagte beehrte öffentlich seine Fehler und gelobte mit gesenktem Blick Besserung.

Die Zeiten ändern sich, aber die guten alten Sitten und Verhaltensmuster bleiben unglücklicherweise erhalten. Derzeit strampeln sich allerhand „Comedians“ ab, um ihren gealterten Kopf aus der frischen Schlinge zu ziehen. Sie haben früher nämlich Witze über Sachen erzählt, über die zu lachen heute streng verboten ist.

Den Anfang machte Anke Engelke, die sich für ihre dunkelhäutige Rolle „Ricky“ entschuldigte, die sie in der Sat1-„Wochenshow“ während der 90er Jahre spielte. Sie sei heute „traurig“ über sich, dass sie damals nicht gesehen habe, „dass das nicht in Ordnung ist“. Auch Bernhard Hoëcker und Kaya Yanar leisteten Abbitte für ihre Fehltritte. Hoëcker hatte den schwarzen Rapper 50 Cent gemimt und auch Yanar ließ sein Gesicht dunkel tönen, weil er das witzig fand. Im eisigen Wind von „Black Lives Matter“ haben die beiden nun kalte Füße bekommen.

Das tut ihnen jetzt alles furchtbar leid, den Armen. Yanar möchte dem Tribunal aber dennoch irgendwie entwischen und hat auch

schon einen Schleichweg gefunden. Er finde diese „ganze Diskussion großartig. Die zwingt uns Komiker dazu, zu reflektieren“, schleimt Yanar sich zunächst bei den Moralrichtern der aktuellen Zeitgeist-Linie ein, um sich dann mit einem schweinchenschlauren Trick in die Büsche zu schlagen: „Es ist natürlich einfach, eine einzelne Person anzugreifen, aber eigentlich müsste man den ganzen Zeitgeist, der damals herrschte, angreifen, was natürlich viel schwieriger ist.“

Soll heißen: Man war sozusagen in seiner Zeit und ihrem Ungeist gefangen und konnte irgendwie gar nicht anders als mitmachen. Denn das war damals halt so, und das haben doch alle so getrieben, oder?

Haben Sie diesen Tenor schon mal irgendwo gehört? Sicher haben Sie das, es ist die Melodie aller aufgefliegenen Opportunisten dieser Welt, egal wann, egal wo.

Es heißt, wer sich mit dem Zeitgeist liiert, wird früh verwitwet sein. Stimmt: Es sind die Mitläufer der verflissenen „Spaßgesellschaft“ der 1990er und 2000er Jahre, die da durch den Wald taumeln und schreckliche Angst spüren, dass die Öffentlichkeit sie verbannen und alleinlassen könnte wegen ihrer Verbindung mit dem Zeitgeist von gestern.

Heute würde Engelke, wie sie sagt, diese Rollen anders angehen, immer prüfen, ob Menschen betroffen seien, die struktureller Ausgrenzung oder Rassismus ausgesetzt seien: „Ich finde es gut, dass wir heute ein anderes Bewusstsein haben“, so die gesäuberte Komödiantin. Hört sich an wie aus der Zusammenfassung eines Sozialkundetexts. Der Humor, der aus solchen Verrenkungen sprießt, dürfte in etwa so frisch und unbeschwert daherkommen wie eine Tonne Blei. Die verschwitzte Absicht, nur ja nicht den aktuell vorgegebenen Zeitgeist zu reizen (der sich zu seinen Lebzeiten übrigens selten „Zeitgeist“ nennt, sondern lieber „Bewusstsein“), wird aus jeder Sendung tropfen.

Doch immerhin retten sich die Besagten damit auf die sichere Seite. Da kann ihnen nichts passieren. Oder etwa doch?

Nun, was geschieht, wenn sich dieser Zeitgeist auch wieder ändert? Wenn plötzlich Freiheit und (wirklich) freches Mundwerk wieder gefragt sind und Duckmäuserei und Beflissenheit als Charakterschwäche enttarnt werden? Das könnte spannend werden, wenn Hoëcker und Co. die nächste Wende vollziehen. Sie müssten in dem Fall wohl wieder Kaya Yanar an die Front schicken, der dann

—
Witwer einer verflissenen Zeit: Die Mitläufer der „Spaßgesellschaft“ tun eifrig Buße



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de